

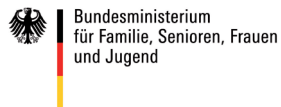
DEFINITION UND DIMENSION,
ERSCHEINUNGSFORMEN
UND KERNAUSSAGEN
DES LINKSEXTREMISMUS

ÜBERLEGUNGEN ZUR PRÄVENTION
VON LINKSEXTREMISMUS (TEIL 1)

RUDOLF VAN HÜLLEN



Gefördert vom
Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend



Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.

© 2012, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-942775-63-2

INHALT

5	VORWORT	
8	VORBEMERKUNG	
9	1. EINGRENZUNG DES PRÄVENTIONSFELDES „LINKSEXTREMISMUS“	
1.1	Kritik am Extremismusbegriff	10
1.1.1	Politisch motivierte Kritik am Extremismusbegriff	11
1.1.2	Wissenschaftlich motivierte Kritik am Extremismusbegriff	12
1.2	Kritik am Begriff „Linksextremismus“	16
1.2.1	Politisch begründete Kritik am Begriff „Linksextremismus“	17
1.2.2	Wissenschaftliche Kritik am Begriff „Linksextremismus“	18
1.3	Extremismusdefinitionen	20
1.3.1	Verfassungsrechtliche Definition	20
1.3.2	Politikwissenschaftliche Definition	22
1.4	Definition „Linksextremismus“	26
34	2. DIMENSIONEN UND ERSCHEINUNGSFORMEN DES PRÄVENTIONSRELEVANTEN LINKSEXTREMISMUS	
2.1	Organisationspotenziale	37
2.1.1	Zusammenhang zwischen Ideologie, Organisationsform, Aktionsmustern und Mentalitäten	37
2.1.2	„Parlamentsorientierter, aktionsorientierter, diskursorientierter“, „harter“ und „weicher“ Linksextremismus	39
2.1.3	Revolutionäre Marxisten	41
2.1.3.1	„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	41
2.1.3.2	Resonanzorganisationen der DKP	43
2.1.3.3	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“	47
2.1.3.4	Trotzkisten	49
2.1.3.5	„Die Linke“	52
2.1.4	Anarchisten/Autonome	55
2.2	Linksextremistische bzw. linksextremismusaffine Milieus	59
2.3	Wahlverhalten und Einstellungsmuster	63

69| 3. KERNAUSSAGEN LINKSEXTREMISTISCHER IDEOLOGIEEN

3.1. Systematische Vorüberlegungen.....	69
3.2. Metaebene: Soziallegale Utopien und ihre Voraussetzungen in Menschen- und Gesellschaftsbildern	72
3.3. Kernaussagen zu mittelfristigen Zielen	76
3.4. Nahzielebene: Agitationsmuster des politischen Alltagskampfes	82
3.4.1 „Antikapitalismus“	84
3.4.2 „Antiimperialismus“	84
3.4.3 „Antifaschismus“ und „Antirassismus“	85
3.4.4 „Demokratisierung“	86
3.4.5 „Kampf um Freiräume“, „Selbstbestimmung“, „Antirepression“	86
3.4.6 Militanz, Gewalt, „Gegengewalt“	86

89| DER AUTOR

89| ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

VORWORT

Eine Demokratie ist wie keine andere Staatsform auf die Akzeptanz und die Teilhabe ihrer Bürger angewiesen. Ihr Wesensmerkmal ist dabei nicht nur die Anerkennung demokratischer Mehrheitsentscheidungen, sondern auch die Toleranz gegenüber politischen Ansichten, die nicht mehrheitsfähig sind. Meinungsfreiheit und Toleranz müssen allerdings dort ihre Grenzen haben, wo sie missbraucht werden, um menschenverachtende Ideologien zu verbreiten die darauf ausgerichtet sind, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen.

Abgeleitet aus den spezifischen Erfahrungen der Weimarer Republik haben daher die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes neben der Ewigkeitsklausel für wesentliche Grundrechte und Formen des Staatsaufbaus unter dem Begriff der streitbaren Demokratie auch Instrumentarien geschaffen, sich gegen diejenigen zur Wehr setzen zu können, die die Demokratie abschaffen wollen. Dazu zählt unter anderem die Möglichkeit, Parteien- und Vereinigungen zu verbieten, dies kann allerdings nur in Ausnahmefällen geschehen. Die rechtlichen Hürden dafür sind – und das aus gutem Grund – sehr hoch. Um so wichtiger und entscheidender für die Sicherung unserer Demokratie ist es daher, Bürgerinnen und Bürger gegen extremistisches und damit demokratiefeindliches und menschenverachtendes Gedankengut zu immunisieren. Dafür ist die Auseinandersetzung mit allen Formen des Extremismus, ihren Strategien sowie die Aufklärung über ihre Ziele unverzichtbar.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung sieht hierin von Beginn an eine wesentliche Aufgabe ihrer politischen Bildungsarbeit. Die geistige Auseinandersetzung mit totalitären Ideologien als Antipode zur offenen Gesellschaft der repräsentativen parlamentarischen Demokratie in Deutschland ist ein Kernanliegen der KAS seit 1956. Im Kontext der wehrhaften

Demokratie beschäftigt sich die KAS jährlich in rund 80 Veranstaltungen mit den gegenwärtigen Erscheinungsformen des Extremismus und seinen aktuellen Auswirkungen in Deutschland; und zwar in seiner rechten, linken und islamistischen Ausprägung.

Die Konrad-Adenauer Stiftung hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Studien und Publikationen zum Rechtsextremismus vorgelegt. Dank eines vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegten Programms zur Linksextremismusprävention konnte sich die Konrad-Adenauer-Stiftung noch intensiver mit dem Phänomen des Linksextremismus befassen, um Präventionsmaßnahmen für die politische Bildungsarbeit zu entwickeln. Dabei sind vielfältige Herausforderungen zu bewältigen.

Eine Herausforderung liegt darin, dass es in der Bundesrepublik einen gesamtgesellschaftlichen Grundkonsens darüber, dass Extremismus jeglicher Couleur eine Gefährdung der Demokratie darstellt, nicht mehr gibt. Was bei der Positionierung gegen Rechtsextremismus selbstverständlich ist, bereitet beim Thema Linksextremismus erhebliche Schwierigkeiten. Die grundsätzlichen Herausforderungen eines Präventionsprojekts gegen Linksextremismus erstrecken sich aber nicht nur darauf, sondern sie liegen auch in der noch unzureichenden sozialwissenschaftlichen Erforschung dieses Phänomens. So sind z. B. bisher weder die Argumentationsschemata noch die Rekrutierungsformen, mit denen Jugendliche für den Linksextremismus gewonnen werden, ausreichend erforscht und bekannt. Auch gibt es bisher nur wenig wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, welche Milieus der Linksextremismus anspricht.

Um eine nachhaltige Prävention bei Jugendlichen gegen linksextremistische Ideen und gegen linksextremistisches politisches Handeln zu bewirken ist es notwendig, über den demokratiegefährdenden Charakter des Linksextremismus aufzuklären – wie Linksextremismus sich organisiert, wie er argumentiert, welche Wirkungen er erzielt und welches Staats- und Herrschaftsverständnis ihm zu Grunde liegt.

Ziel unseres Projektes ist es daher auch, einen ersten Beitrag zur Schließung der vorhandenen Forschungslücken zu leisten. Dazu werden nicht nur wissenschaftliche Studien erstellt, die auf unterschiedliche Facetten der Thematik eingehen, sondern auch jugendgerechte Formate für die politische Bildung mit der Zielstellung entwickelt, über Linksextremismus

aufzuklären und die demokratischen Handlungskompetenzen bei Jugendlichen insgesamt zu stärken.

Die hier vorliegende Veröffentlichung ist im Rahmen dieses Projektes entstanden und setzt sich mit der Definition, der Dimension, den Erscheinungsformen und den Kernaussagen des Linksextremismus auseinander. Sie bietet einen grundlegenden und umfassenden wissenschaftlichen Überblick zur Thematik und ist damit wesentlich sowohl für das Verständnis linksextremistischer Strukturen als auch für die Auseinandersetzung dem Linksextremismus.

Wesseling / Wendgräben, im Juni 2012

Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin der Politischen Bildung
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ronny Heine
Projektleiter

VORBEMERKUNG

Die nachfolgende Ausarbeitung versteht sich als Basistext für eine präventionsorientierte Annäherung an den Linksextremismus. Sie orientiert sich nicht an der juristisch relevanten Definition des Gegenstandes, wie sie etwa von den Verfassungsschutzbehörden vorgenommen wird. Vielmehr beschreibt sie organisatorische, ideengeschichtliche und programmatische, soziologische und psychologische Dimensionen des Linksextremismus als Gegenstände von Extremismusprävention und politischer Bildung. Sie dient zur Selbstverständigung über einen Gegenstand von Prävention und politischer Bildungsarbeit. Insofern richtet sie sich an ein Fachpublikum; allgemeinkundige Sachverhalte werden zur Reduktion des Umfangs nicht gesondert belegt. Auch wurde darauf verzichtet, einen speziellen jugendpolitischen Bezug herzustellen. Die Feinausrichtung auf diese Zielgruppe politischer Bildung wird erst in weiteren Papieren vorgenommen.

Linksextremismusprävention kann sich derzeit nicht auf einem so sicheren Erkenntnisfundament bewegen wie ihr Pendant, die Prävention gegen Rechtsextremismus. Sie zeichnet sich durch ein erhebliches Ausmaß an Forschungsdefiziten aus, die teils in mangelndem gesellschaftlichen Interesse, in politischen Widerständen und auch in bei weitem geringeren Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten ihre Ursache haben. Eine Reihe von Aussagen in dieser Studie hat daher eher den Status von Hypothesen als von gesicherten Erkenntnissen; sie werfen implizit zugleich Forschungsfragen auf und laden zum wissenschaftlichen Diskurs ein.

Rudolf van Hüllen

1. EINGRENZUNG DES PRÄVENTIONS-FELDES „LINKSEXTREMISMUS“

Die aus der Erfahrung zweier Diktaturen in Deutschland geborene Grundsatzentscheidung der Verfassung für eine wehrhafte Demokratie impliziert die Zurückweisung demokratiezerstörender politischer Absichten. Sie richten sich nicht gegen einzelne Ausformungen des politischen Systems, die sogar dort, wo es sich um Bestimmungen des Grundgesetzes handelt, politischer Kritik prinzipiell offenstehen. Als potenziell demokratiezerstörend und teils auch menschenverachtend haben aber alle Ideen, Programme, Akteure und Verhaltensweisen zu gelten, die sich einerseits gegen die universelle Gültigkeit der Menschenrechte mit der Menschenwürde, der individuellen Selbstbestimmung und der rechtlichen Gleichwertigkeit der Bürger und andererseits gegen die Grundprinzipien der Gewaltenteilung im Verfassungsstaat und der Konfliktregelung in einer pluralistischen Gesellschaft richten. Für solche demokratiezerstörenden Bestrebungen hat sich im täglichen Sprachgebrauch der Begriff des politischen Extremismus eingebürgert. Die mit ihm umschriebenen Phänomene existieren in pluralistischen Gesellschaften unvermeidbar in mehr oder weniger großem Umfang. Es handelt sich um eine „normale Pathologie entwickelter Industriegesellschaften“¹. Vorstellungen, man könne sie „ausrotten“² und gleichsam „besenreine“ Gesellschaftsordnungen schaffen, ließen sich allenfalls um den Preis gewaltsamer sozialer Homogenisierung realisieren – ein Wunsch, der für nahezu alle demokratiefeindlichen Strömungen kennzeichnend ist.

Ungeachtet seiner stets negativen Konnotation besteht zur inhaltlichen Ausfüllung des Begriffs „politischer Extremismus“ kein Konsens – er muss sich zum Teil selber dem politischen Meinungsstreit stellen. Der Begriff „Extremismus“ wird in Gesetzeswerken und in der Rechtsprechung nicht verwendet. Hier wird stattdessen von „Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ gesprochen.³ In der Arbeitspraxis der Verfassungsschutz- und Polizeibehörden hat „Extremismus“ 1974 die bis dahin verwendete Kategorie „Radikalismus“ abgelöst: Wer etwas radikal, d. h. an die Wurzel der Sache gehend, will, muss deshalb noch kein Gegner der demokratischen Ordnung sein.⁴ Die fehlende Benennung in Gesetzestexten hindert indessen nicht die Verwendung von „Extremismus“ im politikwissenschaftlichen/soziologischen Sinne und auch nicht im Zusammenhang mit Präventionsprogrammen gegen demokratiefeindliche Bewegungen, wie die gängige Praxis der Prävention gegen Rechts-Extremismus zeigt.

1.1 KRITIK AM EXTREMISMUSBEGRIFF

„Extremismus“ (von lat. „extremus“) bedeutet eine Position, die sich am äußersten Rand oder sogar schon außerhalb von etwas befindet. Da der europäische politische Diskurs seit der Französischen Revolution politische Positionen auf einer linearen Achse zwischen „rechts“ und „links“ positioniert, korrespondieren mit dieser Orientierung die Begriffe „Rechtsextremismus“ und „Linksextremismus“. Versuche seit den 1970er Jahren, diese ideengeschichtlichen Grundpositionen für überholt zu erklären, indem quer zur Rechts-Links-Achse eine weitere Werte- und Konfliktdimension (*cleavage*) zwischen materialistischen („harten“) und postmaterialistischen („weichen“) Orientierungen gelegt wird, erweitern zwar das sozialwissenschaftliche Analyseinstrument. Sie haben aber die primäre Wirksamkeit der in der europäischen Geistesgeschichte verwurzelten Rechts-Links-Achse nicht abgelöst. Historisch weit wirkungsmächtiger und für den Einzelnen bedeutsamer erwies sich stattdessen im 20. Jahrhundert der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur. Er entfaltete sich in den antagonistischen und doch verwandten Formen von Nationalsozialismus/Faschismus sowie Marxismus-Leninismus auf den Extrempositionen der Rechts-Links-Achse. Seine zerstörerischen Potenziale erwiesen sich als bei weitem gravierender als die Konflikte zwischen demokratischer Linker und demokratischer Rechter einerseits oder das ohnehin als Luxusproblem westlicher Wohlstandsgesellschaften erscheinende „Cleavage“ zwischen „Materialismus“ und „Postmaterialismus“.⁵

Kritik am Begriff „Extremismus“ im Allgemeinen und am Begriff „Linksextremismus“ im Besonderen wird in unterschiedlicher Intensität sowohl mit durchsichtiger politischer als auch mit wissenschaftlicher Intention vorgetragen. Gelegentlich vermischen sich beide Dimensionen.

1.1.1 Politisch motivierte Kritik am Extremismusbegriff

Extremismus- und totalitarismustheoretische Einordnungen politischer Phänomene hätten, so liest man, den hauptsächlichen Zweck, „demokratische Alternativen zum bestehenden Herrschaftssystem zu diskreditieren“. Terroristische Herrschaftsmethoden sowie fortgesetzte und massivste Menschenrechtsverletzungen dürften demnach nicht ohne weiteres unter „Extremismus“ subsumiert werden, weil die Herrschaftspraxis und ihre Ergebnisse zur Beurteilung politischer Bestrebungen relativ nachrangig seien: „Vergleiche, die formale Ähnlichkeiten von Herrschaftssystemen überbewerten und inhaltliche Gegensätze herunterspielen, sind interessengeleitet und tragen zur Klärung von wichtigen Sachverhalten und Zusammenhängen kaum etwas bei.“⁶ Solche Kritik am Extremismuskonzept wird naheliegenderweise von Personen vorgetragen, die den Begriff auf sich selber oder ihre politischen Freunde bezogen wahrnehmen und sich dadurch – vermeintlich zu Unrecht – stigmatisiert sehen.

Tatsächlich ist die Qualifizierung als „extremistisch“ eine Negativbewertung, die sich der betroffene Personenkreis, soweit erkennbar, in keinem Falle selber zuweist, sondern die immer in bewertender Form von außen an ihn herangetragen wird. Dieser Effekt tritt am prägnantesten in der Auflistung und Beschreibung von „extremistischen Bestrebungen“ in den Verfassungsschutzberichten auf. Dort haben sie den Charakter eines „amtlichen Unwerturteils“, was im Einklang mit den gesetzlichen Aufgaben dieser Behörden, die Öffentlichkeit über solche Bestrebungen aufzuklären und gleichzeitig vor ihnen zu warnen, durchaus beabsichtigt ist. Die damit verbundene normative Komponente ist für öffentlich-rechtliche Präventionsprojekte jeder Art generell unverzichtbar: Gewarnt werden darf und soll vor Phänomenen, die zuvor in rechtlich einwandfreier Form als sozial schädlich und/oder verfassungsunverträglich identifiziert wurden. Was in dieser Frage bei der Rechtsextremismusprävention eingeführter und selbstverständlicher Standard ist, kann bei der Linksextremismusprävention vernünftigerweise nicht anders praktiziert werden. Die Annahme, dass die Objekte von Prävention die damit verbundene Bewertung zurückweisen werden, liegt nahe.

Ein typisches Beispiel für solch politisch motivierte Kritik ist die „Initiative gegen jeden Extremismusbegriff“ mit ihrem Ansinnen, der Extremismusbegriff mache eine wirksame Bekämpfung „von Naziideologien in der sogenannten Mitte der Gesellschaft und Nazistrukturen“ unmöglich und diene lediglich einer „Diffamierung und Repression“ „antifaschistischer und linksalternativer Politik“.⁷ Die Initiative, der sich zahllose autonome Antifa-Gruppen, vor allem aus dem sogenannten „antideutschen“ Lager, zuordnen, wird in einer Stellungnahme vom Februar 2010 zu den Extremismuspräventionsprogrammen der Bundesregierung deutlicher: Von Rechtsextremisten propagierte „völkische Kapitalismuskritik und ethnopluralistischer Rassismus“ seien „aktuelle Antworten auf kapitalistische Krisenerscheinungen, die auch unter formalen ‚DemokratInnen‘, bei vielen GlobalisierungskritikerInnen und kulturalistisch denkenden VerteidigerInnen von Multi-Kulti auf Zustimmung treffen“. Extremismusbekämpfungsprogramme förderten in diesem Kontext zweierlei: „die Weiterexistenz des Naziproblems und die Hemmnisse politischer Selbstermächtigung!“⁸. Solche Selbstbekenntnisse lassen kaum Zweifel an der antidemokratischen Ausrichtung der Initiative: Aus ihrer Sicht ist praktisch die gesamte Gesellschaft unter Einschluss einer demokratischen Linken mindestens potenziell an neonationalsozialistische Denkmuster anschlussfähig, weshalb sich die Initiative auch gegen rechtsstaatliche „Hemmnisse politischer Selbstermächtigung“ – gemeint ist hier zweifelsfrei die Selbstermächtigung zur Ausübung eigener „antifaschistischer“ Gewalt – wendet.

1.1.2 Wissenschaftlich motivierte Kritik am Extremismusbegriff

Der Extremismusbegriff als analytisches Konzept zur Identifizierung und Klassifizierung demokratiefeindlicher Phänomene wird im Grundsatz seit Jahrzehnten mit wissenschaftlicher Kritik konfrontiert. Sie zielt mit unterschiedlicher Intention entweder darauf, den Extremismusbegriff als wissenschaftlich unbrauchbar abzuwerten und ihn außer Verwendung zu bringen, oder bezeichnet mit mehr oder weniger nachvollziehbaren Argumenten tatsächliche Defizite der Konzeption. Nachgerade im letzteren Fall ist solche Kritik im Sinne eines wissenschaftlichen Diskurses als konstruktiv und nützlich anzusehen: Das Extremismuskonzept behauptet weder, einen endgültigen Entwicklungsstand erreicht zu haben, noch deckt es in der gängigen Form alle Erscheinungsformen und Ebenen extremistischer Phänomene uneingeschränkt ab. Kritik an ihm tritt im Wesentlichen mit folgenden Argumentationsmustern auf:

- Auf analytisch häufig anspruchslos gehaltener Ebene vorgetragene Einwände lauten, die Subsumtion wesensfremder Phänomene unter einen gemeinsamen Begriff „Extremismus“ mache keinen Sinn, da hier ohne Erkenntnisgewinn gänzlich unterschiedliche Dinge verglichen würden. Dieser Einwand wäre nur dann richtig, wenn die Vergleichsmaßstäbe entweder unredlich oder ganz abwegig gewählt würden. Bei ihrer verständigen Wahl ist der Vergleich allerdings eine der grundlegenden und unverzichtbaren Methoden der Sozialwissenschaften. Damit ist nichts über seine Ergebnisse ausgesagt. Die verglichenen Phänomene können sich als weitgehend oder auch in Teilen ähnlich, möglicherweise aber auch als gänzlich verschieden herausstellen. Selbst letzteres Ergebnis wäre je nach Fragestellung ein – wenngleich nicht besonders weit reichender – Erkenntnisgewinn. Ohne den Vergleich wäre in den Sozialwissenschaften weder eine Klassifizierung noch eine Typenbildung möglich.
- Den Vorwurf eines falsch gewählten Vergleichsmaßstabs impliziert der zuerst in den 1970er Jahren gegen den Extremismusbegriff erhobene Einwand, er berücksichtige bei einer Gegenüberstellung von Rechts- und Linksextremismus nicht die fundamental unterschiedlichen Ziele beider politischer Strömungen: „Linke wollen die Erweiterung der Autonomie des Einzelnen, den Fortschritt der Emanzipation sozialer Gruppen oder Klassen von rational nicht mehr legitimierbarer Herrschaft, neue erweiterte Formen der Beteiligung aller an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. (...) Rechte wollen die Einordnung des Individuums in haltende natürliche Gemeinschaften, die Bindung der sozialen Gruppen an eine hierarchisch gestufte Ordnung der Gesellschaft, die Stabilisierung von Entscheidungsstrukturen, die durch Individuum und Gesellschaft vorgeordnete Institutionen bestimmt werden.“⁹ Hier werden die deklarierten und tatsächlichen Ziele von Rechtsextremisten einem wesentlich komplexeren Problem im linken politischen Spektrum gegenüber gestellt: Die zitierte Charakterisierung der Ziele von „Linken“ entspricht zwar dem tatsächlichen und auch so formulierten Selbstverständnis einer demokratischen Linken, in Bezug auf den Linksextremismus aber allenfalls einer agitatorisch-propagandistischen Selbstdarstellung, die von den tatsächlichen Zielen keinesfalls gedeckt ist. Im Übrigen kann eine weitgehende Gegensätzlichkeit der deklarierten Ziele durchaus mit einer starken Ähnlichkeit der politischen Praxis korrespondieren. Und diese ist aus der Sicht des mit ihren Folgen konfrontierten Individuums bedeutender als deklamierte Ziele der Akteure.

- In die Kategorie einer Ablehnung der vergleichenden Methode gehört auch der (eher agitatorische) Vorwurf, unter dem Dach des Extremismusbegriffs würden Rechts- und Linksextremismus „gleichgesetzt“.¹⁰ Etwas Derartiges hat indessen, soweit bekannt, kein Vertreter des Extremismuskonzepts ins Werk gesetzt. Angesichts dessen, dass es sich bei konkreten Phänomenen des politischen Extremismus stets um historisch singuläre Fälle handelt, wäre eine „Gleichsetzung“ auch objektiv falsch, da ein historisch-politisches Phänomen grundsätzlich nicht mit einem anderen *identisch* sein kann. Ein partielles Eingeständnis der Unsinnigkeit dieser Behauptung stellt auch die Einlassung dar, selbst wenn nicht direkt *gleichgesetzt* werde, trage ein Vergleich dennoch immer auch die Gefahr in sich, dass es zu einer *Gleichsetzung* kommen könne.
- Stark moralisch aufgeladen ist die Behauptung, ein extremismustheoretischer Vergleich von Rechts- und Linksextremismus relativiere die Singularität des Holocaust. Es handele sich um ein Schema der Aufrechnung, bei dem die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Massenverbrechen durch den Verweis auf die quantitativ höheren Opferzahlen beispielsweise des Stalinismus *verharmlost* werden solle. Dieses Argumentationsschema zielt indessen häufig darauf, die Erwähnung der kommunistischen Massenverbrechen zu tabuisieren beziehungsweise deren Kritiker als potenzielle Sympathisanten des Nationalsozialismus moralisch zu diskreditieren. Ein solches Verfahren wird – mit weit geringerem öffentlichem Echo – mitunter auch in der umgekehrten Richtung angewendet.
- Ein weiterer Einwand lautet, „Extremismus“ bilde nicht die Realität ab, sondern sei eine von außen in den Forschungsgegenstand getragene Bezeichnung. Richtig ist, dass es sich bei „Extremismus“ um eine – nach bestimmten, nachvollziehbaren Kriterien vorgenommene – Bewertung und auch kritische (Feind-)Etikettierung handelt. Die Alternative zu einer solchen normativ geprägten Begriffsbildung bestünde darin, dass die Sozialwissenschaft ihre Untersuchungsgegenstände unkritisch mit den von ihnen eigenhändig gewählten Selbstbezeichnungen darstellt, sie an ihren (propagierten) Selbstbildern nach diesen immanenten Maßstäben misst und auf eine kritische Wertung verzichtet.¹¹ Es handelte sich dabei streng genommen nicht um Wissenschaft, da auf eine Ermittlung der Fakten verzichtet würde. Und es versteht sich von selbst, dass niemand auf den Gedanken käme, eine solche Methode auf den Rechtsextremismus anzuwenden.

- Die Extremismusforschung könne zwar Kategorien und Typen bilden, frage aber weder nach den Ursachen für die Phänomene noch nach ihrer Funktion im Kontext bestimmter Gesellschaftssysteme. Sie habe daher nur begrenzte analytische Reichweite, bilde die Wirklichkeit nicht ausreichend ab und sei unterkomplex.¹² Dieser Vorwurf übersieht, dass das Extremismuskonzept ein politikwissenschaftliches idealtypisches Modell zur Beschreibung von politischer Herrschaft ist. Sie beansprucht nicht, die Soziologie ihrer Phänomene im Bezug auf Einstellungsmuster der Akteure oder die Funktion extremistischer Vergesellschaftungsformen beispielsweise in Parteiensystemen umfassend zu erklären, steht aber solchen Versuchen auch nicht entgegen. Andere empirisch-soziologische, die Jugendforschung, die Parteienforschung oder die Bewegungsforschung betreffende wissenschaftliche Ansätze widersprechen ihr nicht und werden von ihr auch nicht ausgeschlossen. Die im Kern zutreffende Kritik verweist daher eher auf die Notwendigkeit interdisziplinärer Zusammenarbeit, als dass sie gegen den extremismustheoretischen Ansatz als solchen spricht.
- Die Ergebnisse der Erforschung extremistischer Phänomene seien in theoretischer Hinsicht so dürftig, dass man zwar von einem juristisch-administrativen Begriff „Extremismus“ als Arbeitsbegriff für die Sicherheitsbehörden sprechen könne, gewiss aber nicht von einer eigenständigen Forschungsrichtung. Abgesehen davon, dass strukturierende Arbeitsbegriffe sich auch der Überprüfung an der Realität zu stellen haben und daher ein gewisses Maß an wissenschaftlicher Fortentwicklung (und sei es im Rahmen der Verwaltungspraxis, der Rechtsetzung und der Rechtsprechung) aufweisen, geht der Vorwurf weitgehend ins Leere. Er übersieht nicht nur den Kontext mit der Totalitarismusdebatte, die seit den 1950er Jahren eine Vielzahl politikwissenschaftlicher Ergebnisse und auch Diskussionen hervorgebracht hat, sondern das theoretische Framework, das vor allem von der durch Uwe Backes und Eckhard Jesse begründeten politikwissenschaftlichen Schule ausgeht und sich seit 1989 besonders im „Jahrbuch Extremismus und Demokratie“ niederschlägt. Dass sich die Anwendung des extremismustheoretischen Rahmens weniger auf praxisferne, abstrakte Modellbildung als auf historisch-politikwissenschaftliche und empirisch-analytische Fallstudien konzentriert, ist – einem kritisch-rationalen Wissenschaftsbegriff folgend – gerade kein Defizit.

- Andere Einwände beruhen auf mehr oder weniger gründlichen Missverständnissen über den Inhalt der Extremismustheorie. So wird behauptet, sie konstruiere als Antipode extremer politischer Bestrebungen an den äußeren Punkten eines linear gedachten Rechts-Links-Spektrums eine „gemäßigte“ Mitte, der im Unterschied zu den Extremen demokratische Tugenden zugeschrieben würden. Dieses Konstrukt übersehe Ergebnisse der Einstellungsforschung, nach denen rechtsextremistische Einstellungsmuster beispielsweise nicht nur am rechten Rand des Parteiensystems, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft zu finden seien. Rechtsextremismus existiere so gesehen auch „in der Mitte der Gesellschaft“. Diese richtige Beobachtung ist von interessierter, vor allem linksextremistischer Seite, umgedeutet worden: Die Auffindbarkeit von rechtsextremen Einstellungsmustern in der sozialen Mitte der Gesellschaft belege eben die mindestens latente Durchsetzung breiter Schichten in bürgerlichen Gesellschaften mit „neofaschistischem Gedankengut“. Die Extremismustheorie behauptet hingegen keineswegs, dass extremistische Verhaltens- und Denkmuster ausschließlich an den äußersten Rändern des politischen Spektrums angesiedelt sind. Sie konstruiert auch keine angeblich von Extremismus freie und gegen ihn immune „Mitte der Gesellschaft“. Zum Beispiel zeigen der Rückhalt des Nationalsozialismus in der Bevölkerung sowie aktuell die Wahlerfolge der Hamas im Gaza-Streifen, dass Extremismus sich auch in bürgerlichen Schichten ausbreiten und im schlimmsten Falle sogar mehrheitsfähig werden kann. Das Extremismuskonzept ordnet politische Phänomene in einen geistigen Traditionszusammenhang ein, ohne sie damit in irgendeiner Weise sozialstrukturell zu charakterisieren. Diese beiden Analyseebenen sind streng voneinander zu trennen.

1.2 KRITIK AM BEGRIFF „LINKSEXTREMISMUS“

Auch von Forschern, die dem Extremismuskonzept insgesamt nicht ablehnend gegenüber stehen, wird bisweilen bestritten, dass ein Phänomen „Linksextremismus“ überhaupt zuverlässig identifizierbar sei. Deshalb gebe es auch keine tauglichen sozialwissenschaftlichen Kategorien ab. Auch diese Kritik lässt sich in eine primär politisch motivierte und eine wissenschaftlich begründete unterteilen.

1.2.1 Politisch begründete Kritik am Begriff „Linksextremismus“

- Revolutionäre Marxisten ebenso wie Anarchisten sehen sich nicht als „Linksextremisten“, sondern als „radikale Sozialisten“, „Kommunisten“, „revolutionäre Marxisten“ bzw. „revolutionäre Sozialisten“. Aus ihrer Sicht stehen sich in Klassengesellschaften zwei Lager gegenüber, wobei der „Ausbeuterklasse“ oder den „Kapitalisten“ soziologisch die „Bourgeoisie“ bzw. die „Bürgerlichen“ (unter Einschluss der sozialdemokratischen „Revisionisten“) zugeordnet sind, den „Ausgebeuteten“ das „Proletariat“ bzw. die „Arbeiterklasse“ und deren handelnde Avantgarde, die Sozialisten/Kommunisten. In diesem dualistischen Schema machen die Begriffe „Linksextremismus“ und „Rechtsextremismus“¹³ keinen Sinn, da sie eine dazwischen liegende „Mitte“ suggerieren, die nach marxistischer Auffassung nicht existiert. Im kommunistischen Sprachgebrauch gibt es die Bezeichnungen „Extremisten“ bzw. „Linksradikale“ daher nur in der von Lenin vorgegebenen Bedeutung.¹⁴ Sie beziehen sich auf Revolutionäre, die zu spontaneistischer und unreflektierter Gewalt neigen, ohne dabei das Heranreifen einer „objektiv revolutionären Situation“ abzuwarten, ohne die „Kräfteverhältnisse“ zu beachten und ohne eventuell negative Auswirkungen ihres „linken Radikalismus“ auf die „Arbeiterklasse“ hinreichend in Rechnung zu stellen. Es handelt sich dabei mithin nicht um eine Kritik an demokratieverachtenden Zielen, sondern lediglich um die Rüge unangemessenen strategisch-taktischen Vorgehens.¹⁵
- Der Feindbegriff „Linksextremismus“ werde benutzt, um unbequeme linke Ideen und Gruppen zu diffamieren, solle die Spielräume für „antifaschistische und linksalternative Politik“ einschränken und „radikale Gesellschaftskritik“ diffamieren.¹⁶ Jenseits einer agitatorischen Verwendung müssen solche Einwände berücksichtigt und sachlich entkräftet werden. Sie wären nämlich immerhin dann berechtigt, wenn sich Linksextremismusprävention – beispielsweise durch eine unsaubere Definition von „Linksextremismus“ – auf Organisationen, Ideen und Programme demokratischer linker Herkunft ausdehnte. Die Zurückweisung der Kritik erfordert einigen Aufwand, auch deshalb, weil zahlreiche politische Großbegriffe wie Sozialismus, Kapitalismus und sogar Demokratie sowohl mit demokratisch-linken als auch mit links-extremistischen Inhalten gefüllt werden können. Auf Grenzziehungen ist deshalb großer Wert zu legen, auch auf die Abgrenzung von „radikaler Gesellschaftskritik“ einerseits und extremistischer Demokratiefeind-

schaft andererseits. Linksextremismusprävention darf hier nicht so sorglos vorgehen wie manche Formen der Rechtsextremismusprävention, bei der Engagement gegen Rechtsextremismus – mit oder ohne politischen Hintergedanken – mitunter in einen undifferenzierten „Kampf gegen Rechts“ abgeleitet.

1.2.2 Wissenschaftliche Kritik am Begriff Linksextremismus

Kritik an der Tauglichkeit des Begriffs „Linksextremismus“ als wissenschaftliche Kategorie kommt in der Regel von Autoren, die an der Kategorie „Rechtsextremismus“ durchaus festhalten wollen. Zum Teil weist solche Kritik auf reale Defizite bei der Erforschung linksextremistischer Phänomene auf.

- Der Begriff Linksextremismus bilde zu unterschiedliche Phänomene ab, als dass man sie sinnvoll unter ein gemeinsames Rubrum fassen könne.¹⁷ Das Argument greift nicht, denn mindestens seit 1990 sind praktisch alle Varianten des Linksextremismus miteinander bündnis- und kooperationsfähig. Die durchaus bedeutsamen Mentalitätsunterschiede zwischen staatsgläubigen Stalinisten und anarchistisch-liberalen Autonomen zum Beispiel hindern weder ihren gemeinsamen Hass auf die liberale Demokratie noch die Vision einer soziallegalitär homogenisierten Gesellschaft. Ein Präventionsprogramm, das demokratische Handlungsfähigkeit stärken soll, kann aber durchaus die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates durch sich als „revolutionär und „links“ definierende Akteure unter einen Oberbegriff rubrizieren. Für die Wirkung ihrer Aktivitäten auf demokratische Kultur ist es eher nebensächlich, dass in den verschiedenen Großfamilien des Linksextremismus *keine Einigkeit* über die konkrete Ausprägung der Utopie existiert. Vielmehr ist für das heutige Ausmaß an Gemeinsamkeiten kennzeichnend, dass sich praktisch alle Strömungen des Linksextremismus in Substrukturen der Partei „Die Linke“ wiederfinden. Demgegenüber stellt der Rechtsextremismus – trotz seiner gemeinsamen Merkmale, wie Betonung einer angeblichen natürlichen Ungleichwertigkeit von Menschen, Autoritarismus, Akzeptanz von Gewalt, Orientierung auf ethnisch und national bestimmte Vergesellschaftungsformen – eine vergleichsweise zerklüftete Landschaft dar. Die einen eher weichen Rechtsextremismus verkörpernden „Republikaner“ zum Beispiel widersetzten sich über Jahre einer Integration in den von NPD, DVU und „Kameradschaften“ praktizierten „Deutschlandpakt“. Und

selbst dieser hielt nur wenige Jahre – bis zu seinem praktischen Zerfall 2009.

- Der Untersuchung des Linksextremismus fehle die Dimension der Einstellungsforschung. Dies ist ein berechtigter Einwand, der aber nicht gegen die Existenz von Linksextremismus spricht, sondern nur ein Forschungsdefizit benennt. Mit einer empirischen Erhebung, die den Grad der Verbreitung von linksextremismusaffinen Denkmustern misst, ließen sich voraussichtlich Ansatzpunkte für pädagogische Konzepte gewinnen. Allerdings sollten die entsprechenden Items sorgfältig bestimmt und entsprechend „hart“ formuliert werden, um von vornherein den Vorwurf zu entkräften, es gehe um die Stigmatisierung kritischer Meinungen.
- Es gebe keine nennenswerte Forschung zum Linksextremismus wie übrigens auch insgesamt zum Extremismus: Rechtsextremismus sei „ein eigener und Linksextremismus kein eigener Forschungsgegenstand“, wie Neugebauer neuerdings apodiktisch behauptet.¹⁸ Das erstaunt, hatte der Autor doch einige Jahre zuvor festgestellt, dass zwar nach seiner Auffassung die Untersuchungsbereiche der Linksextremismusforschung zu kurz griffen (die „Vielfalt der Gegenstandsbereiche“ werde „zumeist separiert und unter speziellen Gesichtspunkten bearbeitet“¹⁹). Anschließend breitet er nicht weniger als sieben von ihnen im Detail aus. Was aber, so mag man fragen, ist an einem Wissenschaftsansatz verkehrt, der induktiv durch Untersuchung von empirischen Phänomenen Kategorien und Typen entwickeln möchte? Auch der von Neugebauer eher gelobten Rechtsextremismusforschung ist ja – vom kommunistischen Erklärungsansatz für „Faschismus“ einmal abgesehen – daran gelegen, nicht etwa theoretisch-ideologische „Ableitungen“ zum Gegenstand zu fabrizieren, sondern der verschiedenen Herausforderungen des Rechtsextremismus durch Ausleuchtung ihrer empirischen Substanz Herr zu werden.

1.3 EXTREMISMUSDEFINITIONEN

1.3.1 Verfassungsrechtliche Definition

Die verfassungsrechtliche Ausformung von „Extremismus“, wenn auch nicht mit diesem Terminus bezeichnet, beruht auf der Spruchpraxis des Bundesverfassungsgerichts anlässlich des Verbotes der Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952 sowie der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) 1956. Das Gericht umschrieb den Kerngehalt der Verfassung wie folgt:

„So lässt sich die freiheitliche demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“ (BVerfGE 2, 1 ff)

Damit wird sowohl exkludierend als auch inklusiv definiert. Die positive Beschreibung umfasst Volkssouveränität, Mehrheitsprinzip, Freiheit und Gleichheit. Deren Konkretisierung verdeutlicht sogleich, wann der Boden der Verfassung verlassen wird, nämlich bei Verstoß gegen mindestens eines der zehn konkretisierten Elemente der „Freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ (FdGO), die hier im letzten Halbsatz aufgezählt sind. Unabhängig davon, dass als Tatbestandsvoraussetzung im Kontext eines Parteienverbots sogar ein *kämpferisch-aggressives Vorgehen* gegen mindestens einen dieser Grundsätze gefordert wird, reicht schon die ideelle Ablehnung jedes einzelnen dieser Elemente als Anlass präventiver Gegensteuerung aus. Will man die Elemente nochmals verdichten, so käme man auf drei Anforderungen für einen demokratischen Grundkonsens: Erstens Anerkennung universell gültiger Menschenrechte, zweitens Anerkennung demokratischer Verfahrensregeln, insbesondere des Mehrheitsprinzips, der Gewaltenkontrolle und des Pluralismus, und drittens Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols.²⁰

Die vom Bundesverfassungsgericht konkretisierten zehn Elemente einer „Freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ sind nicht zuletzt im Kontext ihrer Entstehungsgeschichte zu betrachten. Dem Gericht ging es darum, rechtlich einwandfrei subsumierbare Tatbestandsvoraussetzungen für ein Parteiverbot zu fixieren. An das, was heute als „Prävention“ verstanden wird, war seinerzeit nicht gedacht: Denn neonazistische Umtriebe konnten strafrechtlich und im Zweifel noch auf der Grundlage alliierter Vorbehaltsrechte verboten werden. Und politische Prävention gegen den Linksextremismus war angesichts des verbreiteten Antikommunismus in der Bevölkerung – er nährte sich sowohl aus Residuen nationalsozialistischer Sozialisation als auch aus täglicher Anschauung stalinistischer Praxis in der Osthälfte des geteilten Deutschland – entbehrlich.

Die Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung haben gleichwohl bis heute in ständiger Rechtsprechung Bestand. Ihre jüngste Anwendung erfolgte am 21. Juli 2010, als das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig der Partei „Die Linke“ insgesamt attestierte, ein „Nährboden“ verfassungsfeindlicher Bestrebungen zu sein, weshalb die Beobachtung der Partei als Ganze durch den Verfassungsschutz geboten sei.²¹

Die Feststellung der Tatbestandsvoraussetzungen für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung war auch nicht an die Selbstdarstellung von Extremisten gebunden. Vielmehr legte das Gericht deren Äußerungen bereits in den Urteilen der 1950er Jahre unter Berücksichtigung ihres ideologischen Gesamtkontextes aus. Das Bundesverfassungsgericht hat seinerzeit erhebliche Mühe darauf verwandt, den tatsächlichen Inhalt z. B. der „Diktatur des Proletariats“ zu klären, welche die KPD als „höchste Form der Demokratie“ dargestellt hatte.²² Auch von dem Versuch der Partei, ihre revolutionären Fernziele hinter einem für den Augenblick bestimmten moderateren Auftreten zu verbergen, hatte sich das Gericht nicht täuschen lassen. „Zu den Absichten, die eine Partei verfassungswidrig machen, gehören (...) auch diejenigen, die sie nur verwirklichen will, wenn die Situation dafür günstig ist.“ „Eine Partei ist schon dann verfassungswidrig, wenn sie eine andere soziale und politische Ausprägung der freiheitlichen Demokratie (...) deshalb erstrebt, um sie als Durchgangsstadium zur leichteren Beseitigung jeder freiheitlichen demokratischen Grundordnung überhaupt zu benutzen.“²³

Nicht einmal das Bundesverfassungsgericht hat sich also darauf eingelassen, die äußere Fassade von Extremismus unkritisch als dessen Substanz zu betrachten. Umso weniger kann ein präventionsbezogener Extremismusbegriff darauf verzichten, die Selbstdarstellungen extremistischer Akteure kritisch zu beleuchten.

1.3.2 Politikwissenschaftliche Definition

Das ursprüngliche politikwissenschaftliche Extremismuskonzept definierte in seinem Kern Extremismus als Gegenposition zum demokratischen Verfassungsstaat.²⁴ Offensichtlich fiel es wesentlich leichter, positive Bestimmungsmerkmale für Demokratie – wie das Bundesverfassungsgericht 1952 – zu setzen, als umgekehrt allgemein gültige Tatbestandsmerkmale für politischen Extremismus zu finden. Eine frühere Veröffentlichung von Backes und Jesse reflektiert diese Problematik: Sie benennt zwar konkrete Ausformungen bestimmter extremistischer Bestrebungen, sogar deren spezifische taktische Vorgehensweisen, liefert aber keine allgemein gültigen Merkmale von Extremismus.²⁵ Tatsächlich arbeitet die Extremismus-Schule stärker normativ und historisch orientiert, ohne dass die Entwicklung von Aussagen zu allgemein gültigen Elementen des Extremismus bei ihr im Vordergrund gestanden hätte.

Dennoch wurde die Bestimmung des Extremismus ex negativo von ihnen inzwischen durch positive Merkmale des Extremismusbegriffs ergänzt. Uwe Backes kam 2001 nach einer Tour d'horizon über ältere Ansätze zur Identifikation „totalitären Denkens“ dazu, ihm folgende Elemente zuzuordnen: Es zeichne sich erstens stets durch einen „umfassend formulierten Absolutheitsanspruch auf die Erkenntnis des Wahren und Guten“ aus.²⁶ Damit sei die Konstruktion eines innerweltlichen Heilsanspruchs, einer Utopie der perfekten Gesellschaft verbunden und konsequent die Bereitschaft, im Zweifel die widrige Wirklichkeit dem Weltbild anzupassen, statt die Utopie zu korrigieren. Ein zweites Element bilde die „manichäische Einteilung der Welt in Gute und Böse, Erleuchtete und Irrgläubige, Freunde und Feinde“.²⁷ Als drittes Element gilt ihm die „Homogenität menschlicher Kollektive und holistischer Totalitäten“. Sie bestreite grundsätzlich die Konflikthaftigkeit von Gesellschaft und zeichne sich dadurch aus, ein Gemeinwohl a priori bestimmen zu wollen.²⁸ Als viertes und fünftes Element identifiziert Backes die „Totalkritik am Status quo“ sowie damit verbunden, „verschwörungstheoretische Spekulationen“, um schließlich zu resümieren: „Absolutheitsansprüche,

Historizismus, Holismus, Utopismus, Dogmatismus, Manichäismus, Fanatismus, Intoleranz, Einheits- und Harmoniestreben, Totalkritik und verschwörungstheoretische Neigungen sind Bausteine totalitären Denkens.“²⁹ Diese Einsichten sind in ihrer Allgemeinheit vermutlich zutreffend, aber wenig operationalisierbar. Denn die einzelnen hier aufgeführten Elemente treten einerseits auch in Kontexten auf, die nicht als politischer Extremismus bewertet werden können. Andererseits sind sie nicht alle antidemokratisch. Einheits- und Harmoniestreben ist unproblematisch, wenn es nicht die Existenz des realen gesellschaftlichen Pluralismus negiert. Das Dogma hat in der katholischen Kirche seinen traditionellen Platz, und Totalkritik kann an politischen Systemen wie der NS-Diktatur, dem Stalinismus oder dem Herrschaftssystem der iranischen Theokratie durchaus angebracht sein.

Die Erfahrungen mit dem Islamismus haben seither die Diskussion um allgemein gültige Merkmale unterschiedlicher Formen des politischen Extremismus vorangebracht. Ihre vermutlich jüngste Variante stammt von Armin Pfahl-Traughber³⁰, der für jedes der von ihm identifizierten Merkmale je ein Beispiel aus dem Rechtsextremismus, dem Linksextremismus und dem Islamismus anführt. Es handelt sich um (1) exklusiven Erkenntnisanspruch, (2) dogmatischen Absolutheitsanspruch, (3) ein essentialistisches Deutungsmonopol³¹, (4) holistische Steuerungsabsichten, (5) ein deterministisches Geschichtsbild, (6) eine identitäre Gesellschaftskonzeption, (7) einen dualistischen Rigorismus und schließlich (8) die fundamentale Verwerfung der existierenden Ordnung. Die Beispiele für die Anwendung auf jeweils mindestens einzelne Phänomene im Rechts- und Linksextremismus sowie im Islamismus sind durchaus beeindruckend. Dennoch handelt es sich nicht um eine Theorie im strengen Sinne, da die Gültigkeit ihrer einzelnen Elemente nicht durchweg gewährleistet ist. Autonome zum Beispiel verfügen nicht über ein deterministisches Geschichtsbild, subkulturellen Rechtsextremisten kann man mangels intellektueller Fähigkeiten kaum einen exklusiven Erkenntnisanspruch nachsagen und mancher, einst glühende Kommunist hat sich in der bestehenden Ordnung derart komfortabel eingerichtet, dass Zweifel an seiner Bereitschaft erlaubt sind, sie fundamental zu verwerfen. Zudem stehen einzelne dieser Elemente in derartig engem Zusammenhang, dass sie fast nicht grundsätzlich trennbar sind: Ein exklusiver Erkenntnisanspruch wird zwangsläufig die Absicht nach sich ziehen, dass das als richtig Erkannte absolut zur Durchsetzung kommt, während die fundamentale Verwerfung der bestehenden Ordnung auch nur einen Sinn

macht, wenn man ihr – zumindest in vager Form – etwas ganz anderes als Alternative entgegenstellen will. Es handelt sich hier um Strukturelemente, die erstens nicht alle vorliegen müssen, um bei einem einzelnen Phänomen von Extremismus zu sprechen. Sie können zweitens auch bei nicht-extremistischen Phänomenen auftreten. Und drittens deuten sie, sofern sie in Einzelfällen und/oder in stark abgeschwächter Dosierung identifizierbar sind, auf extremismusaffine Phänomene hin, deren weitere Entwicklung durchaus offen sein kann.

Mit Blick auf die Bedürfnisse der Extremismusprävention im Allgemeinen und der Prävention gegen Linksextremismus im Besonderen dürfte es zweckmäßig sein, diese auf theoretischer Ebene relativ hoch abstrahierten allgemeinen Merkmale des politischen Extremismus alltagstauglicher zu operationalisieren. Zu beachten ist dabei, dass sie in der politischen Praxis nicht regelmäßig alle auftauchen, auch dass einzelne von ihnen mit geringerer Ausprägungsintensität wirksam werden. Das alles führt zu dem Erfordernis, eine idealtypische Konstruktion auf praktisches Niveau herunterzudeklinieren. Grauzonen und Übergangsbereiche sind zu berücksichtigen. Im Sinne pädagogischer Ansätze ist auch zu bedenken, dass Denkmuster, die weder als einzelne noch im Kontext untereinander bereits auf einen voll ausgebildeten Extremismus schließen lassen, andererseits deutliche Hinweise auf Inkubationsprozesse und latente Extremismusaffinität liefern können.

Daher werden folgende Merkmale als Extremismusindikatoren vorgeschlagen:

- *Geschlossene, gegen Kritik immunisierte und nicht mehr hinterfragte Weltbilder:* Sie werden eher im inneren Zirkel entsprechender Personenzusammenschlüsse anzutreffen sein. Sie erfüllen erkennbar das von Backes als Dogmatismus identifizierte Phänomen. Es versteht sich, dass sie in verschiedenen Spielarten des Extremismus auch unterschiedliche Inhalte oder differierende Akzentuierungen ähnlicher Inhalte aufweisen können.
- *Exklusiver Wahrheitsanspruch und Erkenntnismonopole:* Hierbei handelt es sich um die ideologische Variante dichotomischer, nach falsch und richtig, damit auch nach „gut“ und „böse“, letztlich nach „erlaubt“ und „nicht erlaubt“ strukturierender Denkmuster. Sie sortieren Alternativen ebenso wie die Realität als „verkehrt“ aus und nehmen damit

gedanklich bereits eine Ablehnung von Pluralismus vorweg. Ob die Wahrheitsansprüche durch deterministische Geschichtsbilder (Kommunisten) oder durch die Übernahme naturwissenschaftlicher Kategorien in die politisch-gesellschaftliche Ordnung (Rechtsextremisten) begründet werden, ist dabei eher nachrangig.

- *Die Bereitschaft, die eigene Wahrheit anderen notfalls auch mit Gewalt aufzuzwingen:* Sie ergibt sich fast notwendig aus Wahrheitsanspruch und angeblichen Erkenntnismonopolen und ist für alle missionierend auftretenden Gruppen mit politischem Gestaltungsanspruch kennzeichnend. Es handelt sich um die konsequente Umsetzung einer im Wahrheitsanspruch, in der Ablehnung einer Duldung anderer Auffassungen bereits angelegten antipluralistischen Disposition, die zugleich die endgültige und vollständige Herrschaft des als wahr und richtig Behaupteten anstrebt.
- *Identitäre Gesellschaftskonstruktionen:* Auch sie beruhen auf einer reklamierten A-Priori-Erkenntnis des Gemeinwohls – nicht seiner empirischen Bestimmung durch Wahlen und Abstimmungen. Sie wollen letztlich die beschwerliche Handhabung des gesellschaftlichen Pluralismus durch eine notfalls gewaltsame soziale Homogenisierung der Gesellschaft überwinden. Hinter ihnen stehen Utopien von Herrschaftsfreiheit und radikaler sozialer Egalität, auch deren rückwärtsgewandte Entsprechungen einer Idealisierung ethnisch oder kulturell definierter Einheit. Sie stehen mit den (individuellen) Menschenrechten und dem liberalen Gedanken einer personalen Freiheit des Einzelnen in unauflösllichem Konflikt.
- *Die Produktion von unversöhnlichen Feindbildern:* Hierbei handelt es sich um eine praktische Operationalisierung dichotomischer und dualistischer Denkweisen und Weltbilder. Es handelt sich um ein enorm wichtiges Element, da es mehrere Funktionen in extremistischen Konzepten erfüllt: Die Bestimmung eines absoluten Feindes ermöglicht erstens die Verwerfung der Wirklichkeit. Sie rationalisiert zweitens die Ablehnung daraufhin nicht mehr für überprüfungsbedürftig gehaltener anderer Meinungen und schweißt drittens das eigene Kollektiv der Kämpfer, ideologisch Gläubigen, Bewussten und Rechtschaffenen zusammen.

- *Die Konstruktion von Verschwörungstheorien* dient zur Stabilisierung von Feindbildern, zur Selbstvergewisserung des eigenen „Lagers“ und schließlich auch zur Erklärung von Misserfolgen. Sie entlastet von der Notwendigkeit, eigene Überzeugungen kritisch zu prüfen. Verschwörungstheorien haben wichtige Funktionen bei der defensiven Stabilisierung von Wahrheitsansprüchen, Utopien und Identitätsprogrammen, aber auch von Feindbildern.

Es scheint angemessen, diese relativ hoch abstrahierten Merkmale von politischem Extremismus auf einer mittleren Abstraktionsebene durch die in ständiger Rechtsprechung seit 1952 gefestigten zehn Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu ergänzen (vgl. Ziff. 1.3.1). Sie haben den Vorteil, dass sich Sachverhalte politischen Handelns unter sie rechtssicher subsumieren lassen. Allerdings können sie gerade unterschwellige Gefahren für eine demokratische Kultur nicht abbilden. Sie beziehen sich auch nicht spezifisch auf den Linksextremismus, denn sie wurden vom Bundesverfassungsgericht als negativ definierte Tatbestandsmerkmale für alle Formen des Extremismus konzipiert.

Es ist insofern erforderlich, eine präventionsbezogene Definition von Linksextremismus zusätzlich durch Inhalte zu ergänzen, die sich erstens auf die Spezifika der beiden ideologischen Großfamilien im Linksextremismus (revolutionärer Marxismus und Anarchismus) differenzierend beziehen. Andererseits decken sie erweiternd zu den Merkmalen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auch Dimensionen politischer Einstellungsmuster und Mentalitäten ab, deren Berücksichtigung für die Entwicklung pädagogisch-präventiver Konzepte schlechthin unverzichtbar ist. Ein solcherart mindestens durch ideologische und teleologische Aspekte aufgeladener Extremismusbegriff wäre eine Arbeitsdefinition für wissenschaftliche und pädagogische, nicht für exekutive Zwecke.

1.4 DEFINITION „LINKSEXTREMISMUS“

Linksextremismus ist ein Unterfall von politischem Extremismus allgemein. Seine Merkmale kann man durch konkrete Gegnerschaft gegen die oder einzelne Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bestimmen: Ist der Tatbestand eines Verstoßes nicht gegeben, so gilt umgekehrt: Was nach der Verfassung unzweifelhaft erlaubt ist, sollte auch nach einer sozialwissenschaftlichen Definition nicht als rundheraus

„extremistisch“ qualifiziert werden. Das gilt zum Beispiel für die Forderung nach einer weitgehenden, aber im Rahmen des Grundgesetzes (GG) bleibenden sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaftsordnung: „Marxismus“ ist nicht in allen Formen extremistisch. Etwas Ähnliches gilt vermutlich für Utopien, die sich auf eine bloß radikale, vorbehaltlose Umsetzung von Leitwerten der Aufklärung (Freiheit, Gleichheit, Solidarität) beziehen.

Solche Vorüberlegungen machen eine positive Definition von Linksextremismus dennoch nicht entbehrlich. Auch hier besteht gegenüber dem bisher in die Bestimmung von Rechtsextremismus investierten Aufwand noch erheblicher Nachholbedarf. Dies zeigt eine summarische Bilanz.

Das Wissen darüber, worum es sich bei Linksextremismus handelt, setzen die Verfassungsschutzberichte bis 1985 offenbar voraus. Auch 1986 erfährt der Leser nur im Vorwort, Linksextremisten verfolgten „mit ihrer Agitation das Ziel, die freiheitliche demokratische Grundordnung und die staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland in den Augen der Bürger herabzuwürdigen und verächtlich zu machen, um auf diese Weise eine günstige Ausgangssituation für Veränderungen zu schaffen“.³² Auf S. 99 des Berichtes erfolgt dann ohne weitere Ausführungen der Hinweis darauf, dass sich innerhalb der „Neuen Linken“ zwei Lager unterscheiden ließen, nämlich die „revolutionären Marxisten“ und die „Anarchisten“. Zwei Jahre später gibt es Andeutungen einer Definition, die sich in erster Linie auf die Handlungsebene bezieht: „Die linksextremistischen Fernziele blieben: Zerstörung der freiheitlichen Demokratie und Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Diktatur oder der Anarchie.“³³ Bei einer Erwähnung der Ziele der beiden ideologischen Großfamilien sowie der anschließenden umfangreichen Darstellung ihrer Strategie und Taktik sowie ihrer tagespolitischen Agitation ist es seither geblieben. Die sparsame Definition bezieht sich auch weiterhin nicht auf das Phänomen „Linksextremismus“, sondern auf die „Linksextremisten“ als seine Akteure. Das erstaunt umso mehr, als nach dem Text des Gesetzes „Bestrebungen“ und nicht Personen Hauptgegenstand der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden sein sollten. Der im Verfassungsschutzbericht 2009 gültige aktuelle Tenor lautet: „Linksextremisten richten ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen aus und streben anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ein sozialistisches bzw. kommunistisches System oder eine ‚herrschaftsfreie‘ anarchistische Gesellschaft an.“³⁴ Diese Definition ist

recht dürftig und reflektiert die behördliche Absicht, sich abseits von sozialwissenschaftlichem Interesse auf juristisch unangreifbaren Grund zu bewegen.³⁵

Vorgeschlagen werden folgende Definitionsmerkmale für Linksextremismus:

(1) *Ein Verständnis von Herrschaftsfreiheit (Anarchie), das sozial schädliche Verhaltensweisen als Ausfluss eines egozentrischen, sozial nicht gebundenen Freiheitsverständnisses versteht.*

Dieses für den anarchistischen Strang des Linksextremismus zentrale Moment beruht auf der anthropologischen Grundannahme, die Menschen seien fähig, ohne verbindliche Regeln in völliger Freiheit zusammenzuleben. Es ignoriert die Gegebenheit negativen Sozialverhaltens, indem es sie ausschließlich als Folge verkehrter gesellschaftlicher Verhältnisse interpretiert. Zu deren Abschaffung – der Zerschlagung jeglicher Form von Herrschaft – ist daher Gewalt erlaubt, sofern sie als Begründung „Befreiung“ von den „verkehrten“ Verhältnissen reklamiert. Da dies jederzeit möglich ist, neigen anarchistische Bestrebungen dazu, private Gewalt als Ausdruck von Freiheit und „Selbstbestimmung“ misszuverstehen. Das in der anarchistischen Szene in Lauf gesetzte existentialistische Gewaltverständnis führt zu Überschneidungen mit nicht-politischer Kriminalität.

(2) *Soziallegalitäre Vorstellungen, die das Individuum unter Verlust auch des Wesenskerns seiner personalen Freiheit und Privatautonomie zum Objekt staatlich oder gesellschaftlich betriebener Homogenisierung von Einkommens- und Lebensverhältnissen machen wollen*

Dieses Merkmal trifft ausschließlich auf die revolutionär-marxistische Großfamilie des Linksextremismus zu. Die gewaltsame Homogenisierung von Gesellschaft ist der identifizierbare Kern der – im marxistisch-leninistischen Verständnis – historischen Formation „Sozialismus“. Er soll jene Bedingungen einer vollkommenen Gleichheit herstellen, die Marxisten-Leninisten als Voraussetzung einer vollkommenen (Herrschafts-)Freiheit in der historischen Formation „Kommunismus“ sehen. Das Fernziel „Kommunismus“ trat gegenüber der historischen Praxis einer gewaltsamen sozialen Gleichschaltung und der Ausrottung unerwünschter Klassen (in der Revolution oder nach ihr während der Diktatur des Proletariats)

stets bis zur Bedeutungslosigkeit in den Hintergrund. Revolutionärer Marxismus muss daher an der sehr realen Praxis von Marxisten-Leninisten zur Überwindung der „bürgerlichen Klassengesellschaft“ und beim „Aufbau des Sozialismus“ gemessen werden. Die Konzentration auf diese terroristische soziallegalisierende Dimension als Kern des revolutionären Marxismus schließt nicht aus, dass man zusätzlich diskutiert, ob die kommunistische Endzeitvision – unabhängig von ihrer Erreichbarkeit – überhaupt eine positive Utopie sein kann.

(3) *Die Selbstermächtigung zur Gewalt für die Durchsetzung soziallegalitärer oder herrschaftsminimierender Ziele.*

Die Selbstermächtigung zur revolutionären Gewalt zeichnet grundsätzlich alle Linksextremisten aus. Dies ergibt sich aus ihrer fundamentalen Ablehnung der Ordnungen, in denen sie tätig werden.³⁶ Sie lehnen eine rechtsstaatliche Einhegung revolutionärer Gewalt, handele es sich um private *violencia* oder um staatliche *potestas*, grundsätzlich ab. Gewalt für das Gute ist aus ihrer Sicht gerechtfertigt. Dennoch gibt es in der Theorie ebenso wie in der politischen Praxis linksextremer Gewaltbereitschaft erhebliche Nuancierungen. Autonome sehen in „befreiender“ Gewalt oft einen Selbstzweck. Militanz im Sinne von physischer Gewalt gilt ihnen als Bestandteil ihres Lebensgefühls. Diesem existenzialistischen Gewaltverständnis steht das instrumentelle Gewaltverständnis revolutionärer Marxisten gegenüber: Nach Leninschen Vorgaben ist Gewalt bis hin zum revolutionären Terror und zum Bürgerkrieg prinzipiell moralisch gerechtfertigt. Ihre Anwendung hat sich aber am Nutzen für die revolutionäre Sache zu orientieren. Sie verbietet sich beispielsweise im Falle eines zu ungünstigen Kräfteverhältnisses oder einer fehlenden revolutionären Situation. Diese Zurückhaltung kann bis zu einem weitgehenden Verzicht in der Praxis führen: „Die Linke“ beispielsweise zieht derzeit allenfalls den politischen Streik oder Sitzblockaden in Erwägung.³⁷ Gleichwohl ist mit dieser taktischen Limitierung privater Gewalt keine grundsätzliche Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols verbunden.

Dies gilt auch für „weiche“ Erscheinungsformen des Linksextremismus und ihnen im demokratischen Raum vorgelagerte linksradikal argumentierende und linksextremismusaffine Gruppen. Sie konzentrieren sich auf „gewaltfreien Widerstand“ und „begrenzte Regelverletzungen“ (Blockaden, Nötigung und Sachbeschädigungen) und lehnen personenverletzende Gewalt aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ab.

(4) *Die geschichtsrevisionistische Relativierung oder – vereinzelt –
Leugnung der Verbrechen und des Unrechtscharakters kommunistischer Diktaturen, Bewegungen und Organisationen*

Ein gesellschaftliches Bewusstsein von den kommunistischen Massenverbrechen führt nicht nur zu einem realistischen Blick auf die vor zwanzig Jahren zusammengebrochene Form des sowjetischen Marxismus-Leninismus. Solche Erinnerung ist auch geeignet, die damit verbundenen letztlich totalitären Utopien einer soziales legalitären bzw. kommunistischen Ordnung zu diskreditieren. Damit würde es gegen Wiederholungsversuche immunisieren. Und genau dieser Effekt bringt Linksextremisten mit unterschiedlicher Intensität dazu, Verbrechen und Unrechtscharakter konkreter sozialistischer und kommunistischer Regime mindestens zu relativieren, während die direkte Leugnung solcher historischer Fakten heute auf einen kleinen Kreis besonders harter Extremisten beschränkt ist. Naheliegenderweise haben orthodoxe Marxisten-Leninisten bzw. die in den postkommunistischen Nachfolgeparteien noch vorhandenen Täter dieser Diktaturen das größte Leugnungs- oder Relativierungsbedürfnis. Während die anarchistische Utopie von der abschreckenden Wirkung der kommunistischen Verbrechen eher indirekt betroffen ist.

Nicht mehr als durchgängiges Merkmal von Linksextremismus kann hingegen die Vorstellung eines entweder gesetzmäßigen oder heilsgeschichtlich unabdingbaren Verlaufs von Geschichte gelten.

Die klassische Variante dieser chiliastischen, in erster Linie für revolutionäre Marxisten gültigen Gedankenstruktur war der „Historische Materialismus“. Seine Vorstellung eines analog zu naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten sich vollziehenden Voranschreitens der Geschichte zu einer Idealgesellschaft (Kommunismus) ist heute nur noch wenigen besonders dogmatischen Gruppen zu Eigen. Der organisierte Linksextremismus transportiert aber weiterhin die Überzeugung, dass die Welt vor einem angeblich bereits begonnen Absturz in die Barbarei nur durch einen revolutionären Kurswechsel hin zu einer grundlegend anderen politischen, ökonomischen und sozialen Ordnung errettet werden könne. Als Bausteine „gesellschaftlicher Alternativen“ werden dabei in unterschiedlicher Akzentuierung und Durchmischung Sozialismus als kollektivistische Vergesellschaftung, Antikapitalismus, Antiimperialismus, Anti-Globalisierung, auch Formen ökologisch motivierter Diktatur angeboten. Anders als im Falle des klassischen historischen Materialismus wird die

Errettung aber nicht mehr für unabwendbar erklärt, im Gegenteil, ein Scheitern oder Ausbleiben der angeblich notwendigen Systemumwälzung für möglich gehalten. Eine solche Ahnung einer möglicherweise „negativen Dialektik“ der Geschichtsentwicklung scheint bereits im beschränkten Anspruch des Zapatismus (seit 1999), später in dem obskuranten Werk „Empire“³⁸ und neuerdings in „Der kommende Aufstand“³⁹ auf. Universale und „positive“ Gestaltungsansprüche sind all diesen Gewaltvisionen eher fremd. Es scheint daher insgesamt nicht gerechtfertigt, die Idee einer historisch zwangsläufigen Entwicklung in den Merkmalskatalog Linksextremismus aufzunehmen.

- 1| *So die klassische Formulierung bei Erwin K. Scheuch/Hans-Dieter Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Nr. 12, Tübingen 1967, S. 11-19.*
- 2| *Von „eliminieren“ oder „ausrotten“ wird gelegentlich im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus gesprochen. Die Anlehnung an eine solche extremistische Sprache sollte sich für Demokraten verbieten.*
- 3| *Als zentrale Norm gelten § 3 Abs.1 Nr.1 und § 4 Abs.1 a) des BVerfSchG. Letzterer trägt die Definition der „Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ als „solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen, in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze (Anm.: die zehn Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung) zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen“. Für Zwecke der politischen Bildung ist indessen solch rechtspositivistische Subsumtionsrhetorik völlig untauglich.*
- 4| *Vgl. Bernadette Droste, Kommentar zum Verfassungsschutzrecht, S. 95.*
- 5| *Die Grundentscheidung zwischen Demokratie und Extremismus erleichtert im Übrigen auch die Einordnung des neueren Phänomens „Islamismus“, der sich sowohl auf der Rechts-/Links- als auch auf der Materialismus-/Postmaterialismus-Achse schlecht verorten lässt.*
- 6| *Christoph Butterwegge, Extremismus-, Totalitarismus- und Populismuskritik: Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Totalitarismusforschung, Brühl 2010, S. 57 und 43. Dass die „demokratischen Alternativen“ offensichtlich eine sozialistische Diktatur umschreiben sollen, macht Butterwegges implizite Leugnung der kommunistischen Massenverbrechen deutlich. Ihr Vergleich der beiden historischen Diktaturformen Kommunismus und Nationalsozialismus, findet er, entlaste den Nationalsozialismus, „indem ihm das negative Alleinstellungsmerkmal des politischen Verbrechenstums genommen“ werde (ebda. S.57). Demnach waren aus der Sicht des Autors die kommunistischen Massenverbrechen kein „politisches Verbrechenstum“.*
- 7| *Gründungsaufruf der „Initiative gegen jeden Extremismusbegriff“ (INEX), April 2008.*

- 8| „Gemeinsam gegen jeden Extremismus!“, Aufruf Februar 2010, z. B. <http://de.indymedia.org/2010/02/273077.shtml>.
- 9| Helga Grebing, *Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung*, Stuttgart 1971, S. 8 f.
- 10| Als besonders signifikantes Beispiel für die hartnäckige Weigerung, zwischen Vergleich und Gleichsetzung zu unterscheiden: Butterwegge (Anm. 4), S. 33-60, besonders S. 33, 40, 41. Butterwegges aus der Nähe zur „Linken“ erwachsene politische Intention verdeutlicht folgende Aussage: „Extremismustheoretiker setzen Links- und Rechtsextremismus nämlich mehr oder weniger explizit gleich, leugnen aber die Nähe der 'bürgerlichen Mitte' zu dessen politischer Ideologie“ (S. 41): Diese Lesart erinnert an die alte kommunistische Formel, nach der Rechtsextremismus und westlich-parlamentarische Demokratie wesensverwandte Erscheinungen darstellen.
- 11| Dieser gravierende Fehler ereignete sich vor 1989 im Rahmen der sogenannten systemimmanenten DDR-Forschung. Sie wollte den Forschungsgegenstand an seinem eigenen Selbstbild als „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ messen und übersah dabei praktisch vollständig den tatsächlichen Charakter der SED-Diktatur.
- 12| Gero Neugebauer, *Einfach war gestern. Zur Strukturierung der politischen Realität in der modernen Gesellschaft*, in: APuZ 44/2010, S. 3-9, bes. S. 6, 4.
- 13| Für „Rechtsextremismus“ verwenden Linksextremisten lieber die Begriff „Nazis“ oder „Faschisten“, die sie als spezifische Ausprägungen der Bourgeoisie subsumieren. Die in dieser Frage nicht mehr völlig einheitlich agierende Partei „Die Linke“ unterhält eine AG „Antifaschismus/Rechtsextremismus“.
- 14| So festgelegt in Lenins Werk „Der linke Radikalismus – die Kinderkrankheit im Kommunismus“, 1920, in: Lenin, Werke Bd. 31, S. 1-106.
- 15| Das bestimmt auch das Verhältnis revolutionärer Marxisten zum linksextremistischen Terrorismus. Die DKP pflegte sich von „Kommandoaktionen“ der RAF mit der Aussage zu distanzieren, sie schadeten der Arbeiterklasse, weil sie der Reaktion Anlass zum weiteren „Abbau demokratischer Rechte“ lieferten.
- 16| So inhaltlich die „Initiative gegen jeden Extremismus“ in ihrem Gründungsaufwurf.
- 17| Mit wenig überzeugenden Beispielen, die bis zur Feststellung gehen, anarchistische Gewalttäter und staatsgläubige Stalinisten seien eigentlich nicht „links“: Neugebauer, S. 6 ff.
- 18| Neugebauer, *Einfach war gestern* (Anm. 12), S. 6.
- 19| Gero Neugebauer, *Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus. Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen*, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Bonn 2000, S. 13-37, zit. S. 23.
- 20| So bei Stephan Eisel, *Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zur Akzeptanz der Grundlagen demokratischer Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland*, Paderborn u. a. 1996.
- 21| Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 21. Juli 2010, Az. 6 C 22.09, S. 25, 23.
- 22| KPD-Prozess, *Dokumentarwerk*, Bd. 1, Karlsruhe 1955, S. 587.
- 23| Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 17. August 1956, Leitsätze, BVerfGE 5, 85 ff.
- 24| Insbesondere Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989.
- 25| Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Demokratie und Extremismus. Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar*, in: APuZ B 44/1983, S. 3-18.

- 26| Uwe Backes, *Totalitäres Denken – Genese und Gestalt eines kommunismus-kritischen Konzepts*, in: Uwe Backes / Stéphane Courtois (Hrsg.), „Ein Gespenst geht um in Europa“. *Das Erbe kommunistischer Ideologien*, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 383-408, hier S. 404.
- 27| Ebda., S. 405.
- 28| Ebda., S. 406.
- 29| Ebda.
- 30| Armin Pfahl-Traughber, *Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer Offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrine*, in: ders., (Hrsg.) *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010*, Brühl 2010, S. 9-32, für die folgenden Merkmale S. 12-28.
- 31| Darunter fasst Pfahl-Traughber den tatsächlich bei Extremisten weit verbreiteten Anspruch, einen der empirischen Wahrnehmung angeblich verborgen bleibenden „eigentlichen Kern“ erkennen zu können. Das Merkmal steht offensichtlich in Zusammenhang mit den verschwörungstheoretischen Implikationen extremistischer Denkmuster; den direkten Zusammenhang mit der marxistischen „Erkenntnistheorie“ des dialektischen Materialismus erwähnt er erstaunlicherweise nicht; vgl. ebda., S. 17.
- 32| Verfassungsschutzbericht 1986, S. 3.
- 33| Verfassungsschutzbericht 1988, S. 12.
- 34| Verfassungsschutzbericht 2009, S. 144.
- 35| Resümierend Droste, *Kommentar* (Anm. 4), S. 96, Fn. 233: „Mit dem Arbeitsbegriff Linksextremismus werden verfassungsfeindliche Bestrebungen von (deutschen) Personenzusammenschlüssen bezeichnet, die sich auf der Grundlage einer marxistisch-leninistischen, revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Ideologie in Deutschland gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten“. Es ließen sich drei große Richtungen unterscheiden: ein revolutionär-marxistischer Flügel, ein mehrheitlich anarchistischer Flügel sowie Terroristen. Auch hieraus spricht die Praxis, denn die Aufzählung wechselt in der Wahrnehmungsebene: Die deutschen linksextremistischen Terroristen waren von jeher Marxisten-Leninisten. „Terroristen“ bzw. Terrorismus beschreibt nur einen von den anderen Fällen abweichenden Modus operandi.
- 36| Haben Linksextremisten die Macht ergreifen und sich einen staatlichen Exekutivapparat dienstbar machen können, wandelt sich ihre Gewalt von revolutionärer zu staatsterroristischer Gewalt, die je nach Sachlage zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung oder zur außenpolitischen Aggression zum Einsatz kommt.
- 37| Das Erfurter Programm der Partei von Oktober 2011 fordert das „ungehinderte Streikrecht, einschließlich des Rechts auf den politischen Streik und den Generalstreik“ (Ziff. IV.1).
- 38| Michael Hardt/Antonio Negri, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt 2002.
- 39| *Unsichtbares Komitee, Der kommende Aufstand*, Hamburg 2010.

2. DIMENSIONEN UND ERSCHEINUNGSFORMEN DES PRÄVENTIONSRELEVANTEN LINKSEXTREMISMUS

Dimension und Bedeutung eines präventionsrelevanten Linksextremismus bestimmen sich nicht allein aus den Kapazitäten eindeutig extremistischer Organisationen, wie sie in den Verfassungsschutzberichten beschrieben werden. Diese Behörden sind gehalten, eine rechtsstaatlich einwandfreie Umschreibung ihres Arbeitsauftrages zu liefern. Es fällt nicht unter ihren gesetzlichen Auftrag, Rand- und Mischzonen zu berücksichtigen, das Augenmerk auch auf extremismusaffine Milieus zu richten. Soziologische Ausprägungen von Linksextremismus näher zu untersuchen, fällt ebenfalls nicht in ihre Zuständigkeit.¹

Ein Präventionsvorhaben kann demgegenüber solche Aspekte miteinbeziehen: vorgelagerte Strukturen, zusätzliche Dimensionen, wie Rückhalt gewährende und schützende Milieus, gesellschaftliche Verankerung und Einfluss, mangelnde Stigmatisierung, Wählerverhalten, schließlich Einstellungsmuster, die Linksextremismus begünstigen.

Zwar wird das Phänomen dadurch größer als es die amtlichen Zahlen ausweisen. Gleichwohl darf der Linksextremismus nicht zu einem Popanz aufgeblasen werden. Um die Größenordnungen ins rechte Licht zu rücken, ist ein Rückblick auf die historische Entwicklung linksextremistischer Potenziale in Deutschland hilfreich.²

Die (stalinistische) KPD war unmittelbar nach 1945 in allen Besatzungszonen nicht ohne Rückhalt. Sie erreichte im Westen 1947 einen Höchststand von 327.000 Mitgliedern, war bis 1953 im Bundestag und in zahlreichen Landtagen vertreten. In erster Linie ruinierte ihre bedingungslose Gefolgschaft für die sowjetische Politik in der SBZ/DDR ihre politischen Erfolgsaussichten bis hin zum Verbot im August 1956.

Die zweite Welle linksextremistischer Bewegungskonjunktur war inhaltlich und ideologisch differenzierter, aber deshalb keineswegs unbedeutend. 1967/68 wurde die KPD als DKP relegalisiert. Sie wuchs bis zu einer durchschnittlichen Mitgliederstärke von 40.000 an. Sie war von einem schützenden Kokon „extremistisch beeinflusster“ Organisationen umgeben, der seinerseits nochmals rund 60.000 Personen umfasste.³ Charakteristisch für diese „orthodoxen“ Kommunisten, die sogenannte Alte Linke, blieb ihre als „Interventionsapparat der SED“⁴ gewonnene finanzielle und organisatorische Potenz bei gleichzeitiger elektoraler Erfolglosigkeit. Ob der Misserfolg an der Wahlurne allerdings dazu berechtigt, sie insgesamt als „Quantité négligéable“ zu sehen, scheint angesichts ihres realen Einflusses in Protestbewegungen und ihrer langfristig wirksamen Akzeptanz vor allem bei Entscheidungsträgern der demokratischen Linken sehr zweifelhaft.⁵

Ebenfalls 1967/68 bildete sich aus eher jugendspezifischen, generationellen und kulturrevolutionären Ursachen heraus eine „Neue Linke“ maoistischer, trotzkistischer, traditionsstalinistischer oder intellektuell marxistischer Ausrichtung.⁶ Zahlenmäßig war sie mit kaum jemals mehr als 10.000 Organisierten bei weitem kleiner als das orthodox-kommunistische Segment, dennoch gesellschaftlich wesentlich erfolgreicher. Sie rekrutierte sich aus Studenten, die im Zuge sozialliberaler Integrationsbemühungen später in erheblichem Umfang in den öffentlichen Dienst gelangten. Dort besetzten sie bedeutende Teile der mittleren und später höheren Leitungsfunktionen in Wissenschaft, Bildung, Medien, schließlich auch in Rechtsprechung und Politik. Es war in den 1970er Jahren keineswegs ehrenrührig, mit einer vulgärmarxistischen „Staatsableitung“ von wenigen Dutzend Seiten als Qualifikationsnachweis auf einem ordentlichen Lehrstuhl deutscher Universitäten Platz zu nehmen. Die recht verbreitete Akzeptanz harter extremistischer Positionen hatte auch zur Folge, dass es einige Jahre dauerte, bis die *Rote Armee Fraktion* ihre schützenden Milieus weitgehend verloren hatte. Einen Kulminationspunkt des Linksextremismus stellt das emblematische Jahr 1977 dar, in dem

die Bundesrepublik eine Mehrfachbedrohung durch extremistisch beeinflusste Massenproteste (Anti-Kernkraft) sowie den – deutschen wie internationalen – linksextremistischen Terrorismus zu bestehen hatte.

Die seit Ende der 1970er Jahre entstehende Anarcho- und Autonomenszene kann eher als Entstrukturierung des linksextremen Potenzials gedeutet werden. Sein offen gewalttätiges Segment bedroht zwar nicht die Verfassungsordnung, setzt aber besonders auf dem Aktionsfeld der Massenmilitanz Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, und zwar in Städten wie Berlin in einer Größenordnung, gegen die heutige Gewaltphänomene als eher gering dimensioniert erscheinen.⁷ Nicht vergessen werden darf, dass bis Ende der 1980er Jahre in der DDR der Linksextremismus eine bis an die Zähne bewaffnete, mit einer ausdrücklich aggressiven Militärdoktrin versehene Diktatur unterhielt. Sie kooperierte auf nachrichtendienstlicher Ebene mit zahllosen terroristischen Gruppen und setzte auf einer sichtbaren Ebene die Interventionsapparate „ihrer“ kommunistischen Parteien gegen die westliche Demokratie ein.

Der Wegfall dieses gesamten Potenzials mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus reduzierte die Größenordnung des Linksextremismus in Deutschland radikal: Die DKP im Westen halbierte sich fast unmittelbar, fiel dann unter 10.000 Mitglieder und schrumpfte weiter bis auf den heutigen Stand von deutlich weniger als 4.000 Anhängern. Die SED verlor ihren Staats- und Gewaltapparat und die weitaus meisten ihrer 2,3 Millionen Mitglieder (Stand Anfang 1989). Die Mitgliederzahlen der PDS lagen Anfang der 1990er Jahre noch bei 170.000, fielen aber 1997 auf weniger als 100.000⁸ und betrugen zum Jahresende 2010 73.658 Personen⁹, davon fast 29.000 in den alten Bundesländern. Sie ist heute nicht mehr ausschließlich vom Charakter einer ostdeutschen Regionalpartei geprägt. Allerdings ging der Zulauf an Mitgliedern in den alten Bundesländern eher mit einer Verschärfung ihres Extremismusgehalts einher.¹⁰

Im Ergebnis zeigt eine auch nur cursorische historische Rückschau, dass von Linksextremisten ausgehende Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung (durch Terroristen und offen gewaltorientierte Linksextremisten) in früheren Jahren häufig deutlich stärker ausgeprägt waren als heute. Eine außenpolitisch induzierte Gefahr durch Linksextremisten existiert nach dem Wegfall des sogenannten sowjetischen Machtbereichs nicht mehr. Jedoch ist die Gefahr einer schleichenden Aushöhlung der

Verfassung durch die politische Etablierung von Linksextremisten als angeblich „normale“ Akteure im demokratischen System noch niemals so ernst gewesen.

Im Ergebnis zeigt der historische Überblick, dass linksextremistische Gefahren qualitativ anders, aber nicht in jeder Hinsicht kleiner geworden sind.

2.1 ORGANISATIONSPOTENZIALE

Die gängige Sortierung linksextremistischer Potenziale setzt auf der Ebene der ideologischen „Großfamilien“, der „revolutionären Marxisten“ einerseits und der „Anarchisten“ andererseits, an. Das Schisma zwischen den beiden Hauptströmungen des Linksextremismus geht auf Auseinandersetzungen zwischen dem polit-ökonomischen Ansatz von Karl Marx und dem staatsfeindlichen Konzept Michael Bakunins in den 1870er Jahren zurück. Zwar teilen beide „Großfamilien“ weiterhin die Überzeugung, dass eine sozialrevolutionär motivierte Überwindung der bestehenden „bürgerlich-kapitalistischen Ordnung“ unabdingbar sei. Ihre durchaus unterschiedlichen ideologischen Ansätze und Begründungsrichtungen haben aber auch auf Organisationsformen, Aktionsmuster und Mentalitäten von Linksextremisten zurückgewirkt.

2.1.1 Zusammenhang zwischen Ideologie, Organisationsform, Aktionsmustern und Mentalitäten

Revolutionäre Marxisten gehen von jeher davon aus, dass die entscheidende Waffe im Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung eine eigene überlegene Organisation, Strategie und Taktik sei.¹¹ Das erfordere eine Professionalisierung ihrer *Kader* durch ideologische Schulung, den Aufbau eines hoch effizienten, einheitlich handelnden, zentral steuerbaren *Apparats* und schließlich auf strategisch/taktischer Ebene die sorgfältige Analyse der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse und Entwicklungen zur langfristigen Bestimmung einer *Linie* revolutionären Handelns. Diese Anforderungen vereint idealiter eine marxistisch-leninistische, gegebenenfalls konspirativ und illegal handelnde Kaderpartei mit hoher innerer Disziplin und Kampfbereitschaft. Sie hat nur die äußere Form mit parlamentarischen Parteien gemeinsam, kann aber je nach Situation auch als klandestine Zellen (im Falle der Illegalität) oder als elitärer logenähnlicher Geheimbund ausgeprägt sein. Stets ist das Ziel solcher

Apparate die Erringung von Macht. Im gesamten Denken von Marxisten-Leninisten ist „Macht“ der zentrale politische Begriff.¹² An der Frage der Eroberung der Macht richten sich die verschiedenen Formen des politischen, ökonomischen und ideologischen Kampfes aus. Die Aktionsmuster lassen sich zwischen Bündnispolitik und Beteiligung am parlamentarischen System zur Einflussverbreiterung einerseits und revolutionärem Bürgerkrieg oder systematischem, revolutionärem Terror andererseits auffächern. Der Erfolg für die revolutionäre Sache liefert dabei letztlich das entscheidende Kriterium für die eingesetzten Kampfformen. Prinzipielle moralische Sperrn für die Wahl der Mittel existieren nicht. Das hat Folgen für die soziale Konstruktion revolutionär-marxistischer Milieus: Seine Insassen sind zumeist disziplinierte und autoritätsgewohnte Charaktere, die auch von eigenen Bedürfnissen zugunsten der „Sache“ abstrahieren können. Da sie aber ihre sozial unwertigen Ziele und Methoden nicht nach außen kommunizieren können, haben marxistisch-leninistische Strategie und Taktik Täuschung und Lüge als zentrale Elemente politischen Handelns verinnerlicht und zur Gewohnheit der Akteure gemacht.

Anarchisten und Autonome sehen im Staat in allen seinen Ausprägungen den Hauptfeind für die Verwirklichung ihrer „herrschaftsfreien“ Utopie. Seine bedingungslose Zerstörung steht im Mittelpunkt ihres politischen Handelns. Aus diesen Absichten machen sie kein Hehl. Gewalttätiges Vorgehen gilt ihnen als „Propaganda der Tat“ und hat einen eigenen, nicht nur instrumentellen Stellenwert in ihrem Lebensgefühl. Sie bekennen sich offen zu revolutionärer Gewalt. Sprachliche ironische Umschreibungen strafbarer Absichten, Konspiration und Abschirmung praktizieren sie nur, um der „Verfolgung“ durch den „staatlichen Repressionsapparat“ zu entgehen. Autonome Zusammenhänge nehmen in ihrem Innern die „herrschaftsfreie Ordnung“ angeblich vorweg. Sie verabscheuen hierarchische Organisationen, verbindliche Regeln und alles, was die Autonomie des Individuums einschränkt. Bewusst sprechen Autonome selber von „Szene“ oder „unseren Zusammenhängen“: Ihre primäre Vergesellschaftungsform ähnelt situationsbezogen gebildeten Cliques, Horden und Haufen. Die Mentalität der revolutionären Marxisten ist ihnen außerordentlich fremd, auch wenn sie sich mit diesen durch das gemeinsame Ziel einer Überwindung der bestehenden Ordnung verbunden fühlen.

Organisationsformen, Handlungsmuster und Mentalitäten sind daher direkte Folgen vorgelagerter ideologischer Konditionierungen als primäre Bestimmungsfaktoren. Linksextremistische Strömungen nach augenblicklichen, möglicherweise taktisch motivierten, Aspekten zu kategorisieren, scheint daher wenig angemessen.

2.1.2 „Parlamentsorientierter, aktionsorientierter, diskursorientierter“, „harter“ und „weicher“ Linksextremismus

Eine Einteilung des Linksextremismus in diese Kategorien haben mehrere Verfassungsschutzbehörden unternommen.

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalens unterscheidet – offenbar in Übernahme eines entsprechenden Rasters aus der Analyse des Rechtsextremismus – einen parlamentsorientierten, einen aktionsorientierten und einen diskursorientierten Linksextremismus.

Dem parlamentsorientierten Linksextremismus gehe es „vor allem um die Erlangung von Einfluss im parlamentarischen Raum bzw. auf den politischen Willenbildungs- und Entscheidungsprozess“. Einzelne unter seinen Gruppen wollten aber wegen erkennbarer Aussichtslosigkeit bei Wahlen „ihre politischen Ziele vor allem über den außerparlamentarischen Kampf erreichen“. Dies mag die politische Praxis der *Linken* bzw. in der anderen Fallgruppe der *Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)* und der *Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)* richtig beschreiben, ist aber dennoch insoweit unzutreffend, als parlamentarischer Kampf für revolutionäre Marxisten stets der außerparlamentarischen Aktion („Verbindung mit den Massen“) nachgeordnet und lediglich taktisch motiviert ist. Ihr Ziel ist letztlich, nach Vorgaben Lenins das „bürgerliche Parlament auseinanderzujagen“, sobald die Situation dafür günstig ist.

„Aktionsorientierter“ Linksextremismus steht laut nordrhein-westfälischer Landesbehörde richtig für jene Gruppen, die „überwiegend keine Probleme mit der Ausübung von Gewalt haben“, also die Autonomen, während der „parlamentsorientierte Linksextremismus“ „aus taktischen Erwägungen in der derzeitigen gesellschaftlichen Lage“ davon absehe.¹³ Das bedeutet aber, dass er grundsätzlich ebenfalls bereit ist, seine Ziele auch mit unfriedlichen Mitteln durchzusetzen, nur in der aktuellen Situation auf die konkrete Anwendung von Gewalt verzichtet. Ein unterscheidbarer

„diskursorientierter Linksextremismus“ existiert überhaupt nicht. Denn alle Linksextremisten sind, wie der Stellenwert ideologischer Arbeit und ihrer Agitation und Propaganda verdeutlicht, an einer Verbreitung und Vermittlung ihrer politischen Ziele interessiert. Selbst der militante autonome Linksextremismus ist, wie jede seiner ausführlichen Taterklärungen nach klandestinen Anschlägen hinreichend belegt, insofern „diskursorientiert“, als er seinen eigenen Anhängern und den zu befreienden „Unterdrückten“ seine Handlungen „vermitteln“ und erklären will.

Auch der Berliner Verfassungsschutz will einen „aktionsorientierten“ (darunter das autonome Spektrum und die „Rote Hilfe“) und einen „parlamentsorientierten Linksextremismus“ (darunter Trotzlisten, DKP und MLPD) unterscheiden. Die Explikation dieser Kategorien wird dort problematisch, wo der einen Kategorie „aktionsorientierte, auch gewaltbereite, Personen“, der anderen „nicht-gewaltbereite Personen“ zugeordnet werden.¹⁴ Keineswegs zutreffend ist, dass die aus taktischen Gründen zurückhaltend agierenden revolutionären Marxisten grundsätzlich „nicht gewaltbereit“ im Sinne von „friedlich“ wären. Dies trifft nicht einmal auf die „Linke“ in Berlin zu, deren Bezirksabgeordneter Kirill Jermak die gewalttätige „Revolutionäre 1. Mai-Demonstration“ 2009 maßgeblich mit organisierte und anschließend die Polizei für die exzessive Gewalt militanter Teilnehmer verantwortlich machte.

Für die polizeiliche Praxis sind daher solche neueren Kategorisierungen durchaus relevant. In der breiten Öffentlichkeit tragen sie aber eher dazu bei, von den Gefahren abzulenken, die der demokratischen Kultur durch „parlamentsorientierten Linksextremismus“ drohen.

Die Extremismusforscher Eckhard Jesse und Jürgen Lang haben in einer jüngeren Studie zur Partei „Die Linke“ vorgeschlagen, zwischen einem „harten“ und „weichen“ Linksextremismus zu unterscheiden.¹⁵ Diese Unterscheidung ist für die politische Bildung hilfreich. Es ist evident, dass ein „weich“ oder „smart“ auftretender Extremismus extremismusaffine oder potenziell extremismusaffine Menschen leichter anziehen kann als „harter“ Extremismus. Er ist überdies diskursfähig und fast immer auch dort diskursbereit, wo „harter“ Extremismus allenfalls vorgestanzte Ideologeme absondern wird. Seine Akulturation an demokratische Verhaltensregeln kann eine Transformation zu demokratischen Grundeinstellungen fördern – während dies bei Vertretern eines „harten“ Extremismus eher nicht zu erwarten ist. Das alles rechtfertigt die Ein-

führung einer solchen Kategorisierung gerade unter politikdidaktischen und kommunikativen Gesichtspunkten.

Der analytische Nutzen scheint indessen eher begrenzt. Moderates Verhalten extremistischer Akteure kann auch auf taktisch motivierte kluge Zurückhaltung zurückzuführen sein. In einem solchen Falle läuft die Qualifizierung als „weicher“ Extremismus Gefahr, lediglich eine heimtückische Strategie der Täuschung zu honorieren, die leninistischer Taktik systematisch inhärent ist und vom Bundesverfassungsgericht bereits 1956 als zur rechtlichen Beurteilung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen irrelevant deklariert wurde: „Zu den Absichten, die eine Partei verfassungswidrig machen, gehören (...) auch diejenigen, die sie nur verwirklichen will, wenn die Situation dafür günstig ist.“¹⁶

Die gegenwärtige Architektur des Linksextremismus in Deutschland lässt sich im Kern nach wie vor auf die durch ein ideologisches Schisma im 19. Jahrhundert entstandenen Kategorien der revolutionären Marxisten sowie der Anarchisten/Automen zurückführen, weist aber inzwischen – besonders seit 1989 – eine Reihe von Verwerfungen, Vermischungen und Grenzzonen auf, wie sie jenseits sozialwissenschaftlicher Modelle für die soziale Realität kennzeichnend sind.

Der folgende Überblick orientiert sich nicht an dem jeweils aktuellen Informationsauftrag der Sicherheitsbehörden, sondern an Bedürfnissen der politischen Bildung und Extremismusprävention.

2.1.3 Revolutionäre Marxisten

2.1.3.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Die DKP¹⁷ geht – wie die Partei „Die Linke“ – unmittelbar auf die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 1917 und auf die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an der Jahreswende 1918/19 zurück. Sie steht in einer seit Gründung antidemokratischen, leninistischen, alsbald stalinistischen Kontinuität. Nach Verbot und Verfolgung war die KPD im Mai 1945 neu entstanden. Eine formale Trennung von der 1946 geschaffenen SED erfolgte 1949; 1956 wurde die Partei verboten. Mentalitätsgeschichtlich bedeutsam ist, dass in den 1950er Jahren Kommunisten in der alten Bundesrepublik unter ähnlichem strafrechtlichen Verfolgungs-

druck und sozialer Ächtung standen wie heute Rechtsextremisten. Ein erheblicher Teil ihres Apparats wich in die DDR aus und kehrte erst 1968 oder kurz danach in den Westen zurück. Die Spitzenfunktionäre der DKP (überwiegend die „FDJ-Generation“ der Geburtsjahrgänge 1925-1931) hatten daher eine Art zweiter Identität als DDR-Bürger.

Sie behielten gegen die nachdrängende, aus der „68er“-Generation stammende Funktionärskaste die Schaltstellen des Apparates in der Hand. Die Partei zerbrach in den Jahren 1987 bis 1990 an diesem Generationenkonflikt, der sich zugleich als ideologischer Konflikt zwischen der Linie Erich Honeckers und Michael Gorbatschows darstellte.

Da die „Orthodoxen“ in der DKP die Oberhand behielten, schwanden Ressourcen, Attraktivität und Einfluss der Partei kontinuierlich. Sie fiel rapide auf weniger als 10.000 Mitglieder und schmolz dann über Jahre auf den heutigen Stand ab, den der Verfassungsschutz mit 4.000 Mitgliedern beschreibt. Sie rekrutiert praktisch keinen Nachwuchs mehr, es sei denn aus kommunistischen Dynastien, deren Abkömmlinge häufig in der Partei zu finden sind. Die Situation der DKP als Partei ist politisch hoffnungslos: Anhänger und „Fellow traveller“ aus Publizistik, Gewerkschaften und Wissenschaft sind in drei großen Wellen zur PDS/Die Linke abgewandert: 1989/90, 1999 bei der NATO-Intervention gegen den jugoslawischen Diktator Milosevic und zuletzt 2007/2008 nach der Etablierung der „Linken“ in den alten Bundesländern. Die DKP stellt sich heute als orthodoxe „Erinnerungsgemeinschaft“¹⁸ mehrheitlich alter Menschen dar. Der Altersdurchschnitt (!) der Mitgliedschaft dürfte 70 Jahre erreicht haben. Sie hält nicht zuletzt durch kommunistische Kaderprinzipien zusammen. Die kann man an den Vorsitzenden ermesen: Herbert Mies (Jg. 1929, Parteivorsitzender 1973-1990)¹⁹ stammte aus einer kommunistischen Familie, sein Nachfolger Heinz Stehr (Jg. 1946, in ähnlicher Funktion 1990-2010) in dritter Generation aus einer kommunistischen Dynastie, die mit dem Großvater beim Kieler Matrosenaufstand begonnen haben soll. Die 2010 neu gewählte Vorsitzende Bettina Jürgensen (Jg. 1954) stammt ebenfalls aus einer Familie in Schleswig-Holstein, die seit Generationen in der KP verwurzelt ist.

Wie der geringe Erfolg der Jugendorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ, um die 300 Mitglieder) belegt, übt die DKP auf die junge Generation praktisch keine Anziehungskraft mehr aus.

Die politischen Fernwirkungen der DKP sind indessen weniger bedeutungslos: Rund 150.000 Menschen im Westen der Republik haben zwischen 1968 und 1990 für mehr oder weniger lange Zeiträume dieser Partei angehört, politische Hoffnungen in ihren grundlegend antidemokratischen und menschenfeindlichen Impetus investiert. Die meisten haben sich davon gelöst. Viele jedoch haben nach 1989 andere Wirkungsfelder gesucht, in denen ihre Denkmuster zumindest nicht beanstandet wurden. Etliche Kader kamen im Apparat der PDS/Die Linke unter. Das war unter „Bruderparteien“ von jeher üblich und normal; darüber geredet wurde eher nicht. Obgleich wenig attraktiv für außerhalb des Milieus Stehende, ist die DKP im linksextremen Milieu voll akzeptiert. Das Grußwort des Fraktionsvorsitzenden der „Linken“ im hessischen Landtag, Willi van Ooyen (ehemals Bundesgeschäftsführer einer DKP Vorfeldorganisation und Mitglied des DKP-nahen Studentenverbandes MSB Spartakus) an den 19. Parteitag der DKP (9./10.10.2010 in Frankfurt) mag dafür als Beispiel genügen: „Mir kommt es darauf an, dass wir natürlich das Signal gaben auch von Euch aus, dass die Gemeinsamkeit der Bewegung weiter ein wichtiger Faktor für die Gestaltung der Politik in diesem Lande bleiben soll.“²⁰

2.1.3.2 Resonanzorganisationen der DKP

Die Partei unterhielt im Auftrag der SED bis 1989 einen Kranz von Vorfeldorganisationen für den Einsatz in spezifizierten Politikfeldern. Dabei handelte es sich teils um kommunistische Gründungen, wie die inzwischen erloschene *Deutsche Friedens-Union (DFU)*, teils um linke Organisationen, die von der DKP gezielt unter Kontrolle gebracht worden waren, wie die *Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG / VK)*. Charakteristisch für solche Organisationen war, dass ein erheblicher Teil bis mehr als die Hälfte der Mitglieder aus Nicht-Extremisten bestand, Kommunisten aber den Apparat kontrollierten, sodass gegen sie gerichtete Entscheidungen in der Organisation nicht durchsetzbar waren. Die Sicherheitsbehörden bezeichneten solche Zusammenschlüsse als „linksextremistisch beeinflusst“ bzw., wo der Einfluss überwältigend stark war, als „linksextremistisch beherrscht“. Diesen Organisationen gehörten in der ersten Hälfte der 1980er Jahre rund 60.000 Personen an, also mehr als der „Kernpartei“ DKP. Zur dort herrschenden Organisationskultur gehörte, dass Kritik an Kommunisten nicht möglich war. Sie konnten insofern als Inkubationsorte für die Er-

lernung einer grundlegenden Akzeptanz von linksextremistischen Denkmustern, Denkverboten, Verhaltensformen und Mentalitäten gelten.

Obwohl ein erheblicher Teil dieser Organisationen mit dem Wegfall der SED-Finanzierung verschwand, haben einige überlebt, die sich heute im Gravitationsfeld der „Linken“ befinden und von daher Faktoren darstellen, die jenseits von Einschätzungen der Verfassungsschutzbehörden für die Präventionsarbeit gegen Linksextremismus relevant sind.

An erster Stelle ist hier die *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. (VVN-BdA)* zu nennen, die seit einer Fusion mit einem ostdeutschen Pendant eine Doppelspitze aufweist. Bundessprecher sind Heiner Fink (Ex-MdB der PDS und IM „Heiner“ des MfS) und Cornelia Kerth aus Hamburg. Eine kritische Aufarbeitung des orthodox-kommunistischen „Antifaschismus“ hat bei der VVN-BdA nicht stattgefunden.²¹ Ihr Sprecher Heiner Fink erklärte verschiedentlich die Bereitschaft seiner Organisation, mit gewaltbereiten Autonomen zusammenzuarbeiten.²² In einer Wanderausstellung der VVN-BdA zum „Neofaschismus“ werden unter der Rubrik „Inhaltliche Parallelen“ Guido Westerwelle, Roland Koch und Thilo Sarrazin abgebildet und suggeriert, von ihnen getätigte Aussagen seien für die Ausbreitung von Rechtsextremismus mit verantwortlich.²³ Die VVN-BdA mag organisatorisch so gut wie tot sein – das ergibt sich vor allem aus dem Durchschnittsalter ihrer Mitglieder, denen die Generation der tatsächlich vom Nationalsozialismus Verfolgten allmählich abhanden kommt. Es handelt sich aber um ein eingeführtes Label im „Kampf gegen Rechts“, das durch sein Verschwinden aus den Verfassungsschutzberichten²⁴ und die der Organisation zuerkannte Gemeinnützigkeit scheinbar seriös wirkt. Die VVN-BdA-Wanderausstellung wird aktuell in Zusammenarbeit mit dem ver.di Bezirk Nord unterhalten. Ihre erste Variante wurde schon 1987 im Bremer Rathaus gezeigt, was allerhand über die Einflussmöglichkeiten der Organisation in bestimmten Milieus aussagt. 2010 hat die SPD einen seit 1948 existierenden, wenngleich nicht mehr praktizierten Unvereinbarkeitsbeschluss still aufgehoben. Diese bündnispolitische Demutsgeste hat die VVN-BdA nur sehr diskret gewürdigt.²⁵ Die Organisation lässt heute die Nachkommen der kommunistischen NS-Verfolgten (zumeist DKP-Mitglieder) auftreten. Es ist schwierig, gegen deren – zumeist mit kommunistischen Legenden vermischte – Erzählungen zu argumentieren – auch wenn die Nachkommen nicht annähernd die Authentizität der tatsächlichen Zeitzeugen erreichen.

Relativ regelmäßigen Platz im Verfassungsschutzbericht des Bundes (zuletzt 2008) findet der *Bundesausschuss Friedensratschlag e.V.* Sein Spiritus rector ist Dr. Peter Strutynski, bis vor kurzem Dozent an der Universität Kassel. Strutynski hat eine DKP-Vergangenheit. Er gehörte schon zu den Gründungsmitgliedern ihres 1991 zerfallenen Studentenverbandes und ist Mitherausgeber des DKP-Theorieorgans *Marxistische Blätter*. Das extremistische Strickmuster des *Friedensratschlags* ist die Leninsche Kriegsursachenanalyse, nach der es nur eine Ursache für internationale Konflikte geben kann: das Interesse des Kapitals an expandierender Profitmaximierung. Zur Pflege dieses einfachen Weltbildes treffen sich die rund 300 Aktivisten des *Ratschlags* – stets dieselben, wie beklagt wird, – einmal jährlich in Kassel. Seit 1990 ist diese Runde gesamtdeutsch zusammengesetzt: Neben Westkommunisten und DKP-kompatiblen „Friedensfreunden“ sind häufig ehemalige Wissenschaftseliten des SED-Regimes, aber auch Praktiker des „Friedenskampfes“ aus MfS und Grenztruppen Referenten. Auf besondere Empörung stieß in diesen Kreisen die Intervention der NATO auf dem Balkan, und so fand auch ein Solidaritätskomitee für den Kriegsverbrecher Slobodan Milosevic, das im Wesentlichen aus DKP-Leuten und früheren MfS-Agenten zusammengesetzt war, festen Einsitz im *Friedensratschlag*. Strutynski brachte die Quintessenz des Unternehmens in einem Grußwort an den DKP-Parteitag 2010 auf den Punkt: Eine Herkulesaufgabe werde die „Delegitimierung der NATO“, eines aus dem Kalten Krieg übrig gebliebenen Bündnisses zur „militärischen Absicherung imperialistischer Interessen“, sein. Auch zu neueren Problemen hat der *Friedensratschlag* alte Antworten: Islamophobie sowie „Hasspredigten und -parolen gegen den Islam sind in gewisser Weise an die Stelle des verordneten Antikommunismus aus der Zeit der Systemkonkurrenz getreten“²⁶. Der islamistische Terrorismus existiert demnach nicht wirklich: Schließlich war er in der Leninschen Kriegsursachenanalyse nicht vorgesehen.

Die Bedeutung dieses Zirkels aus Traditionalisten liegt darin, dass sie es immer wieder schaffen, sich als „die“ Friedensbewegung darzustellen. Im März 2003 fand Strutynski für seinen Antiamerikanismus als Redner bei der größten jemals in Deutschland durchgeführten Demonstration (gegen die amerikanisch-britische Intervention im Irak) ein Forum von 500.000 Menschen. Auch bei dem, was ansonsten in der Bundesrepublik unter dem bei jungen Menschen durchaus positiv besetzten Label „Frieden“ unterwegs ist, handelt es sich weitgehend um Derivate aus dem alten SED-„Friedenskampf“-Apparat. Willi van Ooyen gab die Orga-

nisation der (inzwischen nicht mehr sehr bedeutsamen) Ostermärsche erst in andere Hände, als er Fraktionsvorsitzender der „Linken“ im hessischen Landtag wurde. Die Proteste gegen das 60-jährige Bestehen der NATO organisierte für ein „Internationales Vorbereitungs-komitee“ der Ex-DKP-Funktionär Reiner Braun (58), der zugleich auch die Ostermärsche im Ruhrgebiet wesentlich mitgestaltet. Solche personellen Zusammenhänge sind nicht allgemein bekannt. Und so werden „Friedensaktionen“ aus diesem Spektrum immer noch mit pazifistischen Anliegen verwechselt, obgleich sie ausschließlich einen „antiimperialistischen“ Ansatz verfolgen.

Auch jenseits der Verfassungsschutzberichte gibt es im Sinne der Linksextremismusprävention früher von der DKP gesteuerte Strukturen, die zwar heute nicht mehr von der Partei dirigiert werden können – aber bisweilen von den früheren Funktionären (oftmals mit neuer Mitgliedschaft in der „Linken“) geleitet werden. Sie können Einfallstore links-extremer Einstellungsmuster sein. Als Beispiele können der *Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)* oder die *Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ)* genannt werden.

Die VDJ ist recht typisch für dieses extremismusinkubative Spektrum. Die heutige Organisation stellt sich ausdrücklich in die Tradition des schon 1972 gegründeten Verbandes, allerdings ohne die seinerzeit maßgebliche Rolle der DKP zu erwähnen.²⁷ Immerhin ist der langjährige Bundesvorsitzende nach dem Zusammenbruch der DDR von einer demokratischen Partei in die PDS übergetreten; die Bundessekretärin stammt aus der DKP. Die aktuelle Satzung des von einem Mitglied der „Linken“ geführten Verbandes kommt weitgehend unverdächtig daher: „Die Vereinigung sieht die Grundlagen ihrer Arbeit in den Leitprinzipien Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“; und auch die Aussage, sie sei „der antifaschistischen Tradition verpflichtet“²⁸, ist isoliert betrachtet nicht notwendig ein Anhaltspunkt für Linksextremismus. Für eine solche Ausrichtung steht aber die politische Praxis des Verbandes. Sie kommt z. B. darin zum Ausdruck, dass die VDJ jährlich einen Preis verleiht, mit dem oft genug eher engagierte Befürworter von Menschenrechtsverletzungen ausgezeichnet werden, z. B. der Rechtsanwältin Barbara Degen (ehemals DKP) 1996, gemeinsam dem SED-Wissenschaftskader Hermann Klenner und dem Ex-KPD/DKP-Funktionär Erwin Siemantel (1998), zuletzt 2008 dem Rechtsanwalt Heinrich Hannover, einem prominenten *Fellow traveller* von KPD und DKP.²⁹ Ein für

linksextreme Organisationen typisches Verfahren: Rechtsstaatliche und demokratische Selbstdarstellungen bemänteln die praktische Befürwortung linker Menschenrechtsverletzungen und Diktaturen.

2.1.3.3 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Obgleich ebenfalls eine nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ aufgebaute revolutionär-marxistische Partei, weist die MLPD unter Präventionsgesichtspunkten einen völlig anderen Charakter als die DKP auf.

Sie versammelt mit periodischen Schwankungen etwas mehr als 2.000 Mitglieder. Ihre Schwerpunkte liegen in Baden-Württemberg, im Ruhrgebiet und in Sachsen-Anhalt; der Sitz befindet sich in Gelsenkirchen. Anders als die DKP redet sie, was Gewalt, Revolution und Diktatur des Proletariats angeht, Klartext. Andere Linksextremisten verachtet sie. In ihrem Rekurs auf die Mao-Tse-tung-Ideen bewertet sie den sowjetischen Realsozialismus nach 1956 als revisionistisch entartet.³⁰ Selbst Stalin hat es aus ihrer Sicht an klassenkämpferischer Härte fehlen lassen: „Die MLPD hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass sie die Leistungen Stalins beim Aufbau des Sozialismus und der Niederschlagung des Hitlerfaschismus verteidigt. Sie kritisiert jedoch auch seine zwei Hauptfehler: Der notwendige ideologische Kampf gegen die Träger der kleinbürgerlichen Denkweise wurde vernachlässigt, und auf die Mobilisierung der Volksmassen gegen die entarteten Vertreter der Bürokratie wurde verzichtet.“³¹

Wer an dieser Stelle vermutet, es könne sich bei der MLPD um eine in marxistisch-leninistische Parteiform gekleidete Sekte handeln, irrt keineswegs. Sie hält nicht nur wesentliche Teile ihres Parteilebens vor der Öffentlichkeit geheim, sondern kennt auch enorm repressive Strukturen, die darauf abzielen, die Mitglieder völlig ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Unterschiedliche Mittel zielen darauf, das Parteiliebesleben als Lebensmittelpunkt zu etablieren. „Abweichungen“ werden durch die in stalinistischer Tradition stehenden Kontrollkommissionen mit „Erziehungsmaßnahmen“ oder Säuberungen geahndet, doch durchschauen viele Mitglieder erst nach Jahren den Autismus der anachronistischen Ideologie.

Der Säuberungs- und Kontrollwahn der MLPD, sie bezeichnet ihn als „System der Selbstkontrolle der Partei“, hat den Anspruch, auch die Köpfe und das Denken der Mitglieder einzuschließen: Die „Kontrolle der Denkweise der Verantwortlichen in der Leitung der Wirtschaft, des Staates und der Partei und die Festigung der proletarischen Denkweise der Massen“ seien „von entscheidender Bedeutung.“³² Bei der vorgesehenen Gehirnwäsche heißt das erwünschte Ergebnis also „proletarische Denkweise“. Sie steht mit dem dialektischen Materialismus und mit Maos „Lehre vom Widerspruch“ in Zusammenhang. Den genauen und durchaus flexiblen Inhalt des „richtigen Denkens“ definiert stets der Vorsitzende der Partei, der Vorsitzende des ZK, der Schriftleiter des theoretischen Organs, mit einem Wort: der seit 1982 inzwischen mit ausgeprägtem Personenkult an der Spitze der Sekte agierende frühere Schlosser Stefan Engel (56).

Kann eine solche Sekte junge Menschen einfangen? Offensichtlich schon, denn anders als die DKP hat die MLPD kein erkennbares Überalterungsproblem. Die Partei bietet ihren Mitgliedern und unter ihnen vor allem jungen Menschen einen familienähnlichen Zusammenhang, der kollektive Erfolgserlebnisse durch „solidarisches Handeln“ ermöglicht. Sie ersetzt insofern ein Stück weit nicht-organisierte Jugendcliquen, wie sie für die Rekrutierungsmechanismen bei Autonomen, Neonazis und subkulturellen Rechtsextremisten typisch sind.³³ Um die richtige Mischung aus Spaß, Spiel und Spannung, aber auch aus politischer Indoktrination und Erziehung zum künftigen autoritätsgläubigen Kader zu gewährleisten, setzt sie schon bei Kindern (meistens dem Nachwuchs aus MLPD-Familien) in *Rotfuchs-Gruppen* an. Zu den Events gehören neben regelmäßigen örtlichen Parteiveranstaltungen für den Nachwuchs die jährlichen „Pfungstjugendtreffen“ im Ruhrgebiet (zumeist besucht von ca. 3.000 Personen aus dem Umfeld der MLPD; die Partei gibt dreibis fünfmal höhere Zahlen an), ferner die verschiedenen Sommerlager. Die Partei hat preiswert ehemalige DDR-Ferienlager in Alt-Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern, seit 1993) und Truckenthal (Thüringen, seit 2003) erworben, und auf den Bildern von den straff geführten Sommerlagern sieht man nur lachende, glückliche Kinder.

Insgesamt aber ist die Fähigkeit der MLPD, im weiteren linken Milieu Anhänger zu werben, eher gering. Das liegt an ihrem ausgeprägten Avantgarde-Anspruch; für die Teilnahme an Aktivitäten der Partei verlangt sie absolute Unterwerfung unter deren Führungsanspruch. Dieses

Verhalten hat ihr lange unmöglich gemacht, sich in klassische linke Bündnisfelder einzuschalten. Stattdessen wendet sich die Partei gezielt an Menschen aus einfachen und oft wirtschaftlich prekären Verhältnissen, die sie mit ihrer populistischen Agitation gegen die zunehmenden Einkommensunterschiede in der Gesellschaft anspricht. Intellektuelle sind in der MLPD weniger willkommen, da sie eher in der Lage sind, die Holzschnittartigkeit der Ideologie und die internen Lenkungsmechanismen zu erkennen.³⁴

2.1.3.4 Trotzlisten

Zur ideologischen Familie der revolutionären Marxisten gehören auch die Trotzlisten, also die Anhänger Leo Davidowitsch Bronsteins (1878-1940). Sie sind keineswegs, wie gerne unter Hinweis auf die Ermordung Trotzki durch einen Agenten des sowjetischen Geheimdienstes reklamiert wird, die authentischeren oder vom Stalinismus unbefleckten, „besseren“ Kommunisten. Bevor er im Konkurrenzkampf mit Stalin von der Macht getrennt wurde, hatte Trotzki sich bereits hinreichend als Verbrecher bewiesen, der in der Dimension, so er die Gelegenheit bekommen hätte, wohl kaum hinter Stalin zurück geblieben wäre. In der Sache korrekt, aber wenig moralisch entlastend ist seine Kritik an der Bürokratisierung Stalinscher Herrschaft. Seine späteren theoretischen Schriften sind theoretische Ableitungen eines Intellektuellen, der von der politischen Praxis getrennt worden war, und deshalb trotz teilweiser intellektueller Brillanz eher das Produkt eines sektiererischen Denkens.³⁵

Unter machtpolitischen Gesichtspunkten blieb Trotzki erfolglos. Sein Projekt, mit einer „IV. Internationale“ die von Stalin gesteuerte „III. Internationale“ oder „Komintern“ zu konterkarieren, führte seit den frühen 1950er Jahren zu fortwährenden Spaltungen, bis schließlich ein Dutzend „IV. Internationaler“ entstanden waren, die miteinander konkurrierten und sich auch gegenseitig bekämpften. Die endlosen Spaltungen und „Umgruppierungen“ sind zu einem festen Kennzeichen trotzkistischer Sektiererei geworden. Ein geflügeltes Wort besagt, dass bereits ein Trotzki eine Gruppe bilden könne, zwei eine internationale Tendenz, aber das Hinzutreten eines Dritten zuverlässig in eine Spaltung münden müsse.

In der mehrfachen Konkurrenz untereinander, in der Konfrontation mit den Sicherheitsbehörden westlicher Demokratien und verfolgt von dem unerbittlichen Hass der realsozialistischen Apparate, entwickelten die Trotzlisten bemerkenswerte Überlebensstrategien, zu denen vor allem die Fähigkeit zu perfekter Tarnung und sehr langfristig angelegten Täuschungsstrategien zählen. Mangels eigener personeller Kapazitäten kaprizierten sie sich darauf, in größere sozialistische Organisationen einzutreten, um diese entweder unter Kontrolle zu bringen oder zumindest in ihnen Mitglieder für die eigene Sache zu werben. Je nachdem, ob das mit offenem Visier oder im Geheimen geschieht, spricht man von „offenem“ oder „verdecktem“ „Entrismus“. Der kann für die „Wirtsorganisation“ sehr lästig sein: Ein in London angesiedelter als „Militant Tendency“ bekannter trotzkistischer Dachverband kontrollierte lange Zeit die Nachwuchsorganisation der britischen Labour Party. Und dem französischen sozialistischen Premierminister Lionel Jospin konnte nachgewiesen werden, dass er unter dem Decknamen „Comrade Michel“ in diese Partei von einem in Paris ansässigen trotzkistischen Dachverband entsandt worden war. Bei alledem werden die ideologischen Inhalte wie heilige Grale gehütet, während die Taktiken des politischen Überlebens ständig angepasst werden. Das bedeutet, dass Trotzlisten im Grundsatz immun gegen „reformistische“ Einsichten sind und eine Humanisierung bei ihnen nicht zu erwarten ist. Sie verkörpern „die Beständigkeit des Ideals“ und sind – bezogen auf den Leninismus – gewissermaßen die „einsamen Hüter einer erlöschenden Flamme“.³⁶ Andererseits gilt es das Paradox zu beachten, dass man sie und ihre absolut ernst gemeinten Absichten nicht los wird: Trotzlisten ändern ihre Grundüberzeugungen nie, aber eben gelegentlich ihre äußere Gestalt.

Das trifft auch auf den deutschen Trotzismus zu. Abgesehen von einigen kleineren „IV. Internationalen“, die häufig genug als sogenannte „Propaganda Fighting Groups“ ein besonderes Ausmaß an erstarrtem Dogmatismus aufwiesen, bestimmten drei Formationen die trotzkistische Szene seit 1989:

- die *IV. Internationale / Secrétariat Unifié (IV. Internationale / Vereinigtes Sekretariat)* mit Sitz in Paris trat seit 1986 als *Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)*, später unter der gleichen Abkürzung als *Verein für Sozialistische Politik*, seit 2001 als *internationale sozialistische linke (isl)* auf;

- die *International Socialist Tendency (IST)* mit Sitz in London nannte sich bis 1993 *Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)*, dann *Linksruck* und arbeitete nacheinander entristisch bei den Jungsozialisten in der SPD und seit 2000 bei der globalisierungskritischen Gruppe *Attac*;
- ihre ebenfalls in London angesiedelte Konkurrenz *Committee for a Workers' International (CWI)*, deren britische Variante die erwähnte *Militant Tendency* war, hieß in Deutschland *Voran zur sozialistischen Demokratie e.V.* (seit 1994 *Sozialistische Alternative Voran (SAV)*) und war ebenfalls bei den Jusos unterwegs.

Keine dieser Organisationen begegnet uns heute noch in der beschriebenen Gestalt. Denn die historische Konfrontation zwischen den Trotzlisten und den Stalinisten, also den realsozialistischen Parteien moskauorientierter Prägung, ist Geschichte, seit sich Gregor Gysi und der führende Kopf des *Secrétariat Unifié*, Ernest Mandel, im Frühjahr 1990 in Berlin zu einer Podiumsdiskussion zusammen setzten. Seither traten deutsche Mitglieder dieses Dachverbandes individuell der PDS bei, waren willkommen, stiegen bis zu Bundestagsabgeordneten auf, integrierten sich oder verließen die Partei auch wieder. Später setzten einzelne auf die WASG, deren norddeutsches Gründungssegment Netzwerk *Für eine wahlpolitische Alternative 2006* von Anfang an ein Auffangbecken für „verspätete“ Kommunisten gewesen ist.³⁷

Die deutschen Sektionen der beiden britischen Dachverbände verhielten sich nicht viel anders. Auch sie stiegen überwiegend auf dem Umweg über die WASG – von *Linksruck* als die „neue Linke“ schlechthin bejubelt – in die fusionierte Partei *„Die Linke“* ein. Das geschah bei *Linksruck* unter Umbenennung des internen Zusammenhalts in ein Netzwerk *Marx 21* unmittelbar bei der Fusion im Juli 2007, bei der SAV etwas später. Die Mentalitäten der ehemaligen SED ähnelten denen der trotzkistischen autoritären und organisationsbeflissenen Polit-Profis. Und umgekehrt sah die Partei – von einigen Widerständen aus dem früheren sozialdemokratischen Milieu der in Süddeutschland entstandenen Initiative *Arbeit und soziale Gerechtigkeit (ASG)* einmal abgesehen –, überhaupt keinen Grund, die ideologisch gut durchgebildeten und noch relativ jungen Zugänge – aus jeder der trotzkistischen Gruppen um die 300 bis 400 – nicht willkommen zu heißen.

Sie machten auch umgehend Karriere: Christine Buchholz, einst Kader der *Linksruck*-Bundesleitung, ist heute als MdB „friedenspolitische Sprecherin“ der Fraktion und wirbt für die Taliban als „Volkswiderstand“ gegen die „imperialistische Besatzung“ Afghanistans³⁸ – ganz auf der Linie ihres trotzkistischen Dachverbandes in London, der seit Jahren den Schulterchluss mit den Islamisten gegen die eigene Regierung sucht. In Wiesbaden rückt die SAV-Trotzkistin Janine Wissler in den Landtag ein; und Trotzkisten beiderlei Herkunft bilden das Rückgrat des Studentenverbandes *SDS* der „*Linken*“.

2.1.3.5 „Die Linke“

„Die Linke“ ist keine klassische revolutionär-marxistische Partei mehr. Wenn sie dennoch in einer Reihe mit DKP und MLPD aufgeführt wird, dann, weil sie der ideengeschichtlichen Tradition des Marxismus-Leninismus entstammt und diese Vergangenheit nach wie vor ihre Wahrnehmungsmuster und ihr Politikverständnis in erheblichem Umfang prägen. Als systemoppositionelle Sammlungspartei hat sie bereits in den 1990er Jahren als eine Art „Gravitationsfeld“ des Linksextremismus gewirkt. Diese Rolle nahm sie schon aufgrund ihrer schieren Größe und wegen ihres organisatorischen, politischen und finanziellen Gewichts ein. Dabei korrespondierte der lineare Niedergang der übrigen revolutionär-marxistischen Formationen mit dem elektoralen Wiederaufstieg der PDS. Auch die ernste Krise, in welche die Partei nach dem vorübergehenden Abgang von Gregor Gysi und Lothar Bisky 2002 geriet, hat ihre Rolle als Gravitationsfeld allenfalls vorübergehend relativiert. Wie bereits für die DKP, ihre Resonanzorganisationen und für die Trotzkisten beschrieben, richten sich die kleineren und bislang noch selbstständigen Strömungen des revolutionären Marxismus auf die Partei aus. Verschiedene Wanderungswellen in die PDS hinein haben die traditionelle revolutionär-marxistische Szene langjähriger Aktivisten beraubt – feststellbar sind solche Zuläufe für das Jahr 1999 (Balkan-Intervention der NATO) sowie 2003 (Irak-Intervention). Definitiv war die mit Hilfe des schon zuvor der SED eher freundlich gegenüber stehenden Oskar Lafontaine gelungene West-Ausdehnung der früheren PDS ein deutlicher „letzter Aufruf“ an halbwegs fähige Kräfte, sich zu Sitzungsgeldern und Dienstwagen, Beiratsposten und Bundestagsmandaten aufzumachen.

Phänomenologisch gesehen hat die Leitfunktion der Partei für den gesamten Linksextremismus weiter zugenommen. Das mag in vielen Fällen eine Verachtung für den „Reformismus“ in der Partei, die Zumutung, sich an „bürgerlicher Politik“ beteiligen zu müssen, den Ekel vor der Notwendigkeit, sich in der „*Linken*“ mit Genossen abzufinden, deren Vorstellungen man gar nicht teilt, nicht ausschließen. Aber auf der anderen Seite hat der Erfolg der „*Linken*“ einen ungeheuren Schub an Selbstbewusstsein ausgelöst. Im Fünfparteiensystem treten sie selbstbewusst als Mitspieler auf gleicher Augenhöhe auf.³⁹ Ihr subjektiver und bisweilen auch objektiv berechtigter Eindruck, gesellschaftliche Isolierung durchbrochen zu haben, strahlt auch auf die „harten“ Extremisten aus: Für die DKP ist es heute selbstverständlich, dass sie ihre Gedenkveranstaltung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (Januar 2011) im Festsaal der Berliner DGB-Zentrale abhalten kann. Das sind Rahmenbedingungen einer gesellschaftlichen Wahrnehmung, die Linksextremismusprävention berücksichtigen muss.

Die Einschätzungen der Partei als „ambivalent“ – sie gehörten zum Tenor fast jeder amtlichen Äußerung⁴⁰ – oder „oszillierend“⁴¹ sind so richtig wie auch banal. Denn die „*Linke*“ ist heute ein äußerst vielgestaltiges, intern pluralistisch konstruiertes Phänomen. Zwar ist dieser Pluralismus den Umständen geschuldet und stellt sich bei genauerem Hinsehen in erster Linie als halbwegs gedeihliche Koexistenz verschiedenster linker und linksextremistischer Komponenten dar, innerhalb derer nicht nur aktuell die relativ weit an das Modell des demokratischen Verfassungsverständnisses herangerückten „Reformer“ Schwierigkeiten der Selbstbehauptung erkennen lassen. Dieser Umstand ist aber der populistischen Nutzung einer innerparteilichen Kultur, die nach wie vor „Radikalität“ per se honoriert, durch „Nicht-Kommunisten“⁴² wie Lafontaine geschuldet⁴³. Insofern ist nicht nur die Bewertung des Bundesverwaltungsgerichts, dass die Partei (in Gestalt ihrer harten Marxisten-Leninisten) einen „Nährboden“⁴⁴ für extremistische Bestrebungen abgebe, zutreffend. Korrekt ist auch die Feststellung der Vorinstanz (Oberverwaltungsgericht Münster), dass „Kritiker der Menschenrechtslage in Kuba innerhalb und außerhalb der Partei – sogar vom Parteivorsitzenden Herrn Oskar Lafontaine –, in diffamierender Weise angegriffen“⁴⁵ würden, was wiederum den Verdacht für Anhaltspunkte extremistischer Bestrebungen“ verstärkte.

Die Feststellung von Jesse/Lang, die „Linke“ verkörpere einen „smarten Extremismus“⁴⁶ im Unterschied zu einem „harten Extremismus“ beispielsweise der NPD, muss daher relativiert und vor allem ergänzt werden. Als Vergleichsgrößen hätten nämlich eher „Die Linke“ und die MLPD getaugt. Der Extremismus der „Linken“ wird nicht notwendig dadurch smart, dass er nicht homogen ist. Er präsentiert sich in den westlichen Bundesländern durchaus als „harter“ Extremismus, berücksichtigt man dessen eingeübte taktische Gewohnheit, offen demokratiefeindliche Bekundungen zu unterlassen. Diese Zurückhaltung, seit dem BVerfGE zum Verbot der KPD 1956 von klügeren Kommunisten⁴⁷ internalisiert, befreit nicht von der Notwendigkeit, ihn als „harten Extremismus“ zu bezeichnen – es sei denn, man wollte die Erscheinungsform für die Sache nehmen.

Umgekehrt gibt es den „smarten Extremismus“ bis hin zu der Frage, ob er überhaupt noch einer ist, bei den nachwachsenden Repräsentanten der „Linken“ in den neuen Bundesländern selbstverständlich durchaus. Es wäre absurd anzunehmen, dass der im demokratischen System erforderliche Anpassungszwang an die ihm eigenen Formen des politischen Handelns *keine* Folgen für die inneren Einstellungen der Akteure hat. Das Gegenteil ist der Fall: In vielen Bekundungen und schriftlichen Niederlegungen, erst recht im praktischen Handeln von Mitgliedern und Funktionsträgern der „Linken“ wird vollkommen deutlich, dass es sich nicht mehr an den Prämissen einer Partei, die die „Systemfrage“ stellt, orientiert. Vielmehr haben diese Akteure inzwischen im demokratischen System Platz genommen, Positionen erworben, die sie nicht verlieren möchten, und auch Einsichten in die Vernünftigkeit eines pluralistischen Gesellschaftssystems erlangt. Die Rolle einer Extremismusprävention wird in diesem Kontext erkennbar eine andere sein als im Falle der „Linken“ in den alten Bundesländern.

Die Uneinheitlichkeit und Uneindeutigkeit der Partei sowie ihre Rolle als Gravitationsfeld schließt daher unter sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten Verallgemeinerungen über ihren Charakter eher aus. Gegenwärtig stellt sich die Situation so dar, dass ein relativ breites Spektrum von ideologischen Strömungen und Profilen feststellbar und dessen quantitative Verortung innerhalb der Partei nicht eruierbar ist. Sie würde im Übrigen auch nicht weiter führen, weil mit einer quantitativen Gewichtung innerhalb der Mitgliedschaft nicht geklärt wäre, wer letztlich das Sagen im Apparat hat.⁴⁸ Folgt man jenseits der Zahlen dem Erscheinungsbild der internen Auseinandersetzungen, so hat sich der extremistische Gehalt eher verstärkt.⁴⁹

Er kommt aber weniger in der praktischen Tagespolitik der Partei – schon gar nicht in den neuen Bundesländern zum Ausdruck, sondern vielmehr in der Programmatik: Das Stellen der „Systemfrage“ nicht als Forderung nach einer stärker sozialistischen Wirtschaft, sondern als Anfechtung der parlamentarischen Demokratie, Relativierung der Gültigkeit von Grund- und Menschenrechten, fehlende Distanzierung von Gewalt- und Unrechtsregimen⁵⁰ sowie Übernahme leninistischer Deutungsmuster in der Außenpolitik sind hier die gewichtigsten Punkte. Die Mitglieder der „Linken“ werden sich zwar – zugespitzt formuliert – an die Geschäftsordnung einer kommunalen Vertretungskörperschaft halten, ihre Mentalität bleibt aber – wie sie beim Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ in „ideologischen“ Fragen ein ums andere Mal beweisen – von demokratiefeindlichen und tendenziell menschenverachtenden Grundmustern geprägt. Noch immer gilt ihnen das Individuum mit seiner vom Grundgesetz geschützten Würde, Freiheit und Gleichheit nicht als Bezugspunkt politischen Handelns, sondern eher als verfügbares Rohmaterial für die Gestaltung gesellschaftlicher Utopien.⁵¹

In Gestalt von Mitgliedern dieser Partei kann einem – das macht ihre Vielgestaltigkeit aus – jede denkbare Form extremistischer Ideologeme, Argumentationsketten und Mentalitäten begegnen: Vom Stasi-Offizier, der „tschekistischen“ Kategorien verhaftet bleibt und bis heute nach der gesellschaftlichen Ächtung von SED-Opfern trachtet, bis hin zum Nachwuchsautonomen, der von einem Leben ohne Hierarchien bei materieller Vollversorgung träumt. Als politischer Akteur stellt die Partei somit eine Art „kollektiver Gesamtlinksextremist“ dar. An ihrer inneren Zuwendung zu demokratischen Werten bleiben jedenfalls auch zwanzig Jahre nach dem Beginn ihrer „Geschichtsaufarbeitung“ erhebliche Zweifel.

2.1.4 Anarchisten/Autonome

Ein Versuch, die Umriss der Autonomen zu zeichnen, wird damit konfrontiert, dass sich der Gegenstand schon nach eigenem Verständnis einer Kategorisierung entziehen will, sich selber für undefinierbar und auch für unquantifizierbar hält: „Zählt nicht uns, sondern eure Tage“, lautete eine gängige Autonomen-Parole in den 1980er Jahren. Seit das Phänomen in den frühen 1980er Jahren registriert wurde, wächst die Zahl der Anhänger amtlichen Angaben zufolge scheinbar unaufhaltsam an.⁵² Die Sicherheitsbehörden definieren Autonome als heterogene Szene militanter im Sinne von gewaltbereiten Linksextremisten mit diffusen anarchistisch geprägten Vorstellungen, in deren Mittelpunkt Ideen von

Herrschafts- und Hierarchiefreiheit („Autonomie“) stehen.⁵³ Autonomie meint dabei nicht den sozial rückgebundenen Begriff personaler Freiheit, der jeweils an den geltenden Gesetzen und Konventionen einer Gesellschaft und an den Freiheitsräumen anderer seine Schranke findet, sondern gilt absolut. Insofern widersetzen sich Autonome nicht nur einer Integration in die täglichen Abläufe von gesellschaftlichen Strukturen (indem sie z. B. Erwerbsarbeit ablehnen und stattdessen ihre finanzielle und materielle Ausstattung durch Eigentumsdelikte sichern)⁵⁴, sondern sind auch innerhalb ihrer eigenen politischen Strukturen oft nicht in der Lage, verbindliche Entscheidungen zu fällen. Autonome „Zusammenhänge“ sollen nämlich die Utopie einer herrschafts- und hierarchiefreien Gesellschaft vorweg nehmen. Mit dieser Anforderung sind indessen handlungsfähige politische Strukturen nur begrenzt vereinbar, weil sie stets am Primat der personalen „Autonomie“ scheitern können.

Zentral für das Selbstverständnis von Autonomen ist die Rolle von Gewalt, die als selbstverständliches Mittel zur Befreiung von Zwängen angesehen wird. Sie ist aber nicht wie bei revolutionären Marxisten streng instrumentell limitiert, sondern Bestandteil des autonomen „Feelings“. Gewalt im existenzialistischen Sinne als unverzichtbarer Teil des Lebensgefühls verbindet die Autonomen ein Stück weit mit sub-kulturellen Rechtsextremisten.⁵⁵

Die Zurechnung „gewaltbereit“ als Definitionsmoment für Autonome durch die Sicherheitsbehörden ist allerdings in doppelter Hinsicht problematisch. Erstens gibt es Lebenslagen, in denen auch Autonome nicht „gewaltbereit“ sind,⁵⁶ sodass die Vorstellung eines ständig randalierenden Linksextremisten an der Sache vorbei geht. Zum anderen sind alle Linksextremisten *im Grundsatz* bereit, ihre Ziele auch mit unfriedlichen Mitteln durchzusetzen, sofern die Situation dazu geeignet erscheint. Die autonome Szene unterscheidet sich von den übrigen dadurch, dass sie Gewalt im Sinne von „Massenmiliz“ oder „klandestinen Anschlägen“ wesentlich häufiger und regelmäßiger ausübt. Sinnvoller wäre es deshalb, der autonomen Szene das Merkmal „offen gewaltorientiert“ zuzuschreiben.

Zudem stellt die politisch motivierte Gewalt in Gestalt von Straftaten im öffentlichen Raum, Landfriedensbruch, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen aller Kategorien nur einen Teil der strafrechtlich relevanten Delinquenz bei Autonomen dar. Sie umfasst nämlich außerdem den bis-

weilen exzessiven Missbrauch von Alkohol und illegalen Drogen, außerdem praktisch die gesamte Palette der Eigentumsstraftaten. Dies verweist darauf, dass Autonome nicht nur für eine bestimmte politische Ausrichtung stehen, sondern auch eine Subkultur nicht-integrierter Jugendlicher darstellen. In dieser Eigenschaft lassen sie sich nur unvollkommen von sozial auffälligen „benachbarten“ subkulturellen Szenen unterscheiden. Dazu zählen Treber, Punks, und, um den äußersten Rand zur Beschädigung insbesondere des öffentlichen Raums neigenden Jugendkulturen zu umreißen, auch Sprayer, Scratcher und zu Vandalismus ohne erkennbare Motivation Neigende. Zu diesem Befund passt, dass die Standzeiten in der „Szene“ eine bestimmte Entwicklungsphase der Akteure umspannen. Sie liegen zwischen fünfzehn und allenfalls knapp unter dreißig Jahren. Sie fallen aber, da der Aufenthalt in der Szene mit seinen rigiden informellen Verhaltensnormen und Sprachcodes, mit der Latenz von Gewalt und der allgegenwärtigen Spitzelangst sehr anstrengend ist, im Regelfall deutlich darunter.⁵⁷ Auch die autonome Szene kann man sich demnach als ein Phänomen aus konzentrischen Kreisen vorstellen, in deren Mitte die Kader klandestin arbeitender Gruppen bzw. die erfahrenen „Streetfighter“ stehen. Zu diesen Zirkeln hat nur Zutritt, wer für „clean“ gehalten und eingeladen wird. Die Organisatoren und Mitglieder eher offen arbeitender Autonomen-Strukturen, z. B. von autonomen Antifa-Gruppen, schließen sich in einem weiteren Kreis an, gefolgt von den lose angebotenen situativen Szenegängern. Hierbei handelt es sich um ein nicht ständig aktives Mobilisierungspotenzial, das bei entsprechenden Kampagnen angezogen bzw. reaktiviert wird. Die noch weiter außen liegenden, mental extremismusaffinen „benachbarten“ Jugendszenen werden von den Sicherheitsbehörden schon nicht mehr in die Kategorie „Autonome“ eingeordnet, bisweilen als „Mobilisierungspotenzial ohne ausformulierten politischen Anspruch“ bezeichnet.

Die Szeneeinbindung beginnt in den äußeren Zirkeln, und zwar im Allgemeinen etwas später als bei subkulturellen Rechtsextremisten. Anlässe können die Verfügbarkeit einer vorbildhaft wirkenden Peer-Group, aber auch politisch induzierte Anstöße sein, wie die Feststellung einer (abgelehnten) Aktivität von Rechtsextremisten im sozialen Umfeld, die Teilnahme an einer Demonstration mit altruistischer Zielsetzung (Antirassismus, Antifaschismus, Dritte-Welt-Solidarität), unter anderen auch eine dabei erlebte Konfrontation mit der Polizei.⁵⁸

Der kontinuierliche Aufwuchs des Autonomen-Potenzials⁵⁹ – bis Ende der 1980er Jahre hatten parteigebundene Jugendgruppen wie die SDAJ einen Teil dieses Personenkreises noch an sich gebunden⁶⁰ – führt zu der Frage, wie die – zahlenmäßig relativ beschränkte – Attraktivität der autonomen Szene und ihrer Vorfelder zu erklären ist. Hierzu sollen zunächst fünf Hypothesen formuliert werden:

- (1) Im Zuge allgemeiner gesellschaftlicher Individualisierungstendenzen hat die Attraktivität verbindlich und fest organisierter, mit starken Verpflichtungen zur Parteidisziplin verbundener parteigebundener Jugendgruppen abgenommen. Die autonome Szene mit ihren situativen, ad hoc gebildeten und bei Nichtgefallen auch wieder einfach zu verlassenden Zusammenschlüssen bietet einem Teil des politisch linksorientierten jugendlichen Potenzials eine Alternative.
- (2) Dem geringeren Ausmaß an Verbindlichkeiten entspricht die Struktur autonomer Aktionsfelder. Es handelt sich im Wesentlichen um „Antis“, auf denen gegen wahrgenommene Missstände protestiert wird. Eine Verpflichtung zur konstruktiven Lösung der Probleme ist damit nicht verbunden. Die Einstiegsmobilisierung erfolgt über Betroffenheit und subjektive Empörung, wie in der Protestkultur seit rund dreißig Jahren üblich.
- (3) Die „Antis“ autonomer Aktionsfelder sind normativ doppelt geladen. Antirassismus, Antifaschismus und Antikolonialismus, um drei Beispiele zu nennen, sind Aktivitäten, denen für sich betrachtet auch Demokraten problemlos zustimmen können. Ihre linksextremistische Ladung, die den demokratischen Verfassungsstaat strukturell für diese Missstände verantwortlich macht und über ihre Bekämpfung zugleich die Beseitigung der Demokratie mit anstrebt, ist für Einsteiger in die Protestszene nicht sofort erkennbar.
- (4) Im Agieren gegen gesellschaftliche Übel erscheinen die Autonomen wegen ihrer Gewaltorientierung als die vermeintlich konsequentesten und radikalsten „Kämpfer“. Ihre Aktionen üben auf aktionsorientierte und erfahrungshungrige Jugendliche Faszination aus, weil sie extreme Selbstwirksamkeitserfahrungen versprechen.

(5) „Solidarität“ nach innen ist eine zentrale, wenn auch nicht stets eingehaltene Norm der autonomen Szene, für die sich soziale Realität dichotomisch zwischen „unseren Zusammenhängen“ („drinnen“) und dem „Schweinesystem“ („draußen“) sortiert. „Drinnen“ gelten die Verhaltensmuster der bürgerlichen Gesellschaft nicht, die Szene schützt „solidarisch“ abweichendes Verhalten gegen Sanktionen von „draußen“. Damit entsteht ein Schutzraum für Verhaltensmuster (Drogenkonsum, Alkoholismus, Kriminalität), die „draußen“ gesellschaftlich sanktioniert würden.

2.2 LINKSEXTREMISTISCHE BZW. LINKSEXTREMISMUS-AFFINE MILIEUS

Folgt man dem modellhaften Aufbau von Extremismus, wie er durch die sogenannte Zwiebel des Zentrums für demokratische Kultur in Berlin entwickelt wurde und nach dem die hoch verdichteten Komponenten von (Rechts-)Extremismus in Inneren eines Systems konzentrisch angeordneter Ringe⁶¹ liegen, so entsprechen die dargestellten Organisationen und autonomen Zusammenschlüsse diesem inneren Kern. Dieser lässt sich durchaus nochmals differenzieren für die revolutionären Marxisten in die „Kernorganisationen“ und die mit einem gemischten Mitgliederbestand versehenen Resonanzorganisationen, für die autonome Szene zwischen den im Kern befindlichen anschlagsbereiten und organisierenden Zellen einerseits sowie den eher schwach angebundenen Szenegängern andererseits.

Damit ist die Dimension von Linksextremismus aber für Präventionszwecke noch nicht erschöpfend beschrieben. Denn die Organisationsarchitektur ist im Regelfall eingebettet in ein sie schützendes und unterstützendes Milieu. Dies kann unter bestimmten Umständen territorial fassbar sein, vor allem in Großstädten wie zum Beispiel Hamburg und Berlin oder in kleineren Universitätsstädten.

Für die Kommunisten in der Zwischenkriegszeit waren die damals noch intakten proletarischen und Arbeitermilieus sogar von besonderer Bedeutung. Sie vereinten auch sozialräumlich Menschen mit vergleichbarem sozialen Status, ähnlichen Arbeitsbedingungen und Lebensgewohnheiten. Sie teilten zumindest ähnliche politisch-kulturelle Eigenheiten, auch wenn die klassischen Arbeitermilieus oft in kommunistische, sozialdemokratische und christliche untergliedert waren. Dieser – an die alte Arbeiter-

bewegung anknüpfende – lebensweltliche Zusammenhang hat sich mit der postindustriellen Modernisierung westlicher Gesellschaften zunehmend aufgelöst.

An seine Stelle getreten sind die sogenannten Szeneviertel, besonders in Großstädten, die nicht mehr auf einen Traditionsstrang des Linksextremismus ausgerichtet, sondern charakteristisch durchmischt sind. Linksalternativ/autonome gegenkulturelle Milieus im Sinne von ideologisch und ökonomisch weitgehend autarken sowie territorial abgrenzbaren (Wohn-)Gebieten gibt es eher nicht mehr.⁶² Immerhin kam die Berliner Innenbehörde bei einer Auswertung der örtlichen Verteilung linksextremistisch motivierter Gewalt noch zu dem Ergebnis, einige Stadtteile seien als „Zonen verdichteter linker Gewalt anzusehen.“⁶³

Bei spezifischen „linken“ oder sogar linksextremen Milieus handelt es sich heute eher um politisch-kulturelle Phänomene, die durch gemeinsame Auffassungen und die mit ihnen verbundenen Lebensstile konstituiert werden. Das spezifisch extremistische Segment ist in ein breiteres, sich mental als „links“ verortendes sozialkulturelles Umfeld eingebunden. Dazu gehören kulturelle Einrichtungen, wie Begegnungs- und Tagungszentren, Kneipen, Alternativläden, Buchhandlungen mit einschlägigem Sortiment und natürlich auch die Stützpunkte von Parteien und Vereinigungen. Solche Einrichtungen sind Ausdruck einer breiteren, im weitesten Sinne links und „alternativ“ geprägten politischen Kultur; sie werden nicht ausschließlich, aber eben auch durch Linksextremisten genutzt. Innerhalb solcher Milieus sind als politisch-extremistische Phänomene im engeren Sinne einerseits eine parteizentrierte und andererseits eine autonome „Szene“ identifizierbar. Sie existieren nebeneinander, kooperieren miteinander. Übergänge und Grauzonen zwischen ihnen sind möglich.

Charakteristisch ist für solche Milieus, ob sie nun sozialräumlich verdichtet sind oder nicht: Auftreten und Aktionen von Linksextremisten werden – von manifester Gewalt abgesehen – in der Regel nicht beanstandet. In ihrem Kern hat sich Linksextremismus als Teil des insgesamt „linken“ Milieus in der Alltagsgesellschaft stabil verankert und wird auch von manchen örtlichen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen zum Teil gestützt. Kritik an seiner – im Sinne Gramscis – „kulturellen Hegemonie“ läuft sogar eher Gefahr, als „rechts“ eingestuft und gesellschaftlich stigmatisiert zu werden.⁶⁴ In dieses Milieu eingebettete Linksextremisten werden versuchen, ihre hegemoniale Position in der Alltags-

kultur aufrecht zu erhalten. Das kann sich in ganz massiven Gewaltdrohungen autonomer Gruppen gegen „Fremde“ bzw. „Andere“ äußern. Diesen Personen wird klargemacht, dass sie in bestimmten Vierteln als „Juppis“ unerwünscht sind – eine dialektische Umkehrung der „national befreiten Zonen“ der Rechtsextremisten – indem man beispielsweise ihre „Bonzenschleudern“ „abfackelt“. Im Mai 2009 machten Autonome klar, dass sie Informationsstände der CDU im Berliner Stadtteil Kreuzberg eher „verhindern“ würden, was eine klare Drohung zur Anwendung physischer Gewalt bedeutete. Über solche Extrembeispiele hinaus bewirkt die „kulturelle Hegemonie“ von Linksextremisten aber in erster Linie einen Verlust an lebendiger politischer Kultur: Sie setzt eine Schweigespirale und eine „Vorzensur“ im Kopf in Gang, führt zu zweierlei Maßstäben und damit exakt zu Formen von gesellschaftlicher Exklusion, wie sie üblicherweise eher Rechtsextremisten zugerechnet werden. Besonders Polizeibeamte, die jenseits politischer Präferenzen Rechtsstaatlichkeit durchsetzen müssen, bekommen dies beim Einschreiten gegen linksextremistische Akteure oder von diesen geschützte Sozialgruppen in Gestalt von „Solidarisierungen“ zu spüren.

Die Psychologie von Linksextremisten hat man bislang hauptsächlich im Zusammenhang mit den Biografien von Linksterroristen untersucht, und diese Studien sind mehrere Jahrzehnte alt. Im Alltagsleben begegnet einem der aktive und überzeugte Linksextremist nicht selten als angenehme, diskursfreudige Persönlichkeit, zumeist mit gehobener formaler Bildung. Er ist nicht nur politisch interessiert, sondern auch in hohem Maße sozial engagiert. Seine Aktivitäten werden sich nicht in denjenigen für eine Partei oder politische Gruppe erschöpfen. Für Linksextremisten ist es normal, zusätzlich in „gesellschaftlichen Initiativen“ oder „Projekten“ tätig zu sein, sofern sie im weitesten Sinne einen „linken“ oder „fortschrittlichen“ Anspruch haben. Sie können daher zusätzlich in einer Eltern- oder Mieterinitiative, für die Verschönerung des Stadtteils die Partnerschaft mit einer Kommune in der Dritten Welt, in der Sozialarbeit und natürlich in einer Gewerkschaft aktiv sein. Ihr Engagement ist deshalb vielfältig, weil sie ihre private Existenz als politische begreifen.

Damit geht, was für das Umfeld des Linksextremisten anstrengend sein kann, ein gewisser Hang zur Belehrung anderer Menschen einher. Er ergibt sich erstens aus dem Wahrheitsmonopol, mit dem sich Linksextremisten ausgestattet wähnen, und zweitens aus jenem missionarischen Impuls, der seiner selbst auferlegten historischen Verpflichtung

entspringt, die Welt retten zu müssen. Sie weisen dabei fast durchgängig ein hohes Maß an altruistischen Haltungen auf, wobei die Gegenstände ihrer bemühten Zuwendung nicht immer Zustimmung verdienen (Spendensammlungen „Waffen für El Salvador“ oder Einwerbung von „Solidarität mit Pol Pot“, um zwei drastische Beispiele aus der Vergangenheit zu nennen).

Das altruistische Grundmuster kontrastiert indessen auffällig mit dem Furor, mit dem „Feinde“ bekämpft werden. Er ergibt sich aus der dichotomischen Weltansicht von Extremisten und der stabilisierenden Funktion, die Feindbilder auf ihre Motivation ausüben: Wer sich in fortwährender antagonistischer Konfrontation mit der existierenden Gesellschaft fühlt, wird altruistische Regungen im Wesentlichen auf Freunde, Verbündete und „Opfer“ der herrschenden Verhältnisse projizieren. In diese Rolle schlüpfen je nach ideologischer Ausrichtung „die Arbeiterklasse“, „unterdrückte Völker“, Migranten, vor allem aber alle „unterdrückten“ oder „unterprivilegierten“ Minderheiten.⁶⁵

Gravierende Abweichungen vom Phänotypus des altruistischen Linken zeigen vor allem Autonome und stalinistische Parteikader: Autonome sehen die absolut gesetzte eigene „Selbstbestimmung“ als zentralen Telos ihrer politischen Motivation. Ihre eigenen Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt ihres Handelns: „Politik in der 1. Person“, nannten das Vorläufer der heutigen Autonomen. Dem Anspruch nach soll aber die „selbstbestimmte und herrschaftsfreie Ordnung“ auch für andere da sein. Insofern kennt auch der Autonome außerhalb seiner eigenen „Zusammenhänge“ Zielgruppen von „Unterdrückten“, die es zu befreien gilt. Der leninistisch-stalinistische Parteikader stellt nach dem Erziehungsziel seiner Partei den Prototyp eines „neuen Menschen“ dar, der die Eigenschaften der kommunistischen Zukunft in sich bereits vorweg nimmt. Zuvor muss er allerdings als Klassenkämpfer mit weniger angenehmen Charaktereigenschaften, wie „Unnachgiebigkeit“, „Härte“, „Klassenhass“ und vor allem „Wachsamkeit“ ausgestattet werden, die seinem Kampfauftrag in der kapitalistischen Gesellschaft entsprechen sollen.⁶⁶ Diese spezifische Parteisozialisation bringt bisweilen höchst unangenehme Charaktere hervor, die sich vom freundlichen und mitfühlenden Sozialaktivisten innerhalb von Sekunden in autoritäre, gewaltbereite und inquisitorische Apparatschiki verwandeln können. Man trifft sie überwiegend in den älteren Mitgliederbeständen der DKP und der „Linken“, aber auch in der MLPD an.

Die Primärfunktion des Parteikaders als „Kämpfer“, für den vermeintlich höherwertige Ziele stets die angewendeten Mittel rechtfertigen, führt zur festen Installation von Lüge und Täuschung in seinem Sozialverhalten. Damit kann ein fast völliger Verlust der Fähigkeit einhergehen, nach ethisch fundierten Kriterien zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden. Solche mentalen Grunddispositionen wie Dogmatismus, Kompromissunfähigkeit, missionarische Penetranz und die Bereitschaft, andere Menschen zum Werkzeug eigener Ziele zu machen, mögen zwar den Wert von Linksextremisten als „Kämpfer“ für die eigene Gruppe erhöhen. Ob sie geeignet sind, in einer überwiegend eher pragmatisch gestimmten jungen Generation breiten Anhang zu finden, scheint indessen eher zweifelhaft.

2.3 WÄHLERVERHALTEN UND EINSTELLUNGSMUSTER

Wahlverhalten und Einstellungsmuster stehen in engem Zusammenhang, insofern als Einstellungen die Wahl von Parteien begünstigen, deren Programmatik man mit den eigenen politischen Präferenzen für kompatibel oder sogar deckungsgleich hält. Gleichwohl gibt es bei diesem Zusammenhang Unwägbarkeiten. Eine ihrer Quellen ergibt sich daraus, dass die Programme linksextremer Organisationen in der Regel eher moderat formuliert werden und insofern dem für Linksextremisten typischen politisch-kulturellen Stilmittel von Lüge und Täuschung folgen. Die Wahl einer linksextremistischen Partei kann daher leicht aus einem Irrtum über deren tatsächliche Absichten heraus erfolgen. Zudem sind Protestwahlmotive denkbar. Weiterhin hat eine Partei wie „Die Linke“ zumindest in den neuen Bundesländern aus derartig vielschichtigen Gründen die Position einer Volkspartei erreicht, dass bei der Masse der Wähler von einer festen Parteibindung und/oder linksextremistischen Einstellungen gar nicht ausgegangen werden kann.

Einstellungsmuster, die entweder direkt oder jedenfalls in ihrer Entwicklungsfähigkeit auf linksextremistische Denkmuster zulaufen, müssen – ähnlich wie beim Rechtsextremismus – noch nicht auf ein geschlossenes und verfestigtes linksextremes Weltbild schließen lassen. Im Gegenteil ist zu vermuten, dass es sich um die höchst oberflächliche, fragmentarische und zufällige Aneignung von linksextrem operationalisierbaren Agitationssegmenten handelt. Die Akzeptanz eines geschlossenen ideologischen Systems ist damit nicht verbunden. Eher hat man es mit einer Art Patchwork-Weltanschauung zu tun.

Es dürfte zu den vorrangigen Aufgaben der Linksextremismusprävention gehören, den Stellenwert und die Gewichtung solcher Segmente zu ermitteln.⁶⁷

- 1] Das bedeutet nicht, dass Verfassungsschutz- und Polizeibehörden gehalten wären, solche Informationen nicht zur Kenntnis zu nehmen oder sie bei der Konzeption ihrer eigenen Präventionsarbeit nicht zu berücksichtigen.
- 2] Für die Berücksichtigung der historischen Wurzeln von Linksextremismus vgl. auch: Hans Gerd Jaschke, *Ideengeschichtliche Vorläufer eines linken Extremismus*, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), *Linksextremismus in Deutschland* (Schriftenreihe der bpb Bd. 1035), Bonn 2011, S. 31-47.
- 3] Dimension dieser Szene nach den Verfassungsschutzberichten der 1980er Jahre; diese Kategorie wurde vor Mitte der 1970er Jahre nicht eigens ausgewiesen.
- 4] Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, *Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP)*, Köln 1990.
- 5] Für eine geraffte Darstellung der Entwicklung der DKP vgl. Rudolf van Hüllen, *Was war die DKP? Eine analytische Skizze*, in: Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), *Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland*, Brühl 2008, S. 9-47.
- 6] Insgesamt: Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, Köln 2001.
- 7] Vgl. für die Dimension vor allem die Beschreibung des Berliner „Häuserkampfes“ Joseph Scheer / Jan Espert, *Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei. Alternatives Leben oder Anarchie? Die neue Jugendrevolte am Beispiel der „Berliner Scene“*, München 1983.
- 8] Vgl. zu den nicht immer eindeutigen Mitgliederzahlen dieser Partei Viola Neu, *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*, Baden-Baden 2004, S. 38.
- 9] Pressemitteilung der beiden Bundesgeschäftsführer der „Linken“ vom 08.03.2011.
- 10] Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, *Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*, München 2009, S. 212.
- 11] Besonders W.I. Lenin, *Ein Schritt vorwärts – zwei Schritte zurück* (1904), in: *Werke* Bd. 7, S. 419 f.: „Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation“, und Stalin („Über die Grundlagen des Leninismus“, 1924), in ders., *Fragen des Leninismus*, Berlin (Ost) 1951 S. 89 f.: Die Partei sei die „organisierte Abteilung der Arbeiterklasse“, sie müsse „in die Millionenmassen der unorganisierten parteilosen Arbeiter den Geist der Disziplin und der Planmäßigkeit des Kampfes, den Geist der Organisation und der Ausdauer“ hineinragen.
- 12] Im PDS-Programm 2003 zum Beispiel ist allein in der Präambel und auf S. 5 mehrfach von Politik als „Machtfrage“ die Rede. In ihrem Programmentwurf vom März 2010 ist zurückhaltender die Rede von einer „grundlegenden Veränderung der herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse“ (S. 11). Demokratische Parteien denken in Kategorien von Regierung, Gestaltung und Verantwortung, Linksextremisten in Kategorien von Macht nach der Leninschen Grundfrage: Wer (besiegt) wen?
- 13] Alle Zitate Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2009, S. 58 f.

- 14] Alle Zitate Verfassungsschutz Berlin 2009, S. 88.
- 15] Eckhard Jesse / Jürgen P. Lang, *DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*, München 2008, S. 23 f., 273.
- 16] BVerfGE 5, 85, S. 85 ff. (Leitsätze KPD-Verbotsurteil vom 17. August 1956).
- 17] Zur DKP, den Trotskisten und Maoisten vgl. ausführlicher Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen, *Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2011, S. 73-91.
- 18] So schon für die Vorgängerpartei KPD: Till Kössler, *Abschied von der Revolution. Kommunisten in Westdeutschland 1945-1968*, Düsseldorf 2005, S. 404.
- 19] *Memoiren: Herbert Mies, Mit einem Ziel vor Augen. Vom Jungkommunisten zum Altkommunisten. Erinnerungen*, Berlin 2009. Besprechung des Buches in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* Bd. 22, Baden-Baden 2011, S. 361-364.
- 20] Vgl. www.dkp-online.de/Parteitage/19pt/uz/42410802.htm; Das „wir“ in dieser Passage lässt erkennen, dass van Ooyen „die Bewegung“ als einheitlich handelndes Subjekt sieht: eine Unterscheidung zwischen seiner Partei und der „Linken“ ist für ihn offensichtlich rein organisatorischer Natur.
- 21] Vgl. Bettina Blank, *Die VVN-BdA und das Grundgesetz*, in Backes/Jesse/Gallus (Hrsg.) *Jahrbuch Extremismus und Demokratie* Bd. 22 (2010), S. 165-175.
- 22] Zum Beispiel in der „Jungen Welt“ vom 14./15.01.2006: „Den Vorwurf, wir seien in welcher Art und Weise auch immer staatstragend, möchte ich deutlich zurückweisen. Das Gegenteil ist der Fall. Man darf nicht vergessen, dass das Gros unserer Mitglieder nicht aus Jugendlichen besteht und wir daher zwar viele Aktivitäten junger Antifaschisten solidarisch begleiten, uns aber nicht immer aktiv daran beteiligen können. Ich will aber sehr deutlich betonen, dass mir eine Reihe von Mitgliedern unseres Verbandes bekannt sind, die sehr intensiv mit jungen autonomen Antifaschisten zusammenarbeiten. (...) Den autonomen Antifaschisten kann ich deutlich versichern, auf ihrer Seite zu stehen und jederzeit zu einer Zusammenarbeit mit ihnen bereit zu sein.“
- 23] Vgl. www.neofa-ausstellung-vvn-bda.de/s22/.
- 24] Mit Ausnahme der Bundesländer Bayern und – bisher – Baden-Württemberg.
- 25] Durch eine kurze Meldung in ihrem Verbandsorgan „antifa“ (Nr. 11-12/2010, S. 17).
- 26] Grußwort Peter Strutyński an den 19. DKP-Parteitag 9./10.10.2010, vgl. www.dkp-online.de/Parteitage/19pt/uz/42410803.htm.
- 27] In einer Kurzvorstellung des Verbandes heißt es, er sei seit über 35 Jahren in rechtspolitischen und juristischen Fragen engagiert. 1976 hatte der damalige Staatssekretär im BMI, Gerhard Rudolf Baum, eine Frage im Bundestag, ob die VDJ eine „Hilfsorganisation der DKP“ sei, mit einem schlichten „Ja“ beantwortet.
- 28] www.vdj.de/index.php?kurzvorstellung (30.12.2010).
- 29] Vgl. www.vdj.de/index.php?preistraeger (30.12.2010).
- 30] Ständige Bezeichnung der MLPD für konkurrierende kommunistische Strömungen. Da die politische Ästhetik der MLPD sich an die KPD der 1930er Jahre anlehnt, kommt es nicht selten zur Übernahme auch nationalsozialistisch belasteter Begriffe („entartet“). Manches Wahlplakat der MLPD erinnerte Kritiker nicht nur an die Vorlagen der KPD, sondern auch an die Darstellungsformen des Nationalsozialismus.
- 31] MLPD-Zentralorgan Rote Fahne Nr.46/94 v. 19.11.1994, S. 18; hier zitiert nach Verfassungsschutzbericht 1994, S. 57.
- 32] Präambel des MLPD-Programms von 1999.
- 33] Saskia Lützing, *Die Sicht der Anderen*, Köln 2010, vor allem S.26 f. Anders als bei dem von Lützing untersuchten Personenkreis ist allerdings in MLPD-Familien nicht von einem „dysfunktionalen Elternhaus“ (häusliche Gewalt, Alkohol, Vernachlässigung) auszugehen.

- 34| Kampagnen gegen Intellektualismus sind für alle maoistischen Parteien kennzeichnend. So hatte die MLPD 1991 ihre Nebenorganisation Bund marxistisch-leninistischer Intellektueller (MLBI) aufgelöst.
- 35| Für die trotzkistischen Inhalte vgl. Heinz Abosch, *Trotzki zur Einführung*, Hamburg 1990.
- 36| Christophe Bourseiller, *Doktrinärer Rigorismus und strategischer Pragmatismus. Trotzki und der Trotzismus*, in: Uwe Backes/Stéphane Courtois, „Ein Gespenst geht um in Europa, a.a.O., S. 213-228, zit. S. 228.
- 37| Und nicht etwa, wie geschrieben worden ist, „ein Konvergenz- und Neuformierungsprozess arbeiterbewegungsorientierter Linksintellektueller, PDSler und Globalisierungskritiker“ (Oliver Nachtwey, *Im Westen was Neues*, in: Tim Spier u. a., *Die Linkspartei*, Wiesbaden 2007, S. 155-184, hier S. 156).
- 38| Am 26. Februar 2010 sagt sie im Bundestag an die Bundesregierung gewandt: „Der Aufstand gegen die Regierung Karzai und die ausländischen Truppen hat eine breite Unterstützung in der afghanischen Bevölkerung. Die Aufständischen, die sie bekämpfen, sind Teil der Bevölkerung.“
- 39| Das ist vielerorts zu beobachten: Ein „Linken“-Abgeordneter wie Manfred Sohn, der Fraktionschef der Partei im niedersächsischen Landtag, hat heute durchaus die Chuzpe, sich bei einem Symposium des niedersächsischen Innenministeriums zum Linksextremismus wie selbstverständlich in ein Pressegespräch zu drängen und den Versuch zu machen, während der Veranstaltung die Diskussionsführung an sich zu reißen. Das ist für einen Marxisten-Leninisten, der noch vor einigen Jahren Bezirkssekretär für Ideologie der örtlichen DKP war, ein erstaunlicher Zuwachs an Selbstbewusstsein.
- 40| Verfassungsschutzbericht 2008, S. 169; 2009, S. 173; 2010, S. 154.
- 41| Gero Neugebauer, *Von der SED/PDS zur Partei Die LINKE*, in: Dovermann (Hrsg.), *Linksextremismus*, a.a.O., S. 95-122, S. 115 ff.
- 42| Kommunisten pflegten vor 1989 ihre Gegner zu differenzieren in „Anti-Kommunisten“ und „Nicht-Kommunisten“. Die Antikommunisten waren diejenigen, die das Gedankensystem, die Ziele und die Praxis der Kommunisten aus grundsätzlichen Erwägungen heraus bekämpften. Nicht-Kommunisten teilten zwar weder die Ziele noch die Ideologie, akzeptierten aber Praxis und Machtansprüche von Kommunisten. Lenin prägte für diesen Typus die prägnante Bezeichnung „nützliche Idioten“.
- 43| Die adäquate Abrechnung für diesen Umstand stellt die Spiegel-Veröffentlichung des intellektuellen Kopfes der „Reformer“, André Brie mit dem Titel „Der Lafontainismus“ dar.
- 44| Urteil Bundesverwaltungsgericht vom 21. Juli 2010, Az. 6 C 22.09, S. 25.
- 45| Urteil Oberverwaltungsgericht Münster vom 13. Februar 2009, Az. 16 A 845/08, S. 63.
- 46| Jesse/Lang, a.a.O., dort auch S. 27-32 ein noch aktueller Überblick zum Forschungsstand. Er lässt erkennen, dass ein großer Teil der Literatur die Frage der Verfassungsfeindlichkeit der früheren DDR-Staatspartei gar nicht stellt.
- 47| Die MLPD hat sich dieser Klugheit eben nicht genähert. Bei ihr handelt es sich um die rohe, die Primitivform des Marxismus-Leninismus; damit ist die MLPD mental der NPD verwandt.
- 48| Die Herrschaft über den Apparat ist in einer Partei, die – wie die „Linke“ – aus stalinistischen Traditionen stammt, ein selbstverständlicher Bestimmungsfaktor für eine Steuerungsfähigkeit durch ihre Akteure.
- 49| So auch Jesse/Lang, *Die Linke*, a.a.O., S. 212: „Insgesamt gesehen ist die extremistische Grundausrichtung der Linken noch ausgeprägter als die der PDS.“
- 50| Soweit die Feststellungen des Bundesverwaltungsgerichts im Urteil vom 21. Juli 2010.

- 51| Diese Grundhaltung kommt in dem Referat „Wege zum Kommunismus“ (jW v. 03.01.2011) zum Ausdruck, in dem die Parteivorsitzende Gesine Löttsch das Scheitern des „sozialistischen Versuchs“ seit 1917 mit einem naturwissenschaftlichen Experiment verglich.
- 52| Von 6.000 im Jahr 2006 über 6.300 (2007 und 2008) und 6.600 (2009) auf 6.800 (2010); vgl. Verfassungsschutzberichte des Bundes 2008, S. 150; 2009, S. 148 und 2010, S. 130.
- 53| Abgesehen von den meist deskriptiven Analysen der Sicherheitsbehörden liegen dazu u.a. folgende Veröffentlichungen vor: Joseph Scheer/Jan Espert, *Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei. Alternatives Leben oder Anarchie? Die neue Jugendrevolte am Beispiel der Berliner „Scene“*, München 1982; Patrick Moreau/Jürgen Lang, *Linksextremismus – eine unterschätzte Gefahr*, Bonn 1996, S. 366-403; Matthias Mletzko, *Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei autonomen Gruppen*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Jahrbuch Extremismus und Demokratie Bd. 11*, Baden-Baden 1999, S. 189-199; Armin Pfahl-Traughber, *Die Autonomen – Porträt einer linksextremistischen Subkultur*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 9-10/1998*, S. 36-46; Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt – unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, Köln 2001, S. 317-358. Aus der „Szene“ stammen einige zwar parteiische, aber dennoch scharfsinnige Analysen: Geronimo, *Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen*, Berlin/Amsterdam 1990; Jan Schwarzmeier, *Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung*, Göttingen 2001; A.G. Grauwacke (Hrsg.), *Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren*, 4. Aufl. Berlin/Hamburg/Göttingen 2008.
- 54| Dem Anspruch nach hat sich der Autonome den Zwängen der Arbeitsgesellschaft zu entziehen: „Praktisch heißt das, hier ein bisschen BAFöG oder Arbeitslosenunterstützung, klauen, dort ein bisschen Obst von Kaisers, keine Miete mehr zahlen, jedes Jahr ein kleiner Versicherungsbetrug“ (radikal Nr.100, 1/1982, S. 14).
- 55| Deshalb konnten auch die im Outfit von Linksextremisten auftretenden „Autonomen Nationalisten“ direkt an die politische Ästhetik der Autonomen anknüpfen; vgl. Rudolf van Hüllen, „Autonome Nationalisten“ zwischen politischer Produktpiraterie und „Nähe zum Gegner“. Eine Analyse zu Sprachcodes, Widerstandsverständnis und Gewalt ritualen als Brücken zu den linksextremistischen Autonomen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010*, Brühl 2010, S. 191-210.
- 56| Schlafende Autonome sind nicht gewaltbereit. Der Begriff wurde wahrscheinlich infolge einer Einschätzung von Polizeieinsatzkräften zu einer Demonstrationsslage geprägt, bei denen die Teilnehmer unmittelbar gewaltbereit erschienen.
- 57| Länger gediente „Altautonome“ sind es zumeist, die für systematischen Wissenstransfer sorgen, „Erfolge“ und Niederlagen analysieren und theoretische Diskurse vorantreiben. Ihre Zahl ist gegenüber dem Typus des situationistischen Szenegängers sehr gering. Wie der Autorenkreis „AG Grauwacke“ mit seiner Veröffentlichung „Autonome in Bewegung“ erkennen lässt, handelt es sich dabei um ideologisch sattelfeste politische Berufskriminelle, die nicht selten die Grenzen zu terroristischem Handeln überschreiten.
- 58| Es ist schwer einschätzbar, wie viele Demonstrationenovizen bei solchen Gelegenheiten in die Szene „gestoßen“ werden. Charakteristisch für „linke“ Demonstrationen ist nämlich die Durchmischung von friedlichen und gewaltbereiten Demonstranten. Schreiten Polizeikräfte gegen militante Störer ein, geraten nicht selten relativ Unbeteiligte mit unter die Räder, deren hauptsächlicher Fehler darin bestanden hatte, sich nicht rechtzeitig aus der eskalierenden Situation entfernt zu haben.

- 59] *Im Verfassungsschutzbericht 1982, S. 21, findet sich erstmals eine rückwirkend bis 1980 bereinigte Angabe über 3.200 Autonome in der Kategorie „undogmatischer Linksextremismus“, allerdings mit dem Zusatz, den „losen, statistisch nicht berücksichtigten Zusammenschlüssen der undogmatischen extremistischen „Scene“ seien „schätzungsweise 7.000 Personen“ zuzurechnen.*
- 60] *In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ließ die Attraktivität der SDAJ bereits deutlich nach. Wer Bildmaterial der SDAJ aus den 1970er und den späten 1980er Jahren vergleicht, stellt fest, dass die Aktivisten des Verbandes jedenfalls nach ihrem Erscheinungsbild nicht mehr dem Typus des „ordentlichen“ und disziplinierten Nachwuchskaders, sondern eher heutigen Autonomen entsprechen.*
- 61] *Sie waren in den 1980er Jahren in Gestalt örtlich gehäufte besetzter Häuser ansatzweise erkennbar. In Kopenhagen wurde vor einem Jahr das Projekt „Christiania“ geräumt, das nach mehr als zwanzig Jahren vor allem an endemischer Drogenkriminalität gescheitert war.*
- 62] *Das Modell wurde zuerst verwendet von Dieter Rucht, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt am Main/New York 1994, S. 85 ff.*
- 63] *Vgl. *Senatsverwaltung für Inneres und für Sport, Abteilung Verfassungsschutz: Linke Gewalt in Berlin 2003-2008*, Berlin 2009. Es handelte sich um Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Kreuzberg.*
- 64] *Zu diesem Phänomen insgesamt Jan Fleischhauer, *Unter Linken*, a.a.O., besonders die atmosphärischen Beobachtungen des Autors zu Versuchen, Gesinnungs- und Sprachmuster zu etablieren bzw. im Milieu inkriminierte zu unterbinden. Für eine weitere Beschreibung des linken Milieus in der Schnittstelle von links und parteipolitisch linksextrem Richard David Precht, *Lenin kam nur bis Lüdenscheid. Meine kleine deutsche Revolution*, Berlin 2005. Beide Veröffentlichungen haben Seltenheitswert, da es die Masse selbst der aus den revolutionär-marxistischen Parteien ausgestiegenen Menschen bis heute vorzieht zu schweigen.*
- 65] *Jan Fleischhauer, *Unter Linken*, S. 36 f., weist zu Recht darauf hin, dass der Minderheitenstatus an sich aus der Sicht von Linken keinen Opferstatus konstituiert: Millionäre, Börsenspekulanten oder „Faschisten“ wären z. B. niemals opferrollenfähig.*
- 66] *Zu diesem Typus vgl. Brigitte Studer/Berthold Unfried, *Der stalinistische Parteikader*, Köln 2001; Rudolf van Hüllen, *Die misslungene Aufzucht des Kaders. Das Scheitern der ideologischen Zurichtungsanstalten von KPD und DKP*, in: Armin Pfahl-Traughber/Monika Rose-Stahl (Hrsg.), *Festschrift für Andreas Hübsch*, Brühl 2007, S. 143-176.*
- 67] *Einen neueren Ansatz dazu bildet eine Studie der KAS (*Linksextremismus: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche in Deutschland: Auswertung einer qualitativen explorativen Studie*, Berlin 2011), bei der junge Menschen zu typisch linksextremismus-affinen Items befragt wurden: http://www.kas.de/wf/doc/kas_30042-544-1-30.pdf?120131094040.*

3. KERNAUSSAGEN LINKSEXTREMISTISCHER IDEOLOGIEN

3.1 SYSTEMATISCHE VORÜBERLEGUNGEN

Kernaussagen zu identifizieren bedeutet, aus den programmatischen, Ziele und Absichten bestimmenden Äußerungen von Linksextremisten „typische“ Merkmale herauszuarbeiten und soweit möglich auf einer höheren Abstraktionsebene zu verallgemeinern. Dabei sind mindestens drei Ebenen zu unterscheiden: eine Meta-Zielebene, welche sich auf die philosophisch begründeten System- und Gesellschaftsziele von Linksextremisten bezieht, eine Ebene mittelfristiger Ziele, die längerfristig angelegte Absichten (im kommunistischen Jargon: für eine „historische Epoche“ definierte Ziele) umschreibt, und eine dritte, die sich auf tagespolitische Ziele und Teilziele (kommunistischer Jargon: „gegenwärtige Kampfetappe“) bezieht. Bei Großideologien, die den Anspruch haben, ein ganzheitliches System („wissenschaftliche Weltanschauung“) zur Gegenwartsanalyse, zur Beschreibung einer Idealgemeinschaft und zu den Wegen dahin zu bilden, sind die drei Zielebenen aufeinander bezogen. Die unteren Zielebenen sind funktional im Sinne der jeweils nächst höheren und dürfen zu ihr keineswegs im Widerspruch stehen. Sie werden in deren Licht bestimmt und bilden insgesamt die an die aktuelle politische Lage angepasste „Linie“.

Die Definition von Kernaussagen fügt sich in dieses holistisch gedachte Schema und ist der Grund für die ungewöhnlich große Bedeutung, die Linksextremisten ideologisch-programmatischen Aussagen beimessen. Die DKP beispielsweise benötigte nach 1990 rund sechzehn Jahre und verschiedene zwischendurch eingeschobene Dokumente, mit denen der Diskussionsstand fixiert wurde, um ein neues Parteiprogramm zu verabschieden.¹

Solche Sorgfalt ist zwar in erster Linie den revolutionären Marxisten eigen. Dennoch werden auch in autonomen Zusammenhängen Positionspapiere und Aktionsaufrufe in oft langwierigen Diskussionen ausgehandelt. Formulierungen, die auf ideologischer Ebene entweder inhaltlich oder semantisch² gegen die korrekte autonome Weltsicht verstoßen, werden in der Regel sofort beanstandet. Umstrittene Positionen können längere Diskurse in Szenezeitschriften auslösen, zum Zerfall von Gruppen, langjährigen Zerwürfnissen und in schweren Fällen auch zur Ausstoßung und sozialen Isolierung des ideologisch Fehlenden führen.

Beim Rezipienten indessen kommen solche Bemühungen keineswegs in Reinform an. Zwar haben revolutionär-marxistische Programme und autonome Positionspapiere auch den Zweck einer inneren Selbstversicherung der Gruppe. Doch sollen sie zugleich die „Verbindung mit den Massen“ herstellen und die „Unterdrückten“, um deren „Befreiung“ es zu gehen hat, von der Notwendigkeit der Revolution oder Revolte überzeugen. Ihre Agitationsfunktion ist wichtig für den missionarischen Impetus, der Extremisten treibt.

Der Rezipient wird eher Versatzstücke ganzheitlicher ideologischer Systeme zur Kenntnis nehmen, denen er aus eigener Erfahrung oder Betroffenheit zustimmt. Die Verarbeitung wird schwerlich zwischen den einzelnen Abstraktionsebenen der Ideologie unterscheiden; eher werden die höher gelegenen Abstraktionsebenen des gesellschaftlichen Fernziels und seiner mehr oder weniger komplexen Begründung ausgeblendet. Die Verarbeitung akzeptierter Ideologeme muss nicht einmal in einem kognitiven Prozess erfolgen, sie kann auf einer mentalen Ebene bleiben: als Verdichtung und Befestigung von Vor-Urteilen, Gefühlen, Empathien und Antipathien. Für rechtsextreme subkulturelle Cliques hat man festgestellt, dass weltanschauliche Aspekte bei der Integration neuer Anhänger zunächst eine geringe Bedeutung haben. Sie besteht vielmehr darin, dass „vormals unstrukturierte und unsortierte Gedanken und Gefühle von

Hass, Wut, Verärgerung, aber auch Angst und Neid (...) dort ideologisch umformuliert“ werden. Ähnliche selektive Mechanismen einer Adaption ideologischer Inhalte können demnach selbst bei bereits eingebundenen Szenemitgliedern nicht nur im Rechts- sondern auch im Linksextremismus und Islamismus beobachtet werden: Lützingen kommt zu dem Ergebnis, dass Extremisten „häufig kein ausgeprägtes, grundständiges Interesse an Politik und Religion“ aufwiesen, aber „die ideologietypischen Argumentationsmuster und Sichtweisen, mit denen sie in ihren (extremistischen) sozialen Umfeldern konfrontiert“ seien, übernehmen.³ Diese pointierte These scheint uns zwar für Rechtsextremisten mehr plausibel als für den ideologisch stärker aufgeladenen Linksextremismus. Wenn sie aber mindestens teilweise schon für bereits in eine Szene integrierte Personen gilt, dann dürfte die Vermutung einer versatzweisen, gebrochenen, patchworkartigen Aneignung von einzelnen Ideologemen – oft ohne Berücksichtigung ihrer systematischen Einordnung – bei eher außenstehenden, allenfalls diffus anpolitisierten Rezipienten erst recht wahrscheinlich sein.

Es darf als gesichert gelten, dass eine Beschäftigung mit komplexen, mühsam erschließbaren philosophischen Großsystemen unter jungen Menschen heute weniger verbreitet ist als beispielsweise in den 1970er Jahren. Vielmehr wird Information zu augenblicklich interessierenden, praktisch relevant erscheinenden Fragen gesucht, und zwar nicht zuletzt über das Internet. Dabei kommen typischerweise – je nach Suchbegriff – weitere unsortierte Informationsbrocken ans Tageslicht, und zwar unabhängig von ihrer Qualität und ohne einen systematischen Zusammenhang: Internet-Informationen sind häufig weder vollständig noch richtig und zumeist nicht intersubjektiv nachprüfbar. Die Informationsquelle Internet dürfte die Tendenz zur Übernahme einzelner, unsystematischer Versatzstücke aus komplexen Ideologieangeboten und damit zur Konstruktion patchworkartiger Weltbilder noch verstärken.

Für politische Bildung und Präventionsarbeit bedeutet dies, dass es nicht in allen Fällen um eine komplette Widerlegung linksextremer Weltbilder gehen muss, sondern zunächst um die Zurückweisung typischer, in der Agitation verwendeter Kernaussagen extremistischer Ideologien, die in eklatantem Widerspruch zu freiheitlich-demokratischen Normen stehen.

3.2 METAEBENE: SOZIALEGALITÄRE UTOPIEN UND IHRE VORAUSSETZUNGEN IN MENSCHEN- UND GESELLSCHAFTSBILDERN

Kernaussagen politischer Theorien sind nicht zuletzt das Ergebnis anthropologischer Vorannahmen. Das Menschenbild von Linksextremisten teilt zunächst die aufklärerische Vorstellung, der Mensch sei vernunftbegabt und daher prinzipiell in der Lage, seine Situation zu erkennen und seine Belange verständlich zu regeln. Das westlichen Demokratien zugrunde liegende Menschenbild geht von einer Ambivalenz der menschlichen Natur, seiner Fähigkeit, sowohl Gutes als auch sozial Schädliches zu verwirklichen, aus. In den politischen Prozess werden deshalb Mechanismen der Machtkontrolle und Gewaltenteilung (die „checks and balances“ des amerikanischen Verfassungsdenkens) eingebaut. Sie dienen sowohl der Selbstbestimmung als auch der Sanktionierung potenziell schädlichen Verhaltens.

Die extremistische Linke bezieht in einem *ersten Schritt ihrer philosophischen Grundannahmen* hingegen ihr Menschenbild aus Überlegungen des französischen Philosophen Jean-Jaques Rousseau. Nach ihr ist der Mensch von Natur aus nicht nur vernunftfähig, sondern auch gut. Allerdings deckt sich diese Grundannahme – ein Problem aller späteren linken Utopien – evident nicht mit den Fakten, die beträchtliche Mängel des Zusammenlebens erkennen lassen.

Diesem praktischen Widerspruch weicht Rousseau aus, indem er feststellt, dass die Güte des Menschen sich nur im vorgesellschaftlichen Urzustand manifestieren können. Nach dem Austritt aus ihm habe es ausschließlich Fehlentwicklungen gegeben, die zur *zweiten generellen Prämisse* linksextremer Weltbilder führen: Die gegenwärtige Gesellschaftsordnung ist schlecht. Menschliches Fehlverhalten ist das Resultat falscher gesellschaftlicher Verhältnisse. Und für die Degeneration der historischen Entwicklung gibt es eine Ursache: Die Einführung des Privateigentums hat die natürliche Harmonie unter den Menschen zerstört: „Der erste, der ein Stück Land einzäunte und dreist sagte: Dies ist mein, und so einfältige Leute fand, die das glaubten, wurde zum wahren Gründer der bürgerlichen Gesellschaft.“⁴

Die mit dem Privateigentum verbundenen (egoistischen) Eigeninteressen werden nicht als natürliches Resultat des Umstandes betrachtet, dass Menschen nach ihren Neigungen, Einsichten und Fähigkeiten verschieden sind, sondern als Ansatzpunkt für ein Programm, diese Grundtatsache des Pluralismus zum Verschwinden zu bringen. Gemeinsam mit den widerstreitenden egoistischen Interessen und Neigungen, so die Grundannahme, verschwänden Konflikte aus der Welt, kehrten Harmonie und Einigkeit zurück. Das *dritte Grundelement* besteht also in der Frage, wie die (demnach unvernünftigen und konfliktverursachenden) Sonderinteressen zugunsten eines allgemeinen, „objektiv“ vernünftigen Interesses („volonté générale“) beseitigt werden können, mit anderen Worten, wie „richtige“ Politik (wieder-)hergestellt werden kann. Eine „richtige“ Politik hat den Vorteil, dass nicht nur die gemeinschädlichen Sonderinteressen wegfallen, sondern auch alle Phänomene von Fremdbestimmung und Herrschaft. Denn, so schon Rousseau, wenn sich alle auf das allgemein Vernünftige verständigen und auf ihre schädlichen Sonderinteressen verzichten, werden sie auch im Einklang mit der dann stattfindenden Politik stehen und sie nicht mehr als Fremdbestimmung empfinden. Sie bedeutet nämlich, dass stattfindet, was alle vernünftigerweise wollen sollten. Herrscher und Beherrschte fallen in eins, werden identisch; Demokratie wird „identitäre Demokratie“. Was sich vordergründig „vernünftig“ anhört, ist allerdings in der Praxis eine grundsätzliche Kampf-ansage an die menschliche Individualität und den gesellschaftlichen Pluralismus.

Die qualitativ bestimmte „volonté générale“ ist nämlich nicht notwendig identisch mit der quantitativen Mehrheit (nach Rousseau lediglich eine „volonté de tous“), wie sie in gewöhnlichen demokratischen Verfahren ermittelt wird. Das Problem erkannte schon der Urvater der qualitativ bestimmten „identitären Demokratie“: „Von sich aus will das Volk stets das Gute, aber es erkennt es nicht immer.“⁵ Es ist dann naheliegend, dass das stets gute, aber bisweilen irrende Volk von wissenden Eliten erleuchtet werden muss. Ziel der Politik ist ja in diesem Modell nicht die Herrschaft der Mehrheit, sondern der Wahrheit. Wer diese nicht erkennt, kann belehrt werden, falls sein Irrtum nicht aus grundlegender Dummheit, Geisteskrankheit oder krimineller Motivation stammt. Falls doch, ist das Programm klar: Zur Herstellung „richtiger“ politischer Verhältnisse müssen die Hindernisse gegebenenfalls gewaltsam aus dem Weg geräumt werden. Das Prinzip „Wahrheit statt Mehrheit“ schließt immer die Bereitschaft zur gewaltsamen Homogenisierung von Gesellschaft ein, ist eine „Utopie der Säuberung“.⁶

Schon aus den Prämissen ergibt sich, dass die gängigen sozialrevolutionären Utopien mit ihren Phantasmen einer Gesellschaft, in der Konflikte ein für allemal gelöst, Entwicklung und Innovation zugunsten von Gleichklang, Beständigkeit und Kontrolle zum Stillstand gebracht worden sind, *negative Utopien* darstellen. Es handelt sich eben nicht bloß um „gute Ideen“, die entweder „schlecht ausgeführt“ wurden oder – so die realistischere Einschätzung – „einfach nicht funktionieren“.⁷ Schon die Utopie an sich steht für eine Ordnung aus „Terror und Langeweile“, wie Jan Fleischhauer in seiner Kritik frühneuzeitlicher utopischer Gesellschaftsromane festhält: „Campanellas Sonnenstaat ist eine Ordnungsphantasie. Alles ist zur Zufriedenheit geregelt, jedes Ding hat seinen Platz, nichts tanzt aus der Reihe – der Traum jedes analfixierten, von Verlustängsten und Kontrollanfällen geplagten Zwangscharakters.“⁸

Die Grundannahmen sozialegalitärer Utopien sind auch schon deshalb menschenfeindlich, weil sie mit zwei Kernforderungen der Aufklärung nicht in Übereinklang zu bringen sind:

Die *individuelle Handlungsfreiheit* des Menschen – sie schließt die Möglichkeit ein, sich für sozial verantwortbares Handeln oder eben dagegen zu entscheiden – wird in einem neuen Freiheitsbegriff durch die Freiheit zur Unterwerfung unter das angeblich objektiv Richtige ersetzt. Diese Reduktion des aufgeklärten Freiheitsbegriffs auf Null teilen Linksextremisten (in der Vision der kollektiven Unterwerfung unter die „Vernunft“ einer kommunistischen Gesellschaft) mit Rechtsextremisten (bei denen die Freiheit in der Einfügung in angeblich biologisch-genetische Vorgaben für gesellschaftliche Ordnungen besteht) und mit Islamisten (bei denen Freiheit zur Unterwerfung unter die Gebote Allahs wird).

Das *Prinzip der unaufgebbaren Gleichwertigkeit und damit auch der rechtlichen Gleichheit von Menschen* gilt in den sozialegalitären Utopien erst nach der Unterwerfung bzw. physischen Ausrottung „Anderer“. Zwar ist dieses Säuberungsprogramm (Aufbau eines „Sozialismus“ als historische Etappe auf dem Weg zum „Kommunismus“) „nur“ für die mittlere Zielerreichungsebene vorgesehen. Dennoch werden durch seine Konstruktion einer historisch „notwendigen“ Vernichtung „feindlicher“ Klassen, Meinungen und Verhaltensformen sowie ggf. ihrer humanen Träger kommunistische Utopien zu Ideologien der Ungleichwertigkeit. Auch wenn gemeinhin und durchaus zutreffend der Rechtsextremismus als klassische Ideologie der Ungleichheit⁹ gilt, so weist er in dieser Frage

doch kein Alleinstellungsmerkmal auf. Auch historisch ist die „Aufhebung der Klassenverhältnisse“ kein im philosophischen Sinne „dialektisches“ (im Sinne sowohl einer Beseitigung als auch ihrer historischen Höherentwicklung) Problem, sondern hatte sehr konkret mit einer bis zur exterministischen Praxis gehenden Abwertung „feindlicher“ Klassen zu tun. Bereits Lenin griff bei der Bezeichnung von „Feinden“ ausdrücklich auf Begriffe aus der Biologie zurück: „Erreichung des gemeinsamen, einheitlichen Ziels: der Säuberung der russischen Erde von allem Ungeziefer, von den Flöhen, – den Gaunern, den Wanzen – den Reichen usw. usf.“¹⁰ Die zur Vernichtung freigegebenen „Anderen“ waren nicht nur relativ beliebig, sondern auch beliebig ausweitbar, wie die Schlussfloskeln erkennen lassen.

Colas und Koenen ist zuzustimmen, dass diese exterministische Säuberungspraxis nicht etwa ein Durchgangsstadium, eine „leider erforderliche“, aber vorübergehende Maßnahme gewesen ist. Sie ist schlicht die unabdingbare Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus und schließlich des Kommunismus: Die revolutionäre Kaste schuf sich durch „Ausmerzungen“ der „Schädlinge“ denjenigen sozial homogenen Gesellschaftskörper, der ihrer Utopie angepasst war. Diese Voraussetzung kann nicht entfallen, ohne den Erfolg des Kommunismus hinwegzudenken: Die sozialegalitäre Utopie „Kommunismus“ ist wegen grundlegend inhumaner Implikationen ihrer Menschen- und Gesellschaftsbilder nicht heilbar.

Das gilt im Übrigen nicht nur mit Blick auf den realen Sozialismus in seiner stalinistischen Form sowie auf die von ihm abgeleiteten historischen Varianten, wie den Maoismus oder den kambodschanischen Steinzeit-Kommunismus, die ebenfalls mit der massenhaften direkten Tötung oder der Vernichtung durch Lagerhaft die Exterminierung des „Anderen“ ins Werk setzten. Vielmehr haben auch die nicht durch kriminelle Praxis belastete (soziologisch gesehen bürgerliche) Neue Linke nach 1968 und die Autonomen durchaus die Konsequenzen der kommunistisch/anarchistischen Utopie begriffen und bejaht.

Der SDS-Funktionär Bend Rabebl machte 1967 in einem „Gespräch über die Zukunft“ mit Rudi Dutschke, Christian Semler und Hans-Magnus Enzensberger zur sozialen Homogenisierung eines als sozialistisch gedachten Westteils von Berlin den „menschenfreundlichen“ Vorschlag, man solle älteren Menschen, bei denen klar sei, dass „Umerziehung

unmöglich ist“, die „Möglichkeit geben, auszuwandern“.¹¹ Und zu den bereits frühzeitigen anarchistischen Träumen im autonomen Spektrum gehört die folgende Vision: „Polizeistationen werden durch die Luft fliegen. [...] Gruppen von Chaoten, Punks, bewaffneten Frauen, Müslis, Arbeitern und Bauern werden die Macht übernehmen. [...] Bullen werden Rehabilitationslager aufsuchen und dort das Spielen lernen.“¹² Auch den in der Totalablehnung des Bestehenden erkennbaren Umrissen einer hierarchiefreien und radikal egalitären Gesellschaftsvision bei den Autonomen ist eine Vernichtung des „Anderen“, von autonomen Normen potenziell Abweichenden, inhärent. Ihren Aktivisten, heißt es dazu in einer neueren Studie über die Hamburger Autonomen-Szene, gehe es „nicht nur um materielle Gleichheit, sondern um die Nivellierung aller Unterschiede zwischen den Menschen wie dem zwischen Männern und Frauen oder zwischen den Kulturen. [...] Die Rote Flora wünscht sich ein Zusammenleben der Menschen, das völlig hierarchiefrei ist, in dem keine Behörden und keine übergeordneten Instanzen Regeln aufstellen und in dem keine Ordnungsmacht Vorschriften durchzusetzen vermag. In einem derartigen System darf es schon allein aus logischen Gründen keine erheblichen materiellen Unterschiede zwischen den Menschen geben, denn sie führen zwangsläufig zu einem Ungleichgewicht in der Machtverteilung. Wenn die Individuen nicht freiwillig auf ihren Besitz verzichten, kann eine solche (Nicht-)Ordnung nur mit Gewalt (in Form von Selbstjustiz) geschaffen und aufrecht erhalten werden.“¹³ Die Fernziele des autonomen Spektrums haben letztlich ebenso menschenverachtende Auswirkungen wie diejenigen der revolutionären Marxisten – daran ändert ihre libertäre Verpackung nichts.

3.3 KERNAUSSAGEN ZU MITTELFRISTIGEN ZIELEN

Der Umsetzung utopischer Gesellschaftskonzepte hat naturgemäß die Zerschlagung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung voraus zu gehen. Die damit verbundenen ideologischen Aussagen lassen sich zunächst erstens in Aufforderungen zur Destruktion des Bestehenden und zweitens in „konstruktive“ Umschreibungen gewünschter künftiger Zustände unterteilen.

Bei „destruktiven“ Aussagen ist zu beachten, dass sie, sofern unmittelbar strafbar oder jedenfalls nicht geeignet, den Zuspruch des Publikums zu erreichen, semantisch entsprechend verpackt sein werden. Sprachliche Täuschung, semantische Mimikry gehören besonders für Teile der revolutionären Marxisten zu den bereits verinnerlichten Verfahren.¹⁴

Bei den „konstruktiven“ Aussagen ist zu beachten, dass sie als Zielbestimmungen keineswegs mit dem Nachweis verbunden sind, sie ließen sich innerhalb des Verfassungsrahmens oder jedenfalls auf einem Weg erreichen, der die eingesetzten Mittel und das Ziel in ein ethisch vertretbares Verhältnis bringt. Für Extremisten kommt es auf ein solches Ziel-Mittel-Verhältnis grundsätzlich nicht an. Die Ziele rechtfertigen prinzipiell die eingesetzten Mittel. Gewalt und hohe Verluste an materiellem und humanem Kapital werden daher in Kauf genommen. Dies ergibt sich auch aus der Unausweichlichkeit des angestrebten Ziels, des Austritts aus der konstatierten „Barbarei“ der gegenwärtigen Ordnung und aus ihrem prognostiziert katastrophischen weiteren Verlauf. Für Extremisten gilt insofern der Herbert Marcuse zugeschriebene Grundsatz, dass, falls die Wirklichkeit nicht mit der Utopie übereinstimme, dies umso schlimmer sei für die Wirklichkeit.¹⁵

Die absolute Verwerfung der bestehenden Ordnung ist bei den Autonomen mit ihrem Kampf gegen das „Schweinesystem“ offenkundig. Sie manifestierte sich schon in den frühesten Gründungsdokumenten dieser Bewegung als Grundkonsens: „Einig sind wir uns, dass wir den Staat nur zerstören und uns ihm gegenüber nicht konstruktiv verhalten wollen.“¹⁶ Im autonomen Schriftgut gibt es zahllose weitere Belege für diese – aus anarchistischer Sicht kaum weiter begründungsbedürftige – Grundhaltung, die mangels einer elaborierten Utopie die mittlere Zielebene des autonomen Spektrums bildet.

Allerdings sind in den letzten Jahren zwei neuere, durchaus gegenläufige Tendenzen zu beobachten. Zum einen reichern Autonome insbesondere ihre Beschreibung der abgelehnten Realität mit marxistischen Analysemustern und Argumentationsketten an. Offenbar versuchen sie so, den konzeptionellen und theoretischen Defiziten eines reinen Anarchismus abzuweichen. Manche autonome Struktur hat auch keine Probleme damit, sich „für den Kommunismus“ als Fernziel zu erklären – mit welchen Inhalten dieses „Ziel“ dann gefüllt ist, steht freilich dahin. Zum anderen existiert eine gegenläufige Tendenz, deren Kern eine Verselbständigung der Gewalt bildet. Sie knüpft an das kulturpessimistisch-anarchische Pamphlet *Der kommende Aufstand*¹⁷ aus Frankreich an. In ihr tritt die vorgebliche „Befreiung“ zugunsten weitestgehend enthemmter Zerstörung in den Hintergrund. Eine auch nur ansatzweise „positive“ gesellschaftliche Vision scheint nicht mehr auf, wie die Eingangssätze des Pamphlets erkennen lassen: „Unter welchem Blickwinkel man sie auch betrachtet, die Gegenwart ist ausweglos. Dies ist nicht die unwichtigste

ihrer Eigenschaften. Denen, die unbedingt hoffen wollen, raubt sie jeden Halt. Diejenigen, die vorgeben, Lösungen zu besitzen, werden auf der Stelle widerlegt. Es besteht Einverständnis, dass alles nur noch schlimmer werden kann.“ Durch solche Sichtweisen wurde eine linksextremistische Gruppe inspiriert, die im Oktober 2011 Brandanschläge auf zentrale Punkte des Berliner Verkehrsnetzes versuchte und dabei in Kauf nahm, dass auch Unbeteiligte an Leib und Leben gefährdet werden. Es gehörte bislang zum Konsens im autonomen Spektrum, dass zwar „Systemträger“ angegriffen, eine Gefährdung außen Stehender aber ausgeschlossen sein müsse. Falls sich die Perspektive aus „Der kommende Aufstand“ durchsetzt, ist der bisherige Konsens über die Form und die Handlungsmodalitäten bei der Zerstörung der bestehenden Gesellschaftsordnung gefährdet.

Revolutionäre Marxisten sind in der sprachlichen Verpackung ihrer Revolutionsforderungen generell vorsichtiger. Dies hängt nicht nur mit der Inkriminierung der „Diktatur des Proletariats“ durch das Bundesverfassungsgericht 1956 zusammen, sondern auch damit, dass die Masse ihrer auf niedriger Zielerklärungsebene abgegebenen Forderungen für sich betrachtet als Reformschritte *innerhalb* der bestehenden Ordnung erscheinen, auf diese Weise höhere demokratische Legitimität reklamieren und sich andererseits zu einer offen revolutionären Rhetorik in einen schwer verständlichen Widerspruch setzen würden.

Solange es sich bei solchen Parteien um marxistisch-leninistische handelt, entschlüsseln sich solche „Reformforderungen“ unschwer als Befolgung der Leninschen Weisung, bei revolutionärer Prinzipienfestigkeit zugleich ein Maximum an taktischer Flexibilität an den Tag zu legen und gegebenenfalls auch zu Listen, Tricks und Kniffen, also zu Täuschung und Lüge, bereit zu sein.¹⁸ Für die DKP sollten vor 1989 Reformen „den Weg zum Sozialismus“ öffnen. Sie waren also nicht zur Verbesserung des demokratischen Systems, sondern zur Verbesserung der Möglichkeiten seiner revolutionären Überwindung gedacht, besonders soweit sie geeignet erschienen, die KP mit nicht-extremistischen Bündnispartnern zusammen zu bringen und ihre „Kampfbedingungen“ durch erhöhte Reputation zu verbessern. Heute hält die Partei – wie im Übrigen natürlich die MLPD – solche semantische Zurückhaltung für obsolet: „Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg über Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.“¹⁹

Gerade die Formulierungskünste der DKP zeigen, dass eine Reihe von semantischen Chiffren für die „Revolution“ im Umlauf waren und noch sind, z. B. wie im obigen Zitat die „tiefgreifenden Umgestaltungen“. Ebenfalls von der DKP (bzw. für sie von der SED) kreiert wurden „sozialistische Umwälzung“²⁰, „Macht der Arbeiterklasse“²¹, „Umgestaltung“²² und als deren bereits als „unumkehrbar“ gedachte Zwischentappe die „antimonopolistische Demokratie“²³.

Fällt der Nachweis solcher Mimikry bei der DKP angesichts ihres ständigen Bekenntnisses zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin nicht schwer, verhält sich das mit dem „smarten“ Extremismus der intern pluralistischen „Linken“ bei weitem schwieriger. Hier scheinen zunächst – paradox genug – Reform- und Revolutionsgedanken gleichberechtigt nebeneinander zu stehen. In der PDS, hieß es zunächst, hätten „sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“²⁴ Man irrt nicht, wenn man aus der Formulierung eine Zweckdienlichkeit von Reformen für revolutionäre Ziele herauslesen will. Daran hat sich weder bei dem „Eckpunktepapier“ zur Fusion Anfang 2007 noch im Erfurter Programm der Partei von Oktober 2011 etwas geändert: „DIE LINKE kämpft in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von *Brüchen* und *Umwälzungen* mit *revolutionärer Tiefe* gekennzeichnet sein.“ (Hervorhebungen nicht im Original). Die von der Partei vielfach verwendete Floskel „gesellschaftliche Transformation“ darf man insoweit durchaus dahin gehend auslegen, dass es sich um ein Pseudonym für den archaisch wirkenden Begriff „Revolution“ handelt. Dafür bedarf es nicht einmal der von beiden Vorsitzenden im Vorfeld des Fusionsparteitages provokant gestellten „Systemfrage“²⁵.

Denn diese bezieht sich nicht auf tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik, die im Übrigen gar nicht verfassungsfeindlich wären, da das Grundgesetz bis auf die Wesensgehaltgarantie der Grundrechte in der Frage der Wirtschaftsordnung neutral ist. Vielmehr liegt der Programmatik das „dialektische“ marxistische Verständnis zwischen ökonomischer „Basis“ und dem politischen (auch kulturellen, zivilgesellschaftlichen, ideologischen) „Überbau“ von Gesell-

schaftsordnungen zugrunde – eine „verfassungspolitische“ Sichtweise, die für jeden gelernten Marxisten selbstverständlich ist.²⁶ Demzufolge passt sich nach grundlegendem Umbau der Basis auch der Überbau in einer „Umwälzung“ an die primären, dann eben sozialistischen Produktionsverhältnisse an, und zwar unter Ersetzung der „bürgerlichen“ parlamentarischen durch eine „sozialistische Demokratie“. Das bereits im PDS-Programm von 2003 in der klassischen Formulierung des kommunistischen Manifests beschriebene Ziel des angeblich „demokratischen Sozialismus“ der Partei, „eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist“²⁷, ist deshalb für Kenner der marxistischen Theorie nicht auslegungsbedürftig. Die in solchen Gedankenwelten heimischen Mitglieder der Partei kennen seinen Kontext: Marx hatte damit die Gesellschaft *nach der Revolution* umschrieben.²⁸

Von Aussagen, wie die angeblich weltgeschichtlich zwingend katastrophisch verlaufenden Folgen des Kapitalismus verhindert werden können, ist zu verlangen, dass sie nachvollziehbar belegen müssen, dass (1) ihre Behauptung vom katastrophischen Verlauf der gegenwärtigen Entwicklungen zutrifft, dass (2) ihr Eingriff in gegenwärtige Abläufe unvermeidbar ist und dass sie (3) die geeigneten Mittel für eine Abhilfe darstellen.

Im Einzelnen:

(1) Politische, ökologische, soziale oder wirtschaftliche Krisenerzählungen sind nicht neu und stammen in der jüngeren Vergangenheit nicht einmal ausschließlich von Extremisten. Die in den 1980er Jahren so populäre ökologische Katastrophenliteratur über den bevorstehenden ökologischen Kollaps oder die „Grenzen des Wachstums“ hat sich durchweg als falsch erwiesen. Nicht viel anders steht es vor allem um die marxistische Erzählung von der finalen Krise des Kapitalismus, die der Marxismus seit seiner Entstehung unermüdlich wiederholt. Richtig daran war stets nur, dass Marx eine Reihe von Anfälligkeiten des rein marktorientierten Wirtschaftssystems korrekt beschrieben hat. Seine Krisen waren tatsächlich oft kostspielig, standen aber stets im nachgeordneten Verhältnis zu dem ungeheuren Ausmaß an Innovation und Wohlstand, das dieses System schafft. Kein anderes Wirtschaftssystem war dazu in der Lage, weder die verschiedenen Staatswirtschaftsformen historischer Despotien noch die angeblich überlegene Zentralverwaltungswirtschaft.

Auch die neuere Intonierung des Krisengesangs hätte empirisch den Wohlstandsaggregierenden Effekt der internationalen Arbeitsteilung gerade in der angeblich von der Globalisierung geknechteten Dritten Welt empirisch zu widerlegen. Einen Versuch dazu macht sie erkennbar nicht, sondern bemüht sich allenfalls um die möglichst emblematische Herausstellung einzelner Verlierer, die es auch immer gibt.

(2) Auch die Behauptung, dass radikale, grundlegende und systemändernde Eingriffe unvermeidbar sind, wenn eine Katastrophe vermieden werden soll, entbehrt jeder realen Grundlage. Offenbar sind die Reformkapazitäten des „Systems“ durchaus hinreichend, wie dies beispielsweise die Überwindung der Wirtschaftskrise von 1929/30 durch den *New Deal*, vor allem aber die gesamte Erfolgsgeschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung überdeutlich zeigen.

(3) Und schließlich sind die angebotenen Alternativkonzepte revolutionärer Marxisten ganz konkret auf ihre Tauglichkeit zum angegebenen Zweck zu prüfen. Falls sie ihn nicht halbwegs plausibel nachweisen können, gilt die Grundvermutung für die Vernünftigkeit des Bestehenden. Und der Nachweis dürfte ihnen schon deshalb schwer gelingen, weil sie heutige Probleme mit Instrumenten aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, die zudem nur für die industrialisierten Staaten Europas gedacht waren, zu analysieren versuchen. Die vorgeschlagenen Abhilfen sind im Übrigen darauf zu prüfen, ob es sich nicht um Maßnahmen des realen Sozialismus, insofern um bloße Wiederholungen, handelt. Zwar ist deren damaliges Scheitern nicht zwingend ein theoretischer Beweis ihrer generellen Unbrauchbarkeit. Unbedingt zu ächten sind sie aber schon aus ethischen Gründen dort, wo sie zentrale demokratische Werte wie Menschenrechte systematisch zerstört oder auch bloß unter den Vorbehalt politischer Ziele relativiert haben. Deshalb haben deren frühere und heutige Protagonisten die Beweislast für die Demokratieverträglichkeit ihrer Konzepte ebenso wie für ihre eigene Läuterung zu tragen.

3.4 NAHZIELEBENE: AGITATIONSMUSTER DES POLITISCHEN ALLTAGSKAMPFES

Die Nahzielebene operationalisiert Aussagen der politischen Utopie und zu den mittelfristigen Zielen zu Agitationsmustern des politischen Alltagskampfes. Dabei kennt sie verschiedene Muster der agitatorischen Verpackung, die zumeist auf die Täuschung des Publikums zielen:

(1) Ein Agitationsmuster ist unmittelbarer Ausfluss z. B. der soziallegalitären Fernziele, aber auf begrenzte Reichweite für den Alltagskampf heruntergebrochen worden. Fordern Linksextremisten beispielsweise die staatliche Kontrolle der Finanzmärkte, so handelt es sich hierbei typischerweise um eine Forderung, die auch von verfassungstreuen Demokraten insoweit geteilt werden kann, als sie im gegenwärtigen politischen System zweifellos legal und politisch erreichbar ist. Sie steht allerdings auch im Einklang mit dem linksextremistischen Ziel einer „Aufhebung des Kapitalverhältnisses“ in sozialistischen, also staatlich völlig kontrollierten „Produktionsverhältnissen“.

(2) Es werden Begriffe verwendet, die im linksextremistischen Sprachduktus eine andere Bedeutung haben als im demokratischen: Der Begriff ist – wie der Linksextremist weiß – normativ doppeldeutig. Dies gilt beispielsweise für den linksextremistischen „Antifaschismus“. Engagement gegen Rechtsextremismus ist aus Sicht von Demokraten eine Verteidigung demokratischer Kultur. In linksextremistischer Interpretation geht es um mehr: Da Rechtsextremismus als eine Form „bürgerlicher“ Herrschaft und somit als Bestandteil des „Überbaus“ des kapitalistischen Systems gesehen wird, bedeutet „Antifaschismus“ zugleich dessen Bekämpfung mit dem Ziel des Systemwechsels zum Sozialismus. Über diese Auslegung wird man bürgerliche Bündnispartner üblicherweise im Unklaren lassen.

(3) Das Agitationsmuster bezieht sich ausdrücklich auf eine Norm des demokratischen Verfassungsstaates, verabsolutiert sie aber und löst sie aus ihrem wechselseitigen Bezug mit anderen Normen. Nach außen sieht die Forderung geradezu radikal demokratisch aus, dient aber mit dem erkannten Ziel ihres Scheiterns dazu, den Verfassungsstaat insgesamt zu diskreditieren, weil er angeblich seinen eigenen Ansprüchen nicht genüge. Es handelt sich um eine Strategie normativer Überforderung des Verfassungsstaates. Beispiele dafür sind z. B. Programme einer ex-

zessiven Überforderung des Sozialstaatsgebots, die die wirtschaftliche Wertschöpfung überstiegen, Leistungsanreize bei den Transferempfängern völlig beseitigten und durch die Abgabenhöhe auf die Einzahler in Sozialsysteme enteignende Wirkungen hätten.

(4) Eine Forderung steht unter dem Vorbehalt selektiver, nicht allgemeiner Geltung und der späteren Zurücknahme. Das gilt für alle Menschenrechtsforderungen von Linksextremisten bzw. ihre Kritik an Menschenrechtsverletzungen. Die Kritik wird sich nur auf Menschenrechtsverletzungen durch „kapitalistische“ Regime beziehen.²⁹ Umgekehrt gibt es ein ziemlich weitgehendes Einverständnis darüber, dass Menschenrechtsverletzungen durch linke Regime nicht zu rügen sind. Das Bekenntnis zu Menschenrechten schließt bei Linksextremisten in der Regel den stillschweigenden Vorbehalt ein, dass sie bei politischem Bedarf auch wieder entzogen werden dürfen.

(5) Eine agitatorische Tageslosung steht in direktem Widerspruch zu den politischen Fernzielen und auch den Zwischenzielen der mittleren Abstraktionsebene. Ein besonders krasses Beispiel dafür lieferte die Kampagnen der DKP gegen „Berufsverbote“ (seit 1972) und die analoge Kampagne der PDS gegen „Vereinigungsunrecht“ (die Entlassung von SED- und MfS-Belasteten aus dem öffentlichen Dienst nach 1990). In beiden Fällen war völlig klar, dass es in sozialistischen Systemen keinesfalls eine Freiheit der Berufswahl und schon gar keine Beschäftigung von Systemgegnern im Staatsdienst geben konnte.

Im Einzelnen lassen sich die im Folgenden dargestellten Hauptagitationslinien ausmachen, denen wir erstens den übergreifenden ideologischen Komplex und zweitens die Hauptverbreiter zugeordnet haben. Es wurde zur Verbesserung der Übersichtlichkeit darauf verzichtet, die Herkunft der Agitationsmuster in Dokumenten oder Aussagen linksextremistischer Gruppen nachzuweisen, da es lediglich um eine Skizzierung grober Argumentationslinien geht:

3.4.1 „Antikapitalismus“

- 3.4.1.1 „Der Kapitalismus beutet die Schwachen aus und stößt immer mehr Menschen in die Armut“ (revolutionäre Marxisten und „Linke“): klassisches Muster der marxistischen Verelendungstheorie.
- 3.4.1.2 „Der bürgerliche Staat betreibt zugunsten der Profite der Kapitalisten Sozialabbau“ (revolutionäre Marxisten und „Linke“): angeblich zwingendes Handlungsmuster eines „bürgerlichen Staates“, der als politischer Überbau (Büttel) einer Herrschaft des (Monopol-)Kapitals agiert.
- 3.4.1.3 „Globalisierung und Neoliberalismus treiben zur leichteren Durchsetzung von Standortkonkurrenz und Lohndumping den Demokratieabbau voran“ (überwiegend revolutionäre Marxisten und „Linke“): Globalisierungsbezogen modernisierte Variante der These von der Unterdrückung der lohnabhängigen Bevölkerung im Interesse des (Groß-)Kapitals.
- 3.4.1.4 „Geld ist genug da, auch für gute Arbeit, steigende Renten und solidarische Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze: Die Reichen sollen zahlen“ (DKP, „Linke“): Klassenkampfforderung zur Schwächung der Kapitalherrschaft und zur Vorbereitung einer Zentralverwaltungswirtschaft.

3.4.2 „Antiimperialismus“

- 3.4.2.1 „Kriege und internationale Konflikte haben ihre ausschließliche Ursache im Profitmaximierungsinteresse des Kapitals und in der imperialistischen Konkurrenz der nationalen Kapitale untereinander“ (revolutionäre Marxisten, „Linke“ und Autonome): klassische Leninistische Kriegsursachenanalyse.
- 3.4.2.2 „Der ‚Krieg gegen den Terror‘ ist ein Vorwand für imperialistische Raubkriege. Al Qaida wurde von den Amerikanern aufgebaut. 9/11 haben sie möglicherweise selber inszeniert“ (revolutionäre Marxisten, „Linke“, autonome „Antiimperialisten“): Verschwörungstheoretischer Erklärungsversuch für den in der Leninschen Kriegsursachenanalyse nicht vorgesehenen islamistischen Terrorismus.
- 3.4.2.3 „Die Massen und ihre islamischen Befreiungsbewegungen in den unterdrückten muslimischen Ländern sind objektive Antiimperialisten.“ (Trotzkisten, „Teile der „Linken“, autonome „Antiimperialisten“).

3.4.3 „Antifaschismus“ und „Antirassismus“

- 3.4.3.1 „Rechtsextremismus und Neofaschismus reichen bis in die Mitte der Gesellschaft. Sie sind Folgen von Abstiegsängsten der statusbedrohten Bourgeoisie und gesellschaftlicher Verarmung. Die im Kapitalismus erzeugte zunehmende Einkommensungleichheit erzeugt und fördert Rechtsextremismus“ („Linke“): modernisierte Variante der orthodox-kommunistischen Faschismusanalyse.
- 3.4.3.2 „Neofaschismus ist neben der bürgerlichen Demokratie eine der beiden Herrschaftsoptionen des (Monopol-)Kapitals. Bürgerliche Politiker betätigen sich als Stichwortgeber für Themen der Faschisten, um von den kapitalistischen Ursachen der Krise abzulenken“ (DKP, VVN-BdA, „Linke“).
- 3.4.3.3 „Nazis sind direkter Ausdruck des kapitalistischen Verwertungszusammenhangs und der bürgerlichen Gesellschaft. Der Staat und die ‚Zivilgesellschaft‘ dulden, fördern und schützen die Faschisten. Konsequenter Kampf gegen den Nazismus bedeutet Kampf gegen Kapital und Staat“ (Autonome Antifa, klassisch): Wiederauflage der kommunistischen „Sozialfaschismustheorie“ aus den 1930er Jahren.
- 3.4.3.4 „Der Rassismus der Nazis ist nur die Spitze des gesamtgesellschaftlich verbreiteten Rassismus. Nazismus, Rassismus und Sexismus sollen den Hass auf die Schwächsten, besonders auf die Migranten lenken“ (Autonome Antifa): so genannter „Triple-Oppression“-Ansatz, nach dem kapitalistische, rassistische und sexistische Unterdrückung einen integralen Komplex ergeben.
- 3.4.3.5 „Deutsche sind unheilbar nazistisch, rassistisch und antisemitisch. Deutschland muss daher als Nationalstaat abgeschafft werden. Antifaschismus bedeutet in erster Linie die Solidarität mit dem Staat Israel und seinen Verbündeten gegen den eliminatorischen Antisemitismus des Islamfaschismus“ (Autonome Antifa, „antideutsche“ Richtung): übersteigerte Nachholreaktion auf den bislang von antikapitalistischen „Faschismustheorien“ geleugneten Antisemitismus des Nationalsozialismus.

3.4.4 „Demokratisierung“

- 3.4.4.1 „Parlamentarische Arbeit muss durch außerparlamentarische Mobilisierung ergänzt werden. Gesellschaftliche Gegenmächte müssen die Demokratie in Bürger-, Wirtschafts- und Verbraucherräten ergänzen“ („Linke“): Relativierung des parlamentarischen Systems durch Einführung rätendemokratischer Elemente ohne transparente Legitimation. Anknüpfung an Identitätsdemokratie unter der unausgesprochenen Voraussetzung, dass „Gegenmächten“ das Gemeinwohl repräsentieren und mit ihnen die eigenen Bündnispartner gemeint sind.
- 3.4.4.2 „Wir brauchen soziale Unruhe(n) und den politischen Streik, um die Verhältnisse in Deutschland zum Tanzen zu bringen“ („Linke“): wie 3.3.4.1.

3.4.5 „Kampf um Freiräume“, „Selbstbestimmung“, „Antirepression“

- 3.4.5.1 „Beim Kampf um die Häuser, die Flora und unsere Zusammenhänge geht es darum, Freiräume zu schaffen, die der kapitalistischen Verwertungslogik und der Bullenrepression entzogen werden können. Sand im Getriebe ist die Vorstufe zur Zerschlagung des Schweinesystems“ (Autonome). Rechtsfreie Räume sind nicht in erster Linie private Refugien, sondern die Vorwegnahme einer herrschaftsfreien Gesellschaft und Stützpunkte für den Kampf darum.
- 3.4.5.2 „Kampf um Selbstbestimmung ist Kampf gegen Überwachung, Repression und Bullengewalt. Solidarität ist unsere Waffe. Also bei Durchsuchungen und Festnahmen: Keine Aussagen bei den Pigs!“ (Autonome): Anarchie beginnt mit der Unwirksammachung von Sanktionssystemen.

3.4.6 Militanz, Gewalt, „Gegengewalt“

- 3.4.6.1 „Alltagsmilitanz ist täglicher Widerstand gegen das System: proletarisch Einklauen, Staatsknete abzocken, mal ‚nen Automaten oder ‚ne Bonzenkarre plätten, Nazis aufs Maul: Macht’s gut, macht’s besser, und – bildet Banden!“ (Autonome): Sämtliche wirtschaftlichen, staatlichen, kulturellen, gesellschaftlichen Institutionen bilden einen kapitalistischen und repressiven Gesamtzusammenhang und müssen daher ständig sabotiert und bekämpft werden.

- 3.4.6.2 „Die Verhältnisse des kapitalistischen Alltags sind Gewaltverhältnisse, egal ob sie als manifeste Bullengewalt oder als strukturelle Gewalt aus Knast und Kontrolle, Armut und Ausgrenzung, Rassismus und Sexismus daher kommen“ (Autonome): eine zeitgemäß vergrößerte Variante der Theorie der strukturellen Gewalt des anarchistischen Theoretikers Johan Galtung, nach der Gewalt schon dann vorliegt, wenn „das Ausmaß der aktuellen Selbstverwirklichung einer Person hinter dem seiner potenziellen Selbstverwirklichung zurückbleibt“.
- 3.4.6.3 „Der Sturz des bürgerlichen Gewaltapparats ist ohne befreiende Gegengewalt nicht möglich“ (Autonome): die logische Folgerung aus 3.4.6.2.
- 3.4.6.4 „Gewalt ist der Geburtshelfer jeder neuen Gesellschaft. Ohne Gewalt hätte die Revolution 1917 nicht gesiegt. Haben sich diejenigen falsch verhalten, die die Bastille, das Winterpalais, die Moncada oder die US-amerikanische Botschaft in Saigon stürmten? War der Widerstand gegen den Faschismus Unrecht? Marxisten wissen um die historische Notwendigkeit befreiender Gewalt und gerechter Kriege. Sie bestimmen ihr Handeln nach den aktuellen Erfordernissen des Klassenkampfes, aber nicht auf der Basis einer ‚prinzipiellen‘ oder ‚moralischen‘ Ablehnung bestimmter Aktionsformen“ (DKP): Leninistische Variante einer Legitimation von „revolutionärer Gewalt“.

- 1| *Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, beschlossen von der 2. Tagung des 17. Parteitages der DKP, 8. April 2006.*
- 2| *Legendär sind in diesem Zusammenhang Auseinandersetzungen über „frauenfeindliche“ bzw. „sexistische“ Formulierungen. Aber selbst bei Feindprädikationen gibt es Mindestanforderungen: Der Begriff „Polizei“ ist z.B., wo immer „sinnvoll“ möglich, durch „Bullen“, „Bullenschweine“ oder „Repressionsapparat“ zu ersetzen.*
- 3| *Lützing, Sicht der Anderen, a.a.O., S. 49 und 73.*
- 4| *Jean-Jaques Rousseau, Discours sur l'inégalité parmi les hommes (1755), hrsg. v. Kurt Weigand, 2. Aufl. Hamburg 1971, S. 86.*
- 5| *Jean-Jaques Rousseau, Du contract sociale ou principes du droit politique, Amsterdam 1762, dt.: Der Gesellschaftsvertrag, hier Kap. II.6.*
- 6| *Auf diese Ergebnisse brachte Gerd Koenen, Utopie der Säuberung, Was war der Kommunismus?, Berlin 1998, seine Bilanz des kommunistischen Experiments von 1917 bis 1989.*
- 7| *So verschiedenlich die Einschätzungen junger Menschen zum Sozialismus als Idee bei der qualitativen Befragung der KAS.*

- 8| *Jan Fleischhauer, Unter Linken, 2. Aufl. Reinbek 2010, S. 75, 74.*
- 9| *So in den Studien von Wilhelm Heitmeyer, die insbesondere auf die Annahme einer Ungleichwertigkeit von Menschen und die Rolle der Gewalt in rechts-extremistischen Ideologien abstellen; ähnlich auch Hans Gerd Jaschke, Rechts-extremismus und Fremdenfeindlichkeit, Opladen 2001, S. 30.*
- 10| *Lenin, Werke, Bd. 26, S. 413, zit. nach Dominique Colas, Säubernde und gesäuberte Einheitspartei: Lenin und der Leninismus, in: Backes/Courtois, Ein Gespenst, a.a.O., S. 147-186, hier S. 172; auch Gerd Koenen, Utopie der Säuberung, S. 63 ff.*
- 11| *In: Kursbuch 14, (August 1968), S. 146-174, hier S. 164-166; zit. nach: Götz Aly, Unser Kampf 1968 – ein irritierter Blick zurück, Frankfurt 2008, S. 90.*
- 12| *Zit. nach Herbert Schäfer, Strategie und Taktik militanter Kernkraftsgegner, in: Kriminalistische Studien, Bd. 3, S. 87 f.*
- 13| *Carsten Dustin Hoffmann, „Rote Flora“. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg, Baden-Baden 2011, S. 272.*
- 14| *Klassische Beispiele solcher Weichzeichnungen sind Begriffe wie „antifaschistischer Schutzwall“ für die Berliner Mauer oder „Friedenskampf“ für die Unterstützung der aggressiven sowjetischen Militärdoktrin. Die früheste literarische Verarbeitung solcher semantischen Techniken hat vermutlich George Orwell in seinem Roman „1984“ geleistet.*
- 15| *Zu den Theorien des marxistischen Obskurantisten Marcuse vgl. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus, München/Zürich 1978, Bd. III, S. 431-457.*
- 16| *„Anarchie als Minimalforderung“, in: radikal Nr. 97/1981, S. 10. Die dort unter diesem Titel veröffentlichten „10 Thesen“ entstanden auf einem Kongress in Padua und gelten als Gründungsurkunde der Autonomen.*
- 17| *„L'insurrection qui vient“, 2007. Eine deutsche Übersetzung erschien in einem anarchistischen Verlag: Unsichtbares Komitee, Der kommende Aufstand, Hamburg 2010.*
- 18| *So die klassische Formulierung in Lenins Weisungen an die Kommunisten, um fast jeden Preis in den Gewerkschaften zu bleiben und in ihnen kommunistische Arbeit zu leisten: Lenin, Werke Bd. 31, S. 37 f. (1920).*
- 19| *DKP-Programm von 2006, S. 4.*
- 20| *Grundsatzklärung der DKP, verabschiedet vom Essener Parteitag April 1969.*
- 21| *Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP, November 1971.*
- 22| *Mannheimer Programm der DKP, 1978.*
- 23| *Mannheimer Programm der DKP, 1978 und Thesen des Hamburger Parteitages der DKP 1986.*
- 24| *PDS-Programm, 1993, S. 25 und PDS-Programm 2003, S. 33.*
- 25| *Rede Lothar Biskys auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der PDS, 15. Juni 2007, in: „Disput“, 6/2007, S. 55.*
- 26| *Zur fortdauernden Wirkung solcher Sichtweisen: Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 61.*
- 27| *PDS-Programm, 2003, S. 2.*
- 28| *Vgl. zum Gesamtzusammenhang im Programm Viola Neu, Das neue PDS-Programm aus dem Jahr 2003, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie Bd. 16 (2004), Baden-Baden 2004, S. 155-168, bes. S. 162 f.*
- 29| *„Polizeiübergriffe“ gibt es in der Agitation von Linksextremisten nur gegen Linke und deren Bündnispartner, aber niemals gegen Rechtsextremisten. Hier wird unabhängig von den Fakten eher beklagt, „deutsche Polizisten schützen die Faschisten“.*

DER AUTOR

Dr. Rudolf van Hüllen studierte Politische Wissenschaft, Jura und Neuere Geschichte an der Universität Bonn und promovierte dort zu einem Thema der Parteienforschung. Nach Tätigkeiten in der politischen Bildung war er von 1987 bis 2006 Referent/Referatsleiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Er ist Autor wissenschaftlicher Publikationen in Zeitschriften und Sammelbänden.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Ronny Heine
Landesbeauftragter für Sachsen-Anhalt und
Leiter des Bildungszentrums Schloss Wendgräben
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben
Telefon: +49(0)-39245-952-350
E-Mail: ronny.heine@kas.de*

*Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Urfelder Str. 223
50389 Wesseling
Telefon: +49(0)-2236-707-4212
E-Mail: melanie.piepenschneider@kas.de*